Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

111 (23.11.1946)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH.
Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53.
Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, 23. November 1946

Nummer 111

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr.
Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Connally will Frieden mit Deutschland

Einigung über Triest — Differenzen um Truppenstationierungen — Bevin und Connally antworten Molotow

New York, 22. Nov. Der britische Außenminister Bevin erklärte im Politischen Ausschuß auf die Erklärungen Molotows über die Stationierung von Truppen in nichtfeindlichen Staaten, Großbritannien habe den Abrüstungsvorschlag nicht auf die Tagesordnung gesetzt, aber es heiße ihn von ganzem Herzen willkommen. Die beiden Punkte — Truppen und Abrüstung — seien in Wirklichkeit ein Punkt. Sie sollten zusammengenommen werden, so daß die Vereinten Nationen einen konstruktiven Vorschlag für die ganze Frage der Abrüstung hätten. Es sei wahr, daß die Frage der Anwesenheit von Truppen in gewissen Teilen der Welt eine Phase des ganzen Problems darstelle, und forderte mit aller Eindringlichkeit, daß der Ausschuß än Stelle des von Molotow eingenommenen beschränkten Standpunktes die beiden Fragen zusammen nehmen solle. Man solle die ganze Frage der Abrüstung im Hinblick darauf erörtern, daß man dem Sicherheitsrat und dem Generalstabsausschuß die größte Aufgabe stelle, die jemals irgendeine Körperschaft gehabt habe, die Struktur einer Abrüstung zu entwerfen, welche die Regierungen in die Lage versetzen wird, zu einer Entscheidung zu kommen, ob sie ihre Souveränität in großem Ausmaß den Vereinten Nationen übertragen können. Wenn die Staaten ihre Sicherheit den Vereinten Nationen übertragen und sie berichten könnten, daß die UN beschlossen hätten, den Frieden für hundert Jahre zu garantieren, dann würde er sich dafür einsetzen.

Der amerikanische Delegierte Senator Connally wies die Behauptung Molotows, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in anderen Staaten schaffe Beunruhigung, energisch zurück. Die Truppen der Vereinigten Staaten seien nach Uebersee gegangen, um den Widerstand zu brechen, und Frieden zu schaffen, und nicht um von fremden Territorien Besitz zu ergreifen. In allen Fällen, in denen amerikanische Truppen im Ausland stationiert seien, seien sie dort mit dem Einverständnis der betreffenden Staaten.

USA gegen jede Art von Zwang

In internationalen Beziehungen, so erklärte Senator Connally, gehe die Regierung der Vereinigten Staaten von dem Grundsatz aus, die Charta der Vereinten Nationen in jeder Weise zu unterstützen. Die amerikanische Regierung wende sich gegen jede Art von Zwang, sei es durch politische, wirtschaftliche oder militärische Mittel.

„Die Welt soll wissen wo unsere Truppen stehen, denn in keinem Fall bedeuten sie eine Bedrohung für den Weltfrieden. Sie führen das weiße Banner des Friedens, der Einigkeit, der Harmonie und des internationalen Wohlstandes." Die Stärke der amerikanischen Streitkräfte im Ausland bezifferte Senator Connally auf 800 000 Mann.

„Wir wollen jetzt zu der Unterzeichnung der fünf Friedensverträge kommen, und wir bestehen auch darauf, daß die Erwägungen über einen Vertragsabschluß mit Deutschland und mit Oesterreich vorankommen."

Einigung über Triest

Der Außenministerrat kam am 21. Nov. in der Triester Frage zu einer Einigung.

Die beiden noch nicht bereinigten Fragen sind die Zurückziehung der fremden Truppen und die wirtschaftliche Verwaltung des Freihafens an der Adria. Bezüglich auswärtiger Fragen einigten sich die Minister dahin, daß der Triester Regierung die nötigen Vollmachten eingeräumt werden sollen, um die Durchführung von Verträgen zu verhindern, die im Gegensatz zu den Gesetzen von Triest stehen. (ap)

Jugoslawisch-italienische Besprechungen

Die hiesigen jugoslawischen Delegierten hatten am 20. d. Mts. eine längere Aussprache mit dem Vertreter Italiens und haben die italienische Initiative zur Aufnahme direkter Verhandlungen über Probleme des Friedensvertrages zwischen beiden Ländern günstig aufgenommen.

Für Vereinigte Staaten von Europa

Graf Richard Coudenhove-Kallergi erklärte bei seiner Ankunft mit der „Ile de France" im Hafen von New York, er sei nach USA gekommen, um Besprechungen mit Delegierten der UN über die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa zu führen. Kallergi fügte hinzu, daß die Züricher Churchill-Rede größte Aufmerksamkeit in Europa gefunden habe.

Frankreich unzufrieden

Paris, 22. Nov. (dana-INS) Frankreich wünscht, daß die für Ende Januar 1947 in Europa geplanten Besprechungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland sich nicht auf Grenzfragen beschränken sollen. Frankreich sei mit der Verteilung deutscher Industriebetriebe nicht zufrieden, Frankreich habe nur fünf Betriebe erhalten, während die Sowjetunion sich offensichtlich selbst bediene.

Saarfrage vor Außenministerrat

Frankreich werde beim Außenministerrat in New York bei der Behandlung der deutschen Frage erneut seinen Anspruch auf das Saargebiet geltend machen, wurde am 21. d. Mts. von amtlicher Stelle bekannt.

Das französische Kabinett hat am Mittwoch über diese Frage beraten und ein Uebereinkommen mit den Vertretern Präsident Bidaults republikanischer Volkspartei, der kommunistischen und der sozialistischen Partei dahingehend erzielt, einen erneuten Antrag über eine Entscheidung in der Saarfrage einzureichen.

Attentat auf UN-Delegierten

New York, 22. Nov. (dana-INS) Gregory Stadnik, ein ukrainischer Delegierter bei der UN, wurde am 21. Nov. durch Schüsse zweier Banditen in der rechten Hüfte verwundet, als er in einem Lebensmittelgeschäft in Manhattan einkaufen wollte. Dimitri Manuilsky, der Leiter der ukrainischen Delegation bei der UN, erklärte, der Anschlag auf den ukrainischen Delegierten Gregory Stadnik sei ein „politisches Verbrechen gewesen". Demgegenüber erklärte ein hoher Beamter der New Yorker Polizei: „Es war ein reiner Gangsterüberfall".

Wie wird gewählt?

Was bei der Wahl am 24. November 1946 besonders beachtet werden muß!

Am Sonntag, 24. 11. 1946, finden zwei Abstimmungen statt und zwar für die Wahl der Landtagsabgeordneten und für die Volksabstimmung über die Verfassung. Für beide Abstimmungen wird, um Papier zu sparen, nur ein Stimmzettel verwendet, der etwa folgendes Aussehen hat:

Landtagswahl und Volksabstimmung

über die Verfassung am 24. November 1946

Wahlkreis 2 — Karlsruhe-Stadt —

1	**CDU** (Christlich-Demokratische Union) Heurich, Fridolin · Schwarz, Karl Kaufmann, Theophil · Volm, Johann Dr. Amend, Karl · Kistner, Karl Frank, Annemarie	1	○
2	**DVP** (Demokratische Volkspartei) Dr. Kessler, Hermann · Kleiber, August Wagner, K. Karl · Großwendt, Elisabeth Middelmann, Werner · Keßler, Albert Schopf, Willi	2	○
3	**SPD** (Sozialdemokratische Partei) Veit, Hermann · Fischer, Kunigunde Konz, Karl · Orth, Werner Heller, Gustav · Fäßer, Oskar Pfalzgraf, Christian · Köbele, Franz	3	○
4	**KPD** (Kommunistische Partei) Boepple, Willi · Reger, Frieda Klausmann, Robert · Aschinger, Fritz Betz, Adolf · Scheib, Gustav	4	○

Soll die von der Verfassunggebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung für Württemberg-Baden in Geltung treten?

Ja ○ | **Nein** ○

Der Wähler muß auf diesem Stimmzettel zunächst in einem der Kreise, die hinter den einzelnen Parteien angebracht sind, ein Kreuz machen und dann muß er außerdem ein Kreuz entweder in dem hinter dem Wort „Ja" angebrachten Kreis machen, und zwar dann, wenn er der Verfassung zustimmen will, oder in dem Kreis hinter dem Wort „Nein", wenn er die Verfassung ablehnt. Er muß also bei dieser Wahl ausnahmsweise zweimal ankreuzen, sonst geht seine Stimme entweder für die von ihm gewünschten Landtagsabgeordneten verloren, oder seine Stellung zur Verfassung kommt nicht zur Geltung.

Also nicht vergessen: **„Zweimal ankreuzen, (je einmal oben und unten!)."**

*

Die Wahlhandlung selbst findet von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 6 (18) Uhr statt. Die Wahlberechtigten werden dringend gebeten, frühzeitig zur Wahl zu gehen und mit dem Wählen nicht zu warten, bis kurz vor Schluß der Wahlhandlung.

McNarney zur deutschen Not

Rationen und Nahrungsmittelablieferung — Kohlenmangel — Deutsche Verantwortung für die Entnazifizierung

Berlin, 22. Nov. (dana) „Ob die gegenwärtige Tagesration von 1 550 Kalorien den Winter hindurch aufrechterhalten werden kann, ist zu dieser Zeit schwer zu sagen", erklärte der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen für Deutschland, General Josef T. McNarney, in seiner regelmäßigen Berliner Pressekonferenz. Die Aufrechterhaltung der Ration hänge von zwei Faktoren ab: Von dem Umfang der Nahrungsmittelerfassung bei den deutschen Bauern und der Lebensmitteleinfuhr aus den USA.

Um die Nahrungsmittelration aufrechtzuerhalten, müßten allmonatlich 100 000 Ton. Lebensmittel aus den USA eingeführt werden. Im vergangenen Monat wurden 50 000 Ton. importiert. Natürlich werde die Dauer und der Umfang des Grubenarbeiterstreiks in Amerika eine bedeutende Rolle in dem Nahrungsmittel-Exportprogramm für Deutschland spielen und auf die Festsetzung der Tagesration mit einwirken.

Kohlen- und Transportfrage

Die Kohlenförderung habe gegenwärtig einen neuen Höchststand erreicht. Die Förderung an der Ruhr betrage zur Zeit 191 000 Ton., dies sei die höchste Tagesproduktion seit Beginn der Besetzung. Die Schwierigkeit, der man gerade jetzt gegenüberstehe, liege in der Transportfrage, sie sei auf den niedrigen Wasserstand des Rheins und den Mangel an Eisenbahnwaggons infolge der Ernteeinbringung zurückzuführen.

Trotz dieser hohen Kohlenförderungsziffer fehle es in der US-Zone immer noch an Kohle. Er habe deshalb den Bedarf für die Zwecke der amerikanischen Militärregierung scharf rationiert. Die vom Militär belegten Gebäude würden daraufhin kontrolliert, ob sie ohne Beheizung benutzt werden können. Kein Gebäude werde mit über 18 Grad Celsius beheizt werden.

Als Vorschuß auf den Ertrag der von den Bergleuten je Woche zu verfahrenden Sonderschicht zur Beschaffung von Hausbrand für die deutsche Bevölkerung habe die amerikanische Militärregierung 240 000 Ton. Braunkohlenbriketts bereitgestellt. Diese Briketts würden gegenwärtig in der ganzen Zone allen Städten von 20 000 oder mehr Einwohnern zugeteilt.

„Die zur Beheizung der deutschen Wohnungen in diesem Winter erforderliche Holzmenge ist herabgesetzt worden. Die gegenwärtige Schwierigkeit besteht darin, das Holz zu transportieren." Der General erinnerte daran, daß er ein Drittel aller der amerikanischen Besatzungsarmee zur Verfügung stehenden Transportmittel zur Beförderung von Nahrungsmitteln und Holz zur Verfügung gestellt habe. Ein großer Bedarf bestehe z. Zt. an Reifen für deutsche Lastkraftwagen zur Holzbeförderung.

Zur Entnazifizierung in der US-Zone

Zur politischen Säuberung in der US-Zone erklärte McNarney, daß keine Schritte zur Uebernahme der Entnazifizierung durch die amerikanische Militärregierung unternommen werden, bevor die 60tägige Probezeit, die General Clay den deutschen Behörden gestellt habe, abgelaufen sei. Ein neues vereinfachtes System der Berichterstattung sei eingeführt worden, durch das die Militärregierung ein schnelleres und genaueres Bild von der Entnazifizierung gewinnen könne. Die deutschen öffentlichen Ankläger der Spruchkammer und Beamte der amerikanischen Militärregierung halten jetzt wöchentlich Zusammenkünfte mit Beamten der Militärregierung ab, in denen sie ihre Aufzeichnungen vergleichen. General McNarney betonte, daß die Militärregierung der deutschen Verwaltung keinerlei Vorschriften mache und daß diese noch die volle Verantwortung für die Entnazifizierung trage.

In Beantwortung einer Frage, die sich auf eine Erklärung des württembergisch-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier bezog, der gesagt hatte: „Die Amerikaner wollen auf diese Weise entnazifizieren, wir wollen es auf die andere", erklärte General McNarney; „Was General Clay in seiner Rede vor dem Länderrat in Stuttgart zum Ausdruck gebracht hat, sei die Einstellung der amerikanischen Militärregierung und wird es auch weiterhin bleiben."

Der kürzlich erfolgte Ausschluß von 33 Mitgliedern der Fakultäten der Münchener Universität sei nur ein normales „Routine-Verfahren", das dann zur Anwendung käme, wenn Fehler festgestellt würden. Dies bedeute nicht, daß dieser Ausschluß ein Reinigungsprozeß gewesen sei, der an anderen Universitäten ebenfalls zu erwarten wäre.

Verwendung deutscher Arbeiter im Ausland

Der Standpunkt der USA war und wird immer sein, daß die Beschäftigung deutscher Arbeiter im Ausland nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen soll.

Die deutschen Wissenschaftler, die nach den USA gebracht worden seien, hätten alle freiwillig nach Unterzeichnung eines sechsmonatigen Arbeitskontraktes Deutschland verlassen. Diese Kontrakte könnten nur erneuert werden, wenn es von beiden Seiten gewünscht werde. Die einzigen Deutschen, die auf diese Weise in die USA gebracht worden seien, wären die deutschen Wissenschaftler gewesen, die für technische Arbeiten gebraucht wurden. Es könne jederzeit über dies Problem verhandelt werden.

Narney erklärte, daß er und General Clay sich entschlossen hätten, wichtige Pressekonferenzen der Militärregierung in fortschreitendem Maße der deutschen Presse zugänglich zu machen. General Clay werde die erste Pressekonferenz abhalten, an der deutsche Pressevertreter zusammen mit den alliierten Journalisten teilnehmen dürften.

Zwei-Zonen-Dreijahresplan

New York, 22. Nov. (dana) Innerhalb weniger Tage wird eine völlige Einigung zwischen Großbritannien und den USA über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands erzielt werden, wie General Lucius D. Clay, der stellvertretende Militärgouverneur für die US-Zone Deutschlands und Leiter der amerikanischen Delegation bei der Zweizonenkonferenz in Washington am 20. d. Mts. bekanntgab. Er erklärte, daß die Außenminister Byrnes und Bevin mit den Leitern der amerikanischen und britischen Delegation einen Dreijahresplan erörtert haben, wonach die US- und britische Zone Deutschlands nach ihrer wirtschaftlichen Vereinigung auf dem Gebiet der Wirtschaft selbstgenügsam gemacht werden soll. Er und sein politischer Berater würden nach Abschluß der Washingtoner Besprechungen in den USA. bleiben, um als Berater bei den bevorstehenden Besprechungen des Außnminsterrates über die deutsche Frage zur Verfügung zu stehen. Mit Vertretern Frankreichs und der Sowjetunion habe er seit seiner Ankunft in den USA noch keinerlei Fühlung genommen, er habe jedoch davon Kenntnis, daß die Sowjetunion an einer Erhöhung des Produktionsniveaus der deutschen Industrie interessiert sei.

Im Hinblick auf die Aussichten der wirtschaftlichen Vereinigung beider Zonen sagte General Clay, daß der Dreijahresplan ein Defizit in Höhe von einer Milliarde Dollar verursachen werde, das zum größeren Teil von Großbritannien zu tragen sei.

Dieses Defizit würde durch die Kosten der Ernährung verursacht werden, während der Teil des Planes, welcher die Rohstoffe betrifft, einen Gewinn verspräche.

Gegenwärtig würden deutsche Verwaltungsstellen errichtet, die sich mit Finanz-, Landwirtschafts- und Transportfragen beider Zonen zu befassen hätten.

Eine Zusammenlegung der politischen Verwaltung würde nicht stattfinden, doch sei eine allgemeine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft notwendig, die durch ein ausgedehntes Import- und Exportprogramm gewährleistet werden solle. Die Erschließung von Absatzmärkten für deutsche Waren dürfte in den nächsten Jahren keine Schwierigkeiten bereiten.

Zur Zeit seien die Deutschen weit davon entfernt, das ihnen im Potsdamer Abkommen zugestandene Produktionsniveau zu erreichen. Das gegenwärtige Produktionsvolumen der deutschen Industrie betrage nur 60 Prozent dieses Standes. Das grundlegende Problem sei das Kohlenproblem. Weitere Haupthindernisse seien die Knappheit an Arbeitskräften, die Verwendung ungelernter Arbeiter in den Kohlengruben und das Fehlen von Wohnungen, Verbrauchsgütern und Verkehrsmitteln, die neue Arbeiter in die Bergwerksgebiete anziehen könnten.

Die Not im Ruhrgebiet

Düsseldorf, 22. Nov. (ap) Wie sehr das ganze Experiment, Deutschland die Demokratie zu lehren, in Frage gestellt ist, wenn die hungrige Bevölkerung in den nächsten Monaten nicht mehr zu essen bekommt, ist mir bei dem Interview mit dem Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen bewußt geworden, erklärte Dr. Andersen, Korrespondent der AP.

In seiner Bitte um amerikanische Hilfe für das Ruhrgebiet stellt er fest, daß die Not nirgends größer sei als hier. Heute sei er davon überzeugt, daß man mit Seuchen rechnen müsse. „Nach dem letzten Krieg sind rund eine Million Menschen verhungert. Wenn keine Hilfe von außen kommt, wird es diesmal noch schlimmer werden."

Noternährungsverordnung für Düsseldorf-Wuppertal

Düsseldorf, 22. Nov. (ap) Am 20. d. Mts. wurden Düsseldorf und Wuppertal in den Bereich der Noternährungs-Verordnung miteinbezogen, der zufolge Zucker- und Trockenkartoffel-Rationen zur Ausgabe gelangen können, falls sich die Brotversorgung als unzureichend erweist.

Vorläufig keine Währungsreform

Berlin, 22. Nov. (dana). „Wenn in Deutschland überhaupt eine neue Währung eingeführt wird, so dauert es noch mehrere Monate", erklärte der Chef der Finanzabteilung der britischen Kontrollkommission für Deutschland, Mr. Chambers. „Wir beabsichtigen, die Mark gesund zu machen, so daß sie eines Tages im Ausland dem Dollar und dem Pfund ins Auge sehen kann."

Transportmittel für Wirtschaft

Frankfurt, 22. Nov. (dana) Transportmittel mit einer täglichen Ladekapazität von 40 000 t wurden von der amerikanichen Armee der OMGUS zum Transport von Gütern für die deutsche Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

dana und ap funken:

Aus aller Welt

New York. Byrnes erklärte am 11. d. Mts. im Außenministerrat, die amerikanischen Besetzungsbehörden in Deutschland hätten Anweisung erhalten, an Ungarn alles Eigentum zurückzuerstatten, das die Nazis einst geraubt hätten. (ap)

Atlantic City. Eine weitere Herabsetzung der amerikanischen Streitkräfte in den besetzten Ländern würde „Anlaß zu Unruhe geben und darüber hinaus neue Anschläge auf den Frieden erleichtern", erklärte General Dwight D Eisenhower. Er bedauere das Gerede über die Unvermeidbarkeit eines Krieges, das der Technik Hitlers gleichkomme, die der Welt Kummer und dessen Land den Ruin" gebracht habe. (dana-Reuter)

Paris. Der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei, Maurice Schumann, erklärte am Donnerstag, daß seine Partei einen kommunistischen Premierminister nicht für eine einzige Minute anerkennen würde.

London. Die baldige Freigabe privater Lebensmittelsendungen von Großbritannien nach Deutschland wurde am 18. d. Mts. von dem britischen Ernährungsminister Strachey vor dem Unterhaus in Aussicht gestellt. (dana)

Prag. Die offizielle jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug erklärte am Donnerstag, daß die „Verleumdungen der griechischen Regierung gegen Jugoslawien derartige Formen angenommen haben, daß sie die Aufrechterhaltung der diplomat. Beziehungen zwischen beiden Ländern unmöglich zu machen drohen." (dana)

Letzte Neuigkeiten

Amerikanischer Grubenarbeiterstreik

Washington, 23. Nov. (dana) Der Streik in den 3 300 Braunkohlengruben der Vereinigten Staaten ist jetzt nach einer BBC-Meldung vollständig. Die gesamte amerikanische Wirtschaft ist durch den Streik bereits in Mitleidenschaft gezogen.

Lewis vorgeladen

Washington, 23. Nov. (dana-INS) Der Leiter der streikenden amerikanischen Grubenarbeiter John L. Lewis erhielt am Freitagvormittag eine Aufforderung des Bundesdistriktgerichts zur Abgabe einer Erklärung, warum er glaube, wegen Mißachtung des Gerichtsbeschlusses durch seine Weigerung, der Arbeitseinstellung der 400 000 Grubenarbeiter Einhalt zu gebieten, nicht strafbar zu sein. Lewis nahm die gerichtliche Aufforderung in seinem Büro im Gebäude des Grubenarbeiterverbandes in Washington in Empfang. Bei seiner Ankunft stellte er sich den Pressefotografen, verweigerte jedoch jede Antwort auf ihre Fragen.

KURZ BELEUCHTET

Not der Städte, Notlage im Ruhrgebiet, Aufrechterhaltung der Tagesration von 1550 Kalorien im Winter fraglich, selbst das gekürzte Industriepotential nur zu 60 Prozent ausgenutzt, Diskussionen um die Erfüllung der Ablieferungspflicht durch den Bauern, Knappheit an Heizmaterial, Stromeinschränkungen —, das sind einige der Meldungen, wie sie jetzt fast jeder Tag bringt. Sie kennzeichnen zweierlei: Die deutsche Not und die Tatsache, daß auch die stärkste Anspannung der verbliebenen deutschen Kraft nicht ausreicht, die Dinge grundlegend zu ändern. Die Lage ist sehr ernst, aber — das sei ausdrücklich betont — sie bietet keinen Anlaß, sich in Katastrophenstimmung zu steigern. Sie erfordert aber, daß wir in den eigenen Anstrengungen nicht nachlassen, sondern sie steigern. Nur dann wird uns die ausländische Hilfe werden, ohne die wir, wie wahrheitsgemäß festgestellt werden muß, nicht aus der derzeitigen Krise herauskommen können. Diese Hilfsbereitschaft ist vorhanden, sie ist nicht Theorie, sondern Praxis, der wir zu verdanken haben, daß Chaos und Hungersnot vermieden werden konnten. Sie werden auch jetzt nicht eintreten, wenn auch die Wintermonate uns schwer zu schaffen machen werden. Die an anderer Stelle wiedergegebenen Erklärungen von General Lucius D. Clay über einen Dreijahresplan für die amerikanische und die britische Besatzungszone beweist erneut praktische Hilfsbereitschaft. Es ist ein Plan, der eine Investition großen Ausmaßes bedeutet, bei dem die Vereinigten Staaten und Großbritannien ein Defizit auf sich nehmen, um zunächst einmal Deutschland ein Plus zu ermöglichen. Es wird sich vergrößern, wenn der Plan über die wirtschaftliche Zwei-Zonen-Vereinigung hinaus einer Vier-Zonen-Einheit Bahn brechen sollte. Indem er darauf abzielt, die US- und die britische Zone „selbstgenügsam", also sozusagen autark zu machen, könnte er von der Voraussetzung ausgehen, daß die große Vereinheitlichung in absehbarer Zeit nicht erreichbar sein dürfte. Aber die bewußte Bescheidung ist auch eine Stärke … Noch hoffen wir auf New York und begrüßen die Worte Senator Connallys, daß die Vereinigten Staaten auf einem Vorankommen der Erwägungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland bestehen. — In schwerer Stunde geht der Wähler morgen zur Urne. Wir sprechen von der deutschen Not, die zu bekämpfen jedes einzelnen Pflicht ist. Die Wahl gibt jedem die Handhabe dazu. Wahlrecht ist heute mehr denn je Wahlpflicht.

W. S.

Zur Verfassung

Von Willy Boepple

Anläßlich der Annahme des Verfassungsentwurfes gab die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Die kommunistische Partei hat im Verlauf der Verfassungsdebatte wiederholt darauf hingewiesen, daß sie die Ausarbeitung einer Vollverfassung unter den gegebenen Verhältnissen für verfrüht hält. Wir sehen in der — teilweise künstlichen — Konstruktion deutscher Teilstaaten nicht den geeigneten Weg zur Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, sondern im Gegenteil eine Gefahr der Auflösung. Nachdem sich die Regierung und die anderen Parteien jedoch für die Ausarbeitung einer Vollverfassung entschieden, erstrebten wir eine demokratische Verfassung, die dem Volk in Württemberg-Baden sein volles Selbstbestimmungsrecht und die ungehinderte Entfaltung aller Volkskräfte für eine fortschrittliche Entwicklung sichert. Die Verfassung, wie sie nun nach den Beratungen des Verfassungsausschusses und des Plenums der Versammlung vorliegt, genügt in vielen Punkten nicht dieser Forderung, und wir konnten deshalb einer Anzahl wichtiger Artikel nicht unsere Zustimmung geben."

Die Verweigerung unserer Zustimmung gilt vor allem der Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle der Regierung, der Abfassung des Notstandsartikels, welche die Verhängung des Notstandes der Regierung anstatt dem Landtag überträgt, der Bestellung der Richter auf Lebenszeit, die wir als einen der verhängnisvollsten Fehler der Weimarer Republik betrachten, sowie der jetzigen Fassung des Artikels 35, die unter Umständen den Versuch der Wiedereinführung der Konfessionsschule begünstigen wird. Wir konnten zur Ablehnung des Volksbegehrens und des Volksentscheids ebensowenig ja sagen, wie zu dem Versuch, kleinere aktive Minderheiten durch entsprechende Verklausulierung von der Mandatserteilung auszuschalten. Wir mußten auch in einer Zeit größter materieller Not, wo wir noch nicht wissen, wie Millionen deutscher Menschen die primitivsten Lebensgrundlagen gesichert werden sollen, es ablehnen, daß den Kirchen ein verfassungsmäßiges Recht auf finanzielle Leistung von seiten des Staates zugesichert wird.

Wenn es im Artikel 1 der Verfassung heißt, daß der Mensch berufen sei, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in Erfüllung des ewigen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten und der Staat die Aufgabe habe, ihm dabei zu helfen, so wollen wir dazu uneingeschränkt ja sagen. Wir sind jedoch nicht naiv genug, zu glauben, daß damit diese erste der Menschenrechte auch tatsächlich schon Wirklichkeit werden wird. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß ein Staat, der solch hohen Anforderungen gerecht zu werden vermag, nur ein sozialistischer sein kann. Wir sind dagegen überzeugt, daß es schwerer Kämpfe bedarf, dieses vom Standpunkt der Humanität und des Fortschritts so selbstverständlich scheinende Menschenrecht wenigstens in seinen primitivsten Ansätzen Wirklichkeit werden zu lassen. Denn ein Mensch der hungert, der seine ganze Kraft in der täglichen Fron einer ausbeutenden Profitwirtschaft verzehrt, dessen Lebensbedingungen den einfachsten Menschenrechten ins Gesicht schlagen, wird wohl schwerlich in der Lage sein, seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des ewigen Sittengesetzes zu entfalten.

Daher legten wir den größten Wert auf die Gestaltung jener Artikel der Verfassung, die das soziale und wirtschaftliche Leben bestimmen sollen. Wir konnten nicht durchsetzen, daß der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht bereits durch die Verfassung verhütet wird, wie auch keine bindende Bestimmung über die Aufteilung des Großgrundbesitzes und der sonstigen Gebilde wirtschaftlicher Machtballung (Kartelle, Konzerne usw.) die trotz unserer diesbezüglichen Anträge in der Verfassung enthalten sind. Eine um so größere Bedeutung erhalten damit die in den Artikeln 22, 23 und 25 niedergelegten Rechte der Arbeiterschaft. Gerade der Umstand, daß die entsprechenden Formulierungen nicht die von uns geforderte Eindeutigkeit aufweisen, muß die Arbeiterschaft zu höchster Wachsamkeit aufrütteln, muß ihr klar machen, daß es ganz von ihrer Entschlossenheit und ihrem Kampfwillen abhängen wird, welche endgültige Form und welch demokratischen Inhalt diese jetzt zu schaffenden Gesetze haben werden.

Die zu bildenden Organe der Wirtschaftslenkung, der Produktions-, Preis- und Gewinnkontrolle müssen frei sein von Bürokratismus und Bevormundung, frei von den Kräften, die sich einer neuen demokratischen Wirtschaftsgestaltung entgegenstellen. Ueberhaupt wird die Demokratisierung der Wirtschaft und der Verwaltung weitgehend davon abhängen, in welchem Maße die Arbeiterschaft in der Lage sein wird, das Mitbestimmungsrecht in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse, einschließlich der Ernährung, sind Probleme, deren Lösung nicht zuletzt von der Ueberwindung bürokratischer Engstirnigkeit und privaten Egoismus abhängen wird. Ihre endliche Lösung werden diese Fragen jedoch erst finden, wenn alle Kräfte und Möglichkeiten, die Deutschland verblieben sind, restlos ausgeschöpft und nach gesamt deutschen Gesichtspunkten eingesetzt werden. Daher ist unser Ja zur Verfassung nicht zuletzt ein Ja zur Einheit Deutschlands. Dieses Deutschland wird sich gegen Reaktion und drohender Zersplitterung eine Verfassung geben müssen, die von den Werktätigen ganz Deutschlands getragen sein wird. Sie muß so geschaffen sein, daß sie alles Rückständige und Halbe unserer Landesverfassung überwindet.

Die Fraktionserklärung schließt mit den Worten: „Die neue demokratische Ordnung wird nur lebensfähig sein, wenn sie sich vor allem auf die Arbeiterschaft im Bunde mit allen Schaffenden unseres Volkes stützt.

Die Kommunistische Partei sieht ihre große Aufgabe darin, auf dem Boden der Demokratie die Kräfte der Arbeiterschaft und alle fortschrittlichen Kreise unseres Volkes zu sammeln, um ihnen den entscheidenden Einfluß in Staat und Wirtschaft zu erkämpfen und den Weg zum Sozialismus freizumachen."

Neuer Oberbefehlshaber sowjet. Armee

Moskau, 22. Nov. (dana-Reuter) Marschall Koniew, der als Nachfolger Marschall Schukows zum Oberbefehlshaber aller sowjetischen Heeresteile ernannt worden ist, führte im Sommer 1938 die sowjetischen Truppen. Im Frühjahr 1944 wurde Koniew zum Marschall der Sowjetunion ernannt. Nach Beendigung des Krieges übernahm er im August 1945 den Oberbefehl in Oesterreich.

Gerechte Durchführung des Denazifizierungsgesetzes

Ein Schreiben der amerikanischen Militärregierung

Stuttgart, 22. Nov. (dana) Die amerikanische Militärregierung hat, wie die Pressestelle des Länderrates am Donnerstag bekanntgab, am 13. November folgendes Schreiben an den Generalsekretär des Länderrates gerichtet: „Die Vereinigten Staaten verfolgen den im Potsdamer Abkommen niedergelegten Grundsatz, daß Personen in amtlichen und halbamtlichen deutschen Regierungsstellen sowie in verantwortlichen Positionen der deutschen Wirtschaft über politische und moralische Fähigkeiten verfügen müssen, die die Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland fördern. In der US-Zone ist man der Auffassung, daß solches Personal schließlich am besten beschafft werden kann, wenn man die deutsche Demokratie aktiv unterstützt und den deutschen Verwaltungsstellen ein Höchstmaß an Verantwortlichkeit überträgt.

An alle deutschen Regierungsstellen wird die Anforderung gestellt, die Bestimmungen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus in vollem Umfange einzuhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, muß die deutsche Wählerschaft das Recht haben, Beamte oder Vertreter nach eigener Wahl zu bestimmen.

Wir bitten Sie, den Ihnen unterstellten deutschen Beamten Anweisungen zu erteilen, daß sie an Personen, die für Positionen mit anderer als gewöhnlicher Arbeit eingestellt oder wieder eingestellt werden sollen, die Forderung stellen müssen, daß sie überzeugte Anhänger liberaler demokratischer Auffassungen sind und über moralische Fähigkeiten verfügen, die für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland fördernd sind. In diesem Zusammenhang wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Artikel 64 des Entnazifizierungsgesetzes bestimmt, daß niemand Anspruch auf Einstellung oder Wiedereinstellung auf Grund eines Spruchkammerbescheides hat, nachdem er in die Bewährungsgruppe, die Gruppe der Mitläufer oder Entlasteten eingereiht ist.

Das Nichtvorhandensein der in Abs. 3 genannten Voraussetzungen allein wird von der Militärregierung nur dann zum Anlaß der Entfernung von gewählten oder ernannten Beamten aus ihren Stellungen genommen, wenn diese in der Informationskontrolle der Kulturpolitik oder Jugenderziehung arbeiten, oder wenn es sich im Einzelfall um Personen aus anderen Verwaltungsbezirken handelt, bei denen sich die fehlende demokratische Einstellung als ein ernstliches Hindernis für die Erreichung der Ziele der Militärregierung herausgestellt hat.

Wenn in der Durchführung des Denazifizierungsgesetzes eine Person ungerechtfertigterweise entlastet oder falsch eingruppiert wird, so ist der Fall sofort dem Leiter der Landesmilitärregierung zu melden, der unmittelbar ein neues Verfahren durch die Spruchkammer einleiten kann. In den Fällen, in denen die Aufnahme eines neuen Verfahrens notwendig wird, kann die betreffende Person für die Besetzung eines Amtes nicht in Frage kommen. In den Fällen, in denen die Wahl oder Ernennung von Personen eine Verletzung des Denazifizierungsgesetzes darstellt, ist dem Leiter der Landesmilitärregierung ebenfalls sofort Meldung zu erstatten, damit die geeigneten Maßnahmen durch den Ministerpräsidenten ergriffen werden können. Es darf nicht übersehen werden, daß jede Person, die zu einem früheren Zeitpunkt von der Militärregierung abgelehnt oder aus ihrem Amt entfernt wurde, solange nicht wieder eingestellt werden kann, bis die Spruchkammer einen endgültigen Entscheid zu ihren Gunsten gefaßt hat."

*

München, 22. Nov. (dana). „Die 60 Tage, die uns General Clay zugebilligt hat, schwinden schnell", erklärte am 21. Nov. der Leiter der Rechtsabteilung des bayerischen Sonderministeriums, Ministerialrat Dr. Jürgen Ziebell. „Wir müssen deshalb das Gesetz schnellstens und ohne Rücksicht auf die Interessen Einzelner durchführen, denn nur so können wir die Amerikaner überzeugen, daß wir auch einen künftigen Friedensvertrag halten werden."

Plan zur Beschleunigung polit. Säuberung

London, 22. Nov. (dana-INS) Ein Plan zur Beschleunigung der politischen Ueberprüfung von Deutschen und zur Beendigung der Ungewißheit, unter der viele von ihnen durch ständig drohende Entlassung oder Verhaftung leben, wurde am Freitag durch das britische Kontrollamt bekanntgegeben. Der Plan sieht eine besondere Verfügung über Kriegsverbrecher, Nazis und Militaristen und deren entsprechende Einstufung vor.

„Demontagen müssen aufhören"

Stuttgart, 22. Nov. (dana) „Die Demontagen müssen aufhören, damit wir aus eigener Kraft im Ausland kaufen können", erklärte am 21. d. Mts. der Vorsitzende der SPD in Berlin, Franz Neumann, in einer Wahlversammlung in Stuttgart.

Wir müssen unseren Standpunkt endgültig kennenlernen. Der Fall ins Nichts muß gestoppt werden. Nur durch wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands können wir dieses Ziel erreichen.

„Die Sozialdemokratie wird führend auf diesem Weg sein. Sie ist die einzige, die seit achtzig Jahren diesen Weg beschritten hat und wird ihn mit aller Konsequenz weiterführen."

Zu dem Kriegsgefangenenproblem erklärte Neumann, daß dieses umgehend gelöst werden müsse.

Demontage deutscher Fabriken

Düsseldorf, 22. Nov. (dana) Die Notwendigkeit einer erneuten Ueberprüfung des Industrieplanes wurde von dem britischen Generalmajor Erskine damit begründet, daß die Frage der Reparation und der in Deutschland verbleibenden Industrien bisher unter der Voraussetzung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands behandelt worden wäre. Diese Voraussetzung sei jedoch vorerst noch nicht gegeben. Eine Ueberprüfung der Demontagen bedeute jedoch, keinesfalls, daß überhaupt keine Werke der Stahlindustrie geschlossen würden. Generalmajor Erskine verwies auf die für den Monat Dezember vorgesehene Exporteinschränkung für Kohlen aus der britischen Zone um 350 000 to, die in der gleichen Höhe bis einschließlich März beibehalten werden solle, und ging auch auf die Einstellung der Demontagen in der Zementindustrie ein.

Staatsminister John Hynd, der Beauftragte für die britische Zone Deutschlands und Oesterreichs erklärte am 20. Nov., daß sieben Fabriken in der britischen Zone Deutschlands sich im Stadium der Demontage befinden, 35 Fabriken für den Abbau vorgesehen und weitere 398 Fabriken als Reparationsleistungen vorgemerkt sind.

„Was wird aus Deutschland?"

Hof, 22. Nov. (ap) Zu Beginn seiner Reise durch die amerikanische Zone sprach der Vorsitzende der SPD Dr. Kurt Schumacher in einer Massenversammlung in Hof über das Thema „Was wird aus Deutschland?"

Dr. Schumacher betonte eingangs, daß die von den Alliierten durchgeführte Erziehung zur Demokratie nur Erfolg haben könne, wenn Deutschland von innen heraus sich selbst demokratisch gestaltet. In scharfen Worten forderte der Redner die sofortige Heimkehr der sechs Millionen Kriegsgefangenen, ohne die kein Wahlresultat als echt bezeichnet werden könne. Er forderte ein ganzes nicht in Zonen zerrissenes Deutschland, das allein in der Lage sei, den Weg zu einem geeinten Europa zu bilden. Er protestierte gegen eine Zwangsverschickung deutscher Facharbeiter und betonte, daß das Ziel der SPD die Sozialisierung der Großindustrie und die gerechte Verteilung des Großgrund-Besitzes sei. Dr. Schumacher forderte eine Korrektur der deutschen Ostgrenze und appellierte an die USA um sofortige Hilfsmaßnahmen gegen die katastrophale wirtschaftliche Notlage Deutschlands. Er verlangte abschließend die Erhaltung des deutschen Industrie-Potentials, das es allein ermöglicht, Hilfeleistung durch Arbeit zu bezahlen.

Verstaatlichung für Ruhrstahlindustrie

Düsseldorf, 22. Nov. (dana) Britische Behörden prüfen z. Zt. die von deutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Richtlinien für eine Verstaatlichung der Ruhrstahlindustrie, erklärte Generalmajor Erskine von der britischen Militärregierung am 20. d. Mts. in einer Pressekonferenz. Diese Werke würden unter keinen Umständen an ihre früheren Eigentümer zurückgegeben werden. Wenn es auf ihn ankäme, würde der gesamte Export von Ruhrkohle für eine gewisse Zeit eingestellt werden. Großbritannien müsse jedoch die Bedürfnisse der befreiten Länder berücksichtigen, und die kürzlich vereinbarten Exportkürzungen müßten daher genügen.

Ruhrkohle nicht für Reparationszwecke

Essen, 22. Nov. (dana). Die in der britischen Zone geförderte Kohle wird nicht für Reparationszwecke verwandt, heißt es in einer Erklärung, die jetzt von der britischen Verwaltungsstelle für die Kohlenförderung in der britischen Zone in Essen herausgegeben wurde. Jede Tonne aus der britisch. Zone ausgeführte Kohle werde in Dollar oder Sterling bezahlt. Mit den Erträgen würden wichtige Einfuhren, wie z. B. Lebensmittelimporte, bezahlt.

„Wir bleiben hier"

Berlin, 22. Nov. (dana). „Der republikanische Sieg bei den Novemberwahlen in den USA stellte eine Bestätigung der Byrnes — Vandenberg'schen Außenpolitik dar", erklärte der republikanische Senator Wayne Morse (Oregon) „Wir müssen es ganz Europa klar machen", daß wir auf die Dauer hierbleiben wollen. Unsere Interessen in Europa müssen aufrecht erhalten werden. Die Milliarde Dollar, die wir im Jahr an Besatzungskosten ausgeben, ist nicht genug. Wirtschaftlich würde es für uns von Vorteil sein, mehr auszugeben."

Sowjettruppen verlassen Polen?

Warschau, 22. Nov. (ap) Die Uebergabe der bisher von den Sowjets in Polen verwalteten Häfen, militärischen Anlagen und Ländereien in polnische Hände ist offenbar beschleunigt worden. Am Freitag wurde in Warschau amtlich bekanntgegeben, daß der Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Polen, Marschall Rokosowski, die Rückgabe verschiedener militärischer Objekte, die seit dem Kriege in sowjetischen Händen sind, an die polnische Armee „in allernächster Zukunft" versprochen habe. Eine genaue Bezeichnung dieser Objekte wurde nicht gegeben, doch wurde weiter mitgeteilt, daß die noch in Polen befindlichen russischen Truppen auf die Verbindungslinien mit Deutschland beschränkt würden.

Mehrere tausend Morgen polnischen Landes standen den sowjetischen Truppen bisher zu ihrer Versorgung zur Verfügung.

Wichtige Erklärung General Drapers

Deutschland muß wirtschaftlich selbständig werden

Berlin, 22. Nov. (dana) General William H. Draper, Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, erklärte in einer am 21. d. Mts. in Berlin abgehaltenen Wirtschaftskonferenz mit bezug auf die gegenwärtig in Washington und New York stattfindenden Erörterungen über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone: „Wie die Entscheidung auf diesen Konferenzen auch ausfalle, sie müsse durch die Arbeit auf dem Gebiete unterstützt werden, das allein den tatsächlichen Fortschritt im Laufe des vergangenen Jahres ermöglicht hat. General Draper betonte, Deutschland müsse zu einem „selbständigen mitarbeitenden Ganzen in Mitteleuropa" gemacht werden. Die US-Zone habe trotz ihrer Armut an Rohmaterialien einschließlich Kohle, Stahl und Nahrungsmitteln auf industriellem Gebiet wesentliche Fortschritte gemacht. Er bezeichnete die Entwicklung der in der ganzen US-Zone bestehenden Hilfsquellen als „ermutigend" und fügte hinzu, daß beim Vorhandensein der hauptsächlichen Güter weitere Fortschritte erzielt werden würden.

Harry L. Berno, der Leiter der Industrie-Abteilung der amerikanischen Militärregierung, bezeichnete die Richtlinien, welche die amerikanische Militärregierung durch Uebertragung der Verantwortlichkeiten an die Deutschen befolge, als „eine gesunde, fundamental amerikanische Doktrin", an der die anderen Besatzungsmächte in wachsendem Maße interessiert seien. Er betonte die industrielle Abhängigkeit der vier Besatzungszonen voneinander und versicherte mit Nachdruck, daß keine wirkliche wirtschaftliche Gesundung erzielt werden könne, wenn Deutschlands einheimische Hilfsquellen nicht im gesamten Deutschland zur Verfügung ständen.

Für Eingliederung in franz. Wirtschaft

Paris, 22. Nov. (dana) Der französische Ministerrat, der am 20. d. Mts. nach einer Meldung unter dem Vorsitz von Premierminister Georges Bidault in der französischen Hauptstadt zusammentrat, beschloß einstimmig, die sofortige Angliederung des Saargebietes in den Kreislauf der französischen Wirtschaft zu fordern.

Für Abbau der Handelsschranken

New Orleans, 22. Nov. (dana) Der enge Zusammenhang zwischen Weltfreundschaft und Abbau der Handelsschranken wurde am 19. d. Mts. vom amerikanischen Staatssekretär im Handelsministerium, Alfred Schindler, anläßlich der 50. Wiederkehr der Gründung des Hafens von New Orleans betont. Einschränkende Handelsbräuche Vorzugsabkommen und andere hinderliche Maßnahmen sind „die Bestandteile, die den internationalen Frieden vergiften helfen".

Jede Nation habe selbstverständlich das Recht, die Form einer Wirtschaftsorganisation, die sie bevorzugt, ohne internationale Einmischung anzunehmen oder beizubehalten. „Dennoch sollen und dürfen die verschiedenen Wirtschaftssysteme der Völker uns nicht in solche Blocks aufspalten, die auf Kosten des Vertrauens der Welt gegeneinander toben und lärmen." Jede ungerechtfertigte Handelsschranke, die eine Nation gegenüber einer anderen errichtet, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Aufruf zu einem wirtschaftlichen Kriegszustand, und ein wirtschaftlicher Kriegszustand ist der erste große Schritt zu einem tatsächlichen, blutigen Krieg.

In der US-Zone lebende Niederländer

Wiesbaden, 22. Nov. (dana) Alle in der amerikanischen Zone lebenden Niederländer sollen ihre niederländischen Pässe, Nationalitätsbeweise, Schutzpässe und Kennkarten zum Empfang neuer Ausweise vor dem 1. Januar 1947 durch die Post oder dergleichen einreichen.

Suchdienst nach deutschen Kriegsgefangenen

Kassel, 22. Nov. (dana) Die Leitung des Evangelischen Jungmännerwerkes in Deutschland gibt, wie mitgeteilt wird, Anfragen über vermißte Kriegsgefangene im Westen an die Auskunftsstelle der Kriegsgefangenenhilfe der CVJM in Paris weiter, die sich um die Auffindung der Gesuchten bemüht. Diesbezügliche Anfragen an das Evangelische Jungmännerwerk Deutschlands in Kassel, Wilhelmshöhe, im Druseltal 8, sind auf Postkarte zu schreiben und müssen den Namen, Vornamen, Geburtstag, Geburtsort des Gesuchten und die letzten Nachrichten von oder über ihn enthalten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Suchdienst nicht im Osten arbeitet.

Weihnachtsamnestie für Deutsche

Berlin, 22. Nov. (ap) General Joseph T. McNarney gab eine Weihnachtsamnestie für rund viertausend Deutsche bekannt, die in der US-Zone, im Gebiet von Bremen und im US-Sektor von Berlin Gefängnisstrafen verbüßen.

Von der Begnadigung werden alle Personen betroffen, die Strafen abbüßen, die durch amerikanische Militärgerichtshöfe oder deutsche Gerichte in der amerikanischen Zone oder durch amerikanische Militärgerichtshöfe im amerikanischen Sektor von Berlin und in der Bremer-Enklave verhängt wurden und deren Strafzeit in der Zeit vom 16. Dezember 1946 bis zum 20. Januar 1947 abgelaufen ist. Folgende Personen sind von der Strafmilderung ausgeschlossen:

1. Gefangene, die an einer ansteckenden Krankheit leiden und deren Freilassung die Gesundheit anderer gefährden könnte.

2. Sträflinge gegen die ein Haftbefehl von anderen Behörden vorliegt.

Der böse Geist

Von Karl Kinndt

Wir entnehmen den „Nürnberger Nachrichten" das folgende, 1931 in einer Nummer des „Simplizissimus" veröffentlichte Gedicht:

Was tut sich wieder an der Ruhr,
die Herrn sind seltsam rührig —?
Und kennt man ihre Kraftnatur,
weiß man, der Fall ist schwierig.
Sie, die die Schwerter schmieden,
sind meistens gegen Frieden!
Und sind wir wieder auf dem Hund,
hat mancher den Verdacht:
im Hintergrund — im Hintergrund —
im Hintergrund steht Schacht!

Wo man zu straff den Bogen biegt,
ist Hjalmar meist nicht ferne —
wo es nach Katastrophen riecht,
da strahlen seine Sterne!
Wie alle „Nationalen"
denkt er zumeist in Zahlen —
Und wo sich Kapital gesund
auf andrer Kosten macht:
im Hintergrund — im Hintergrund —
im Hintergrund steht Schacht!

Was Volkes Not — was Volkes Glück:
hier dreht sich's um Geschäfte!
Die deutsche Wirtschafts-Politik
braucht die „besondren Säfte"!
Mit menschlichen Doktrinen
läßt sich kein Geld verdienen.
Drum ducke dich und halt den Mund,
wenn Deutschland nun erwacht:
im Hintergrund — im Hintergrund —
steht immer ein Herr Schacht!

Und gibt es endlich wieder Krieg,
so kannst du ruhig sterben —:
ob Niederlage oder Sieg,
Herr Schacht wird nicht verderben!
Drum: bis dich die Trompete
ruft, schufte, hungre, bete!
Und wenn an Leib und Seele wund
das Deutsche Reich verkracht —:
im Hintergrund — im Hintergrund —
verdrückt sich still Herr Schacht!

Das freie Wort

Herr Theo Zwecker, Karlsruhe, schreibt uns: „In der Kundgebung der CDU am 19. d. M. sprach Dr. Konrad Adenauer, der führende Politiker der CDU. In diesem Zusammenhange ist interessant, daran zu erinnern, daß derselbe Dr. Adenauer im Jahre 1929 folgendes Telegramm an Mussolini sandte, das am 12. Februar 1929 im „Hamburger Fremdenblatt" veröffentlicht wurde:

„Rom, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Mussolini hat vom Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, ein Glückwunschtelegramm erhalten, in dem gesagt wird, der Name Mussolini werde in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen."

Dr. Adenauer führte in seiner Rede am 19. November den BNN zufolge aus, daß Hitler zwar tot sei, daß sein Geist aber Macht und Kraft in der Welt gewonnen habe. Der Dr. Adenauer, der damals Mussolini huldigte, war zum mindesten in jener Zeit offenbar von Macht und Kraft des Faschismus außerordentlich eingenommen. Daß ein Mißtrauen gegenüber seiner Person bei allen denen herrscht, die sich seiner damaligen Stellungnahme noch sehr gut entsinnen können, dürfte Dr. Adenauer selber nicht verwundern können. Ein Mißtrauen, das sich begreiflicherweise auf die Partei überträgt, die ihn heute als führenden Politiker herausgestellt hat."

Stimme der Parteien

Zwei kurze Vormerkungen zur Wahl

Von Rechtsanwalt Dr. Hermann Keßler,
Abgeordneter der DVP.

1. Die Frage der „Buchele" war für viele wichtiger als die Verfassung. Buchele sind auch wichtig — und für unsere Wahl ungemein lehrreich. Es kan kein besseres Beispiel geben für das, was wir Demokraten wollen. Wer frierend und knieend sich seine Buchele zusammengeschunden hat, will auch sein Oel davon haben. Dieser Wunsch ist so natürlich, daß ihn sogar die auf Buchelesucherstimmen lüsternen Parteipäpste ganz groß unterstützt haben. Das Natürliche ist eben immer das Richtige. Warum beschimpft man denn die „Demokratische Volkspartei" als wirtschaftlich reaktionär, wenn wir die Initiative des Unternehmens, d. h. dem natürlichen Drang des Menschen nach eigenem wohlerarbeiteten und schwerverdienten Besitz das Wort reden? Sammelt Buchele auf sozialistischer Grundlage — und Euer Oelkrüglein wird so leer bleiben wie dasjenige der Witwe von Sarebta! Wirtschaftsämter können leider keine Wunder wirken; bevor man eine Wirtschaft lenkt, bürokratisiert und sozialisiert muß etwas da sein zum Lenken. Laßt erst den freien einzelnen Menschen Werte schaffen, dann kann das Kollektivum leben.

2. In Sinsheim a. d. E. erschien dieser Tage ein (allerdings reichlich übereifriges) Wahlplakat unserer Partei mit dem Bemerken: „Dr. Keßler wird berichten, warum er aus der Zentrumspartei ausgetreten ist." Herr Bürgermeister Heurich hat nun zwar in einer öffentlichen Versammlung der CDU gesagt, ich hätte dieser Partei gar nie angehört. Vielleicht liest er aber einmal — zur Steuer der Wahrheit — z. B. die Annalen der Zentrumspartei im Bezirk Bühl, wo ich sogar offizieller Landtagskandidat dieser Partei gewesen bin. Nachdem aber in dieser CDU-Versammlung so große Neugierde für die Gründe meiner Abkehr vom Zentrum öffentlich gezeigt wurde, will ich, dadurch angeregt, auch öffentlich bekennen, wann ich meinen Entschluß faßte, nicht mehr einer Partei anzugehören, die ihre ach so irdischen Wurzeln im kirchlichen Raume sucht: Nämlich in dem Augenblick, als am 1. Mai 1933 der damalige Stadtdekan Dr. Stumpf auf dem Marktplatz in Karlsruhe in der ersten Honoratiorenreihe des großen Narrenzuges mit hocherhobener Rechten vor einem jämmerlichen Wagner-Backfisch in festem Schritt „mitläuferisch" vorbeimarschierte! Da brach eine Welt in mir zusammen: Die große edle Reihe der christlichen Märtyrer und Bekenner war zu Ende gegangen. Die Kraft des Christentums im Kampfe gegen Tyrannei, Lüge und Grausamkeit war erschöpft. Bischof und Papst suchten und fanden den friedlichen Ausgleich mit dem Teufel, während der Jude Marum durch die Straßen von Karlsruhe geschleppt und ein edler Demokrat wie Dr. Ludwig Haas seelisch am Unglück zu Grunde ging. Und heute? Im St. Konradsblatt vom 17. 9. 1946 lesen wir: „Der Weihbischof von Breslau ist unlängst ebenfalls von den Polen ausgewiesen worden." „Ebenfalls" heißt: mit weiteren 8 Millionen. Seht unsere Flüchtlinge an: Gute Katholiken, brave Christen, millionenhaft in unsagbarem Elend vertrieben von „guten Katholiken, braven Christen". 18 Monate nach Kriegsende sind Millionen deutscher Kriegsgefangener immer noch nicht entlassen. Der Großteil befindet sich im Lande der ältesten Tochter der Kirche. Wo bleibt da die versöhnende, menschlich verbindende, aus der unendlichen Güte Gottes fließende Kraft einer christlichen Gemeinschaft? Sozialisten hüben sind zur menschlichen Fühlungnahme jetzt eingeladen zu Sozialisten drüben; der Jude Victor Gollancz kämpft verzweifelt in der Welt für das arme Deutschland („Die Neue Zeitung" vom 18. 11. 46).

Seid doch nicht so stolz auf Euern Parteinamen „christlich". Mit der Aufnahme heiliger Namen in eine von armseligen Menschen erdachte Verfassung ist es nicht getan. Wir vermissen die Früchte, an denen wir erkennen sollen.

SPD gegen Jugendeinsatzverordnung

Berlin, 22. Nov. (dana). Gegen eine in Berlin geplante „Jugendeinsatzverordnung" gab die Pressestelle der SPD am 21. Nov. ihre Stellungnahme mit folgenden Worten bekannt:

„Die Meldung über eine bevorstehende Verordnung zum zwangsmäßigen Arbeitsplatz — Austausch von Jugendlichen — ist auf den geschlossenen Widerstand aller in Berlin vorhandenen Vertretungen der Jugend gestoßen. Die SPD fordert hierzu die Zurückstellung dieser Verordnung.

Land Braunschweig Teil Niedersachsen

Braunschweig, 22. Nov. (dana) Auf der letzten Sitzung des Braunschweiger Landtages am Donnerstag erklärte der leitende Offizier der Militärregierung des Landes Braunschweig den Landtag für aufgelöst und die Kabinettsmitglieder von ihren Verantwortlichkeiten entbunden. Das ehemalige Land Braunschweig wird nun ein Teil des neugegründeten Landes Niedersachsen sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Karlsruher SPIEGEL

Sparen, meine Herren!

Manch ein „Haushaltvorstand“, wie das schöne Wort in der Amtssprache lautet, wird in diesen Tagen aus seinem Briefkasten im Hausflur eine gedruckte Postkarte folgenden Inhalts vorfinden:

> **Betr. Gas- und Stromrationierung.** Leider mußten wir feststellen, daß Sie mehr Gas und Strom verbraucht haben, als Ihnen nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 7 zusteht. Die für Ihren Haushalt (und Ihr Gewerbe) zulässige Höchstmenge haben wir Ihnen vor einiger Zeit auf einer Karte genannt. Wir sind zu unserem Bedauern gezwungen, Sie erstmalig von der Gas- und Stromversorgung für die Dauer bis zu 30 Tagen ohne nochmalige vorherige Warnung auszuschließen, wenn die nächste Standablesung oder eine etwaige Zwischenablesung wiederum eine Ueberschreitung ergibt. Bitte beachten Sie deshalb in Ihrem Interesse diesen Hinweis! **Städtische Werke Karlsruhe.**

Das ist alles leicht gesagt und gedruckt. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen könnte ohne weiteres einleuchten, wenn die Verhältnisse jedes einzelnen, der eine solche Karte erhält, auch genügend berücksichtigt wären. In einem Haushalt, dessen „Vorstand“ beispielsweise total ausgebombt ist, und der inzwischen mit Ach und Krach einen „Kleinsparherd“ für die Küche, aber ohne Rohr, bekommen hat, kann ohne dieses den Herd praktisch gar nicht verwenden. Er ist also nach wie vor auf den Gasherd bezw. Gaskocher angewiesen. Infolge Fehlens von Holz und Kohlen, wenigstens bis dato, ist er genötigt, einen elektrischen Heizkörper, sofern er einen besitzt, vorläufig zur Zimmerheizung zu benutzen, vor allem wenn er beruflich als geistig arbeitender Mensch gezwungen ist, auch zu Hause zu arbeiten, wie das bei wissenschaftlich, künstlerisch und journalistisch tätigen Menschen immer der Fall ist. Wenn dazu noch eine vielköpfige Familie kommt, kann man sich den Mehrverbrauch an Strom und Gas leicht ausrechnen.

Wenn schon von Sparen die Rede ist, so möge die Städtische Strom- und Gasregie darin mit gutem Beispiel vorangehen! Es ist nicht nötig, daß am frühen Nachmittag schon in vielen Häusern die elektrische Treppenhausbeleuchtung eingeschaltet ist, die bekanntlich in den meisten Fällen von der Städtischen Strom- und Gaszentrale reguliert wird. Es ist auch nicht nötig, daß an manchen Tagen über eine Stunde vor Dunkelheit auf der Kaiserstraße die stromfressenden Bogenlampen brennen. Es ist ebenso unnötig, daß das Städtische Konzerthaus bei jeder Art von abendlichen Veranstaltungen stundenlang bis in die letzte Ecke, wohin oft niemand kommt, taghell erleuchtet ist. Nur einige Beispiele für viele!

Sparen, meine Herren! Nicht nur nach unten, sondern auch nach oben! L. A.

Karlsruhes Bevölkerungsziffer steigt

Nach der neuesten Zählung beträgt die Bevölkerungszahl in Karlsruhe 171 653, davon 74 707 männlichen und 96 946 weiblichen Geschlechts. Es überwiegt also das weibliche Element das männliche um 22 239. Der Krieg, der auch von der Karlsruher Männerwelt viele Todesopfer gefordert hat, dürfte zu einem guten Teil zu der großen Differenz beigetragen haben. Im Monat Oktober überwiegten die Geburten männlichen Geschlechts. Es kamen 107 Buben zur Welt, während die Mädels mit 87 in der Minderheit geblieben sind. Bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses der Zählung ist zu berücksichtigen, daß in Karlsruhe weit über 10 000 Flüchtlinge untergebracht sind.

Tabakwaren-Zuteilung zu Weihnachten

Das Landeswirtschaftsamt Baden ist bestrebt, gemeinsam mit den übrigen Landeswirtschaftsämtern der US-Zone zu Weihnachten eine kleine Sonderzuteilung an Tabakwaren aufzurufen. Die Durchführung ist davon abhängig, daß eine rechtzeitige Abänderung des z. Zt. gültigen Tabaksteuergesetzes durch den Kontrollrat angeordnet wird. Alle Raucherberechtigten werden darauf aufmerksam gemacht, die Stammabschnitte ihrer Raucherkarte zunächst nicht zu vernichten, sondern sorgfältig aufzubewahren.

Antwort auf ein KPD-Plakat

Von der Pressestelle des Landesbezirks Baden wird uns mitgeteilt:

1. Nicht 50 000 Lebensmittelkarten wurden monatl. auf den Ernährungsämtern Württemberg-Baden gestohlen, sondern es handelt sich hier um einen Diebstahl bei einem Ernährungsamt in Württemberg Mitte dieses Jahres, und diese Angelegenheit wurde im Protokoll vom 8. August 1946 des Landesernährungsamtes Württemberg festgelegt.

2. Nicht 1 100 Doppelzentner, sondern 292 Doppelzentner Mehl wurden bei Mannheimer Backbetrieben durch Prüfer des Getreidewirtschaftsverbandes bereits im Oktober d. Js. als veruntreut festgestellt. Die Betriebe wurden geschlossen und ein Strafverfahren gegen die Schuldigen eingeleitet.

3. Bei einem Schafbestand in Nordbaden von etwa 45 000 Stück wurden vom 1. 7. 1946 bis zum 15. 11. 1946 7 600 Schafe = 16,9 Prozent des Bestandes abgeschlachtet und der ordnungsmäßigen Bewirtschaftung zugeführt. Wenige Fälle von Schwarzschlachtungen wurden festgestellt und strafrechtlich verfolgt.

4. In den Zweigstellen Neckarstadt-Ost und Neckarstadt-West des Städt. Ernährungsamtes in Mannheim wurden nicht 20 000 Lebensmittelkarten, sondern 4 775 Lebensmittelkarten und mehrere tausend Einzelabschnitte von Reisemarken durch schweren Einbruch gestohlen. Bei den weiteren Einbruchsversuchen in den Zweigstellen Mannheim-Oststadt und Sandhofen fielen den Einbrechern keine Lebensmittelmarken in die Hände. Einer der Diebe konnte bereits dingfest gemacht werden. Die noch laufenden Untersuchungen der Kriminalpolizei werden hoffentlich zur Aufklärung der Diebstähle führen.

★

Die Wahlzeit zur Landtagswahl morgen Sonntag dauert von 8 Uhr morgens bis abends 6 Uhr. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Punkt 6 Uhr Wahlschluß ist. Die Wähler im Stadtteil Weiherfeld werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Wahllokal für den 72. und 73. Bezirk nicht in der Wirtschaft zum „Weiherhof“, sondern in der Bezirksstelle, Belchenstraße 1, befindet.

Oeffentliche Sitzung der Spruchkammer I. Am Samstag, den 23. Nov., 9 Uhr, kommen 5 Aktivisten zur Verhandlung. Der Student Hans Haarhof, Karlsruhe, Weinbrennerstr. 6, Dentist Alfred Bach, Draisstr. 6, der Ortsgruppenleiter Julius Böhly (z. Zt. in Haft), Durlach, Hauptstraße 18, SS-Oberscharführer Kammersänger Karlheinz Löser (z. Zt. Internierungslager Karlsruhe) und SS-Obersturmführer Fabrikant, Fritz Rudolf Wolff, Durlacher Allee 13 (z. Zt. Internierungslager) werden sich zu verantworten haben.

Auslandsvermögen der Ausgewiesenen. In Ergänzung der Notiz in Nr. 108 sind Anfragen an Ernst Schmidt, Feierabendweg 1c, Tel. 3 304, zu richten.

Vortragsreihe „Das Ausland“. Am kommenden Montag, 25. 11. 46, abends 19.15 Uhr, spricht im Redtenbacherhörsaal der Technischen Hochschule Herr Prof. Dr. König, Leiter des Tabakforschungsinstitutes Forchheim, über das Thema: „Aegypten, erlebt als Leiter eines ägyptischen Forschungsinstitutes“ (mit Lichtbildern).

Im Bad. Kunstverein. Karlsruhe, Waldstr. 3, findet vom 26. 11. 46 bis 26. 12. 46 die Ausstellung „Nordbadische Maler, Bildhauer und Graphiker“ statt. Die Ausstellung ist von Dienstags bis Samstags, jeweils von 10—12,30 Uhr, Sonntags von 11—12,30 Uhr geöffnet.

Wärmestuben. Die K. N. G. hat Wärmestuben eingerichtet: im Kath. Gesellenhaus, Sofienstr. 58; Herberge in Mühlburg, Hardtstr.; Kaiserstr. 101 und in der Wirtschaft Eglau in Durlach, Amtshausstr.

Der Männerchor „Konradin Kreutzer“, der als ehemaliger Arbeiterbildungsverein bekannt ist, hat seine kulturelle Tätigkeit wieder aufgenommen. Im Winterprogramm sind Rezitationsabende und musikalische Veranstaltungen vorgesehen. Umrahmt von klangschönen zum Vortrag gebrachten Chören (Leitung Chormeister Paul Melber) sprach Denkmalspfleger Fritz Hugenschmidt über „Karlsruhe einst und jetzt“. Er wies durch gehaltvolle kunsthistorische Betrachtungen auf die dringende Notwendigkeit hin, das unersetzliche Bau- und Denkmalsgut nach Möglichkeit zu erhalten.

Schwarzschlachtung. In der Nacht wurde aus einem Hofgut ein Schwein gestohlen und auf einem in der Nähe liegenden Feldweg abgeschlachtet. Die Täter schnitten sich größere Stücke ab und ließen die Hälfte liegen.

Goldene Hochzeit. Die Eheleute Emanuel Schüssele, Karlsruhe, Baumeisterstr. 17, konnten am 21. November 1946 das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Der Landespräsident und der Oberbürgermeister ließen dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe übermitteln.

Was wird aus Deutschland?

Oberbürgermeister Veit über die Voraussetzungen des Wiederaufstiegs

Im vollbesetzten Konzerthaus eröffnete am Donnerstag Oberstudiendirektor Dr. H. Dietrich die letzte große Kundgebung der SPD vor der Landtagswahl mit Ausführungen über das Programm der Partei und Begrüßungsworten an den Redner des Abends, Oberbürgermeister Veit, und den den Rahmen des Abends gestaltenden Gesangverein „Lassallia“. Durch Lautsprecher wurde die Veranstaltung an die Menschenmenge, die keinen Einlaß mehr gefunden hatte, nach draußen übertragen.

Um eine Frage, so begann Oberbürgermeister Veit seine zweistündige, klare Erkenntnisse vermittelnde Rede, drehe sich heute unser aller Denken: Was wird aus Deutschland? Der Antwort setzte er die Feststellung voran, daß uns wenigstens das als Folge des Zusammenbruchs befürchtete Inferno erspart blieb. Neben der Einsicht der anderen, besonders des Generals Eisenhower, verdankten wir die Rettung vor dem Chaos dem Fleiß und der Tüchtigkeit des kleinen Mannes, der sich nicht unterkriegen lasse und der, besonders auch in Karlsruhe, durch seinen Einsatz im freiwilligen Ehrendienst gezeigt habe, daß das deutsche Volk selbst, soviel man ihm auch nehmen könne, nicht zu demontieren sei. (Langanhaltender Beifall.) Aber trotz der ersten Bewährung des Wiederaufbauwillens erfülle uns die Frage nach Deutschlands Zukunft nach wie vor mit banger Sorge, und das Gefühl, als schöpften wir in ein Faß ohne Boden, lasse niemanden des Lebens froh werden. Die durch die Aufteilung in Zonen, die Wegnahme unserer Agrargebiete, die Verkümmerung unseres Industriepotentials, den uns aufgelegten Kohlen- und Stromexport und die Einweisung von Millionen Flüchtlingen in unser schon übervölkertes Restdeutschland entstandene Lage sei schlechthin trostlos. Dank gebühre Amerika, ohne dessen Hilfe wir schon den letzten Winter nicht überstanden hätten. Aber nun müsse weiter geholfen werden. Was wir vor allem brauchten, sei ein Frieden, der uns aus lähmender Ungewißheit herausreiße. (Stürmischer Beifall.)

Dieser Friede aber dürfe das vom Nationalsozialismus begangene Unrecht nicht durch neues Unrecht verewigen (man denke nur an die jetzt menschenleeren Räume im Osten und die etwa 10 Millionen Vertriebene, die wir in unsere verarmte Wirtschaft eingliedern sollen). Deportationen friedlicher Menschen, die in Nürnberg mit Recht als todeswürdige Verbrechen geahndet wurden, dürften auch anderen nicht gestattet sein. Eine Kollektivhaftung erkenne das deutsche Volk an, aber keine Kollektivschuld.

Denazifizierung sei notwendig, aber nachdem Schacht, Papen und Fritsche in Nürnberg freigesprochen wurden, könne man doch wohl nicht gut kleine Sünder hängen. Alle aufbauwilligen Kräfte, auch wenn sie den Lockungen einer Irrlehre eine Zeitlang erlagen, müßten Gelegenheit haben, sich zu bewähren. Man gebe, so rief der Redner aus, der deutschen Demokratie diesmal eine Chance, und man wird sehen, daß die Erwartungen, die man in uns setzt, nicht enttäuschen werden. Almosen wollen wir nicht, aber Kredite und Rohstoffe. Daß man heute sogar Zementwerke abmontiert, erfüllt uns mit Bestürzung. (Beifall.) Wir verstehen wohl das Bedürfnis der Siegermächte nach Sicherheit, aber die Garantien müssen doch irgendwo ihre natürlichen Grenzen finden.

Bei der Untersuchung der Frage, welche Partei die beste Gewähr für den Aufbau Deutschlands in demokratischem Geiste biete, stellte der Redner fest, daß das die SPD sei, die, während alle bürgerlichen Parteien im März 1933 bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz umfielen und Hitler in den Sattel halfen, allein sich widersetzt habe. Wenn man heute die SPD trotzdem zu diskreditieren versuche, so geschehe das mit Argumenten, von denen keines der Wahrheit die Ehre gebe. Zwar fordere die Partei eine vom Staat gelenkte Planwirtschaft ohne die es eine Gesundung der Verhältnisse nicht geben könne, aber einen Staatssozialismus lehne die SPD genau so energisch ab wie ein unkontrolliertes, die Massen versklavendes privatkapitalistisches System, dessen Zeit vorbei sei. Auch der Vorwurf der Religionsfeindlichkeit, oft widerlegt und immer wieder aus taktischen Gründen hervorgeholt, könne Unvoreingenommene und Hellsichtige nicht mehr überzeugen. In den Reihen der SPD sei auch für gläubige Christen Platz, und wenn man ihr, weil sie in erster Linie für echte Demokratie und einen gesunden Sozialismus eintrete, in weltanschaulichen Dingen aber absolute Toleranz übe, vorhalte, sie vertrete nur materialistische Interessen, so sei das genau so grotesk wie wenn man etwa eine andere Partei verdächtige, sie vertrete nur die Interessen des Christentums und habe für irdisch-weltliche Dinge nichts übrig. Wie wenig Gefühl manche angeblichen Vorkämpfer des Christentums in anderen Lagern für wahre Religion hätten, beweise u. a. das Dankgebet, das von dem evangelischen Landesbischof von Hannover „aus Anlaß der Errettung des Führers“ im Juli 1944 nach dem mißglückten Anschlag in allen Kirchen gebetet werden mußte. — Zur Jugend gewandt, stellte der Redner schließlich fest, daß auch die „Persönlichkeitswahl“, an Stelle der Verhältniswahl, die man ihr jetzt als Schlagwort vorsetze, ohne die Parteien nicht durchführbar sei und, wenn sie anders zur Durchführung gelange, nur auf eine Atomisierung des demokratischen Parlaments und einen Rückfall in die von uns erlebte böse Vergangenheit hinauslaufe. Aus dieser Vergangenheit müßten auch die Frauen gelernt haben, denn wenn sie in den letzten Jahrzehnten sich politisch anders verhalten hätten, wären uns zwei Weltkriege mit ihren unheilvollen Folgen erspart geblieben. Was endlich die Vertretung der badischen Interessen im neuen Landtag angehe, so dürfe man sicher sein, daß die SPD eine einseitige Bevorzugung der württembergischen Belange nicht zulassen werde.

Die immer wieder von starkem Beifall unterbrochene Rede, fand mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ einen sinnvollen und erhebenden Ausklang. S.

Jugend musizierte

Zum Tag der Hausmusik hatte die Goetheschule Eltern und Freunde der Anstalt eingeladen, um zu zeigen, wie freudig die Jugend Musik treibt. Mit erstaunlichem Geschmack hatte die Jugend ein anspruchsvolles Programm zusammengestellt. Das Niveau des Abends überraschte und hielt sogar einer kritischen Beurteilung durchaus stand. Das Orchester der Goetheschule spielte unter Leitung von Günter Förster diszipliniert und sauber. Von den zahlreichen Solisten seien Rolf Kurz (Klavier), Klaus Volk (Flöte), Werner Müller (Baß) und Ingeborg Fritsch (a. G.) von der Hochschule für Musik besonders genannt. Der Abend wird voraussichtlich in 14 Tagen zugunsten der Karlsruher Notgemeinschaft im Munzsaal wiederholt. E. N.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe

Wieder Nachtfrost. Vorhersage bis Montagabend: Zunächst wechselnd bewölkt und einzelne Schauer bei lebhaften westlichen Winden. Am Sonntag vorübergehende Beruhigung und Aufheiterung, am Montag vermutlich neue Eintrübung von Westen her. Kühl, nachts vielfach leichter Frost.

Rheinwasserstände

Pegel: 21. Nov.: Konstanz 280, + — 0; Breisach 127, + 15; Straßburg 143, + 8; Maxau 339, + 2; Mannheim-Rhein 178, + 18. 22. Nov.: Konstanz 280, + — 0, Breisach 119, — 8; Straßburg 148, + 5; Maxau 348, + 9; Mannheim-Rhein 182, + 4.

M'r suche unsern Onkel aus Amerika

Unsern Onkel aus Amerika nadierlich. Zwar wisse m'r nix von-em, als daß-er mindeschtens Milliardär sein muß, indem daß-er vor ungfähr 80 Johr iwwer 's Wasser isch un' als Stiffelbutzer angfange hat. M'r kenne net emol sage, wie-er mit uns v'rwandt isch, awwer grad deszweg isch-er en richdicher Onkel. Un' wie-er aussieht wisse m'r a net. Alles was m'r wisse, steht in d'r Oma ihrer Bibel vornedrinn, nämlich: Am 1. April d. J. ist Gustav ausgewandert. — „Hoffentlich nach Amerika“ hab ich zu meinere Fraa gsagt. „Jedefalls net nach Lappland, wann-er Stiffelbutzer worre isch!“ hat mei' Fraa mich anghaucht.

Seitdem daß nämlich d'Fraa Nudelberger newer uns ihr finft's „Karrepageet“ aus Amerika kriegt hat, isch mei' Fraa nimmeh z'hawe. Un' mir laßt-se einfach kei' Ruh meh, bis daß ich de' Onkel Gustav gfunne hab. Awwer wie un' wo? — Letscht hab ich denkt, vielleicht hat d'r Onkel vor seinere Auswanderung heechscht eigehändich d'r Oma selle Bibel gewwe. Also gehsch her un' gehsch hin, hab ich denkt, un' gehsch mit dem Buch uff d'Kriminal; m'r muß doch mindeschtens noch en Daumeabdruck rausfinne kenne. — „Mensch Vadder“ hat unser Karle gsagt, „glaabsch dann, daß d'r Onkel Gustav als Milliardär noch de' gleich Daume hat als wie als Stiffelbutzer?!“ — „Un' erscht mieße m'r doch wisse, wie unser Onkel richdich gheiße hat!“ hat unser Edith gmeint. — „Quatsch“ hab ich gsagt, „kei' zwei Mensche gibts uff d'r Welt, die wo de' gleich Daumeabdruck henn, un' deszweg kann im Onkel sei' Daume norr zu dem Onkel basse, wo Gustav heißt.“ — Un' jetz hat sich unser Dande Emma neigmischt: „Und wenn Euer sagenhafter Onkel nicht mehr lebt?“ — Nadierlich Du jetz widder mit Deinere Miesmacherei!“ isch mei' Fraa iwwer-se hergfalle“ erschtens werd en Milliardär mindeschtens 90 Johr alt un' zweitens hätt-er, wann-er dod wär, mindeschtens en Sohn, wo a Gustav heiße dät!“ — „Der aber dann nach der Theorie des Herrn Vaters einen ganz anderen Daumen hätte!“ hat d'Dande Emma gstichetl. — „Was geht dann Dich üwwerhaapt de'Onkel Gustav un' sei' Daume an!“, hat mei' Fraa losglegt un' hat ihre liewe Aeuglen nach d'r Dande hingrollt, daßt-se zwei Meder z'rick isch“, glaabsch dann, daß mir noch länger zugugge, wie d'Fraa Nudelberger allritt e' Pageet heimschlaift?!“ — „Viertens d'r Neid! Pfui schämt Euch was!“ hat d'Dande Emma gebiebst.

Awwer jetz war de' Zapfe ab! Zu dritt hemmer unser Muddi hewe mieße. Mei' ganzer Familierat isch dorchenanner komme. Bloß unser Kleinschter, d'r Willi, der isch seeleruhich im Eckle hogge bliewe un' hat was in sei' Schulheft gritzelt:

Tausch! Gesucht: Onkel Gustav aus Amerika, Geboten: Tante Emma aus Europa.

Eustach. Dindemüller.

Dämon Oel / Zeitstück „Bucheckern“ 2. Akt

Gegen die verschlossene Tür brandet eine Menschenwoge. Man kann es gar nicht anders ausdrücken. Denn es ist keine Schlange mehr, wie sie in den sieben langen und mageren Jahren, — gegen die die historischen im alten Aegypten des bösen Pharao ein Paradies gewesen sein müssen, — gelernt hat, Geduld und Disziplin aus Resignation anzunehmen, sondern ein wilder konvulsivisch zuckender Menschenknäuel, in dem Dämonen rasen. Und sie rasen nicht etwa nur gegen die Tür, sondern auch gegen sich selbst. Und da sie vornehmlich weiblichen Geschlechtes sind, läßt sich für den Augenblick gar nicht sagen, gegen wen sich das Wüten grausamer richtet. Unaufhörlich werden aus dem Getümmel einzelne Opfer, sozusagen eruptiv ausgestoßen. Für einen kurzen Augenblick sind ihre Kräfte erlahmt, und schon ist es um sie geschehen und sie sind um den hart erkämpften Gewinn von Stunden oder gar Tagen zurückgeworfen. Taumelnd wanken sie zur Seite, grenzenlose Hoffnungslosigkeit im Antlitz, aber nur ein paar Atemzüge in freier Luft genügen, um die alte Energie zu wecken. Und mit dem Aufschrei eines Tigerweibchens, dem man das Junge geraubt, stürzen sie wieder vorwärts. Nur ein unverkennbar männliches Wesen, das plötzlich auf allen Vieren unter tretenden, stoßenden Frauenbeinen an den Rand der Menschentraube gespült wird, kriecht ächzend, schmutzig und bar jedes Ansehens endgültig und für immer in den Hintergrund. Bis vor zwei Stunden noch war er ein Mann und der Meinung gewesen, man sei verpflichtet, dem schwächeren Geschlecht gegenüber Rücksicht zu üben.

Ort der Handlung: ein Dorf in nächster Nähe von Karlsruhe, dessen Bewohner zunächst mit Humor, dann mit allmählich sich ausbreitendem Entsetzen zuschauen.

Zeit: acht Uhr vormittags.

Und wer es bis zu dieser Zeile noch nicht gemerkt hat, dem sei mitgeteilt, daß es sich um die Szene vor einer Oelmühle handelt. Um den zweiten dramatischen Akt des Zeitstückes „Bucheckern“, dessen erster in mehr epischer Breite verlief.

Die Menschenwoge brandet weiter. Die ganz vorne, die sich mit dem letzten Kraftaufwand der Verzweiflung an die Türklinke klammern, zählen schon die Minuten. Ganz nahe sind sie der Erfüllung, die ihnen in diesem Augenblick herrlicher dünkt als alle Schätze der Welt. Niemand weiß, daß sie heute nacht heimlich in den benachbarten Ställen geschlafen haben. Darum waren sie auch schon da, als die ersten im Morgengrauen angerückt kamen, um in vorderster Linie zu stürmen. Nicht einen Atemzug lang kommt ihnen der Gedanke, die Tür da könnte vielleicht überhaupt nicht geöffnet werden. Wer das auch nur erwägungsweise aussprechen wollte, er wäre des Todes.

Und dann geht die Tür wirklich auf. Es wird immer ein Rätsel bleiben, ob schon jenseitiger Heldenmut oder beginnender Wahnsinn in der Mühle zu diesem Entschluß geführt haben. Aber schließlich, es entrinnt keiner seinem Schicksal, auch ein Oelmüller nicht. Im Augenblick jedenfalls wird das Getümmel von erdbebengleichen Gewalten aufgewühlt, man hört ein Kreischen, ein Brüllen und das gequälte Röcheln Erstickender, und dann ist der schmale Hausgang zum Mahlraum nur noch eine kompakte Masse Menschenfleisch, nicht anders wie eine Dose Cornedbeef.

Und das, was sich Oelmüller nennt, von dem die Sage im Volksmund der Bucheckernsammler geht, daß er zum ersten Frühstück schon Rühreier mit Schinken verzehrte, daß er nur Bohnenkaffee trinke und amerikanische Zigaretten rauche, ist ganz vorn hilflos eingeklemmt zwischen Tür und Angel. Nichts mehr von der zeitgeschichtlichen Größe, die heute der Besitz einer Oelmühle verleiht, nichts mehr von der Gottähnlichkeit, der Männer ihre Zukunft und Frauen ihre Vergangenheit darzubringen bereit sind, nichts mehr von alledem, nur noch ein jammerndes, zerbrochenes Stück Menschlein, ein flehendes Etwas: „Laßt mich endlich schlafen!“

Wer wagt an Schlaf zu denken, wo es um Oel geht!!

Ein Wutgeheul ist die Antwort. Das Ende des Oelmüllers kann nur noch eine Frage von Augenblicken sein.

Aber er wird gerettet. Von seinen Söhnen. Sie lösen ihn ab, kommen aus dem Schlaf — dem ersten seit 72 Stunden — noch völlig benommen und apathisch. Und das ist gut so. Denn wer weiß, ob sie hellwach und völlig bei Verstand den Mut gefunden hätten, der Bestie, der nach gefüllten Oelflaschen hungernden Bestie ohne schützende Gitterstäbe gegenüberzutreten. Nur Kinder und Narren begeben sich unbefangen in den Löwenkäfig.

Zwei Stunden später etwa wankt die erste Siegerin an dem tobenden Haufen vorbei. Die Frisur nur noch Strähnen, abgerissen die Mantelknöpfe, hoffnungslos verloren die Handschuhe, noch ungewiß, ob irgendwelche Gliederverletzungen, gewiß aber in den Armen die Flasche mit zwei Liter goldenem Bucheckernöl. Und überm Antlitz zwischen Verzückung und Erschöpfung ein Erfülltsein, als habe sie eben alle Wonnen des Himmels und der Erde gekostet. Kein Zweifel, dieser Frau kann auf dieser Welt nichts mehr geboten werden.

Inzwischen hat sich die Tür auf zauberhafte Weise wieder geschlossen. Es geschehen noch Wunder. Wer drinnen ist, muß durch die Hölle einer Sardinenbüchse. Aber ihm winken für den Abend die ersten Bratkartoffel. Und es sind schon um geringere Dinge Morde geschehen.

Wer draußen blieb, denkt an ein Nachtlager im nächsten Kuhstall. Aber niemand weicht. Die Menschenwoge brandet pausenlos. Die Tür ächzt. Die Oelmühle bebt in ihren Grundfesten. Der Bürgermeister des Orts erwägt eine Polizeiverstärkung. Und der Oelmüller stöhnt im Schlaf, verfolgt von einem Strom Bucheckern, in dem er zu ersticken droht.

Und keinem der vielen Beteiligten kann geholfen werden. Denn das ist es: der Mensch an sich ist gut, aber ein Liter Oel ist besser. efa.

Stromkürzung gefährdet die Produktion

Länderrat bittet US-Militärregierung um Zurücknahme der Stromeinschränkungs-Verordnung

Stuttgart. Das Direktorium des Länderrats hat nach einer Mitteilung der Pressestelle des Länderrats in seiner Sitzung vom 21. November einen Beschluß gefaßt, in dem die amerikanische Militärregierung gebeten wird, die von ihr angeordnete Stromeinschränkung möglichst in vollem Umfange rückgängig zu machen. Sollte dies nicht möglich sein, so möge sie in Erwägung ziehen, ob eine Verminderung der Gesamt-Stromausfuhr aus den drei westlichen Zonen in das Ausland (Frankreich, Belgien, Holland und Oesterreich) möglich wäre, oder ob verstärkte Kohlenzulieferungen an die Kraftwerke zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Kapazität durchführbar wären.

Weiterhin hat das Direktorium beschlossen, die amerikanische Militärregierung zu bitten, insgesamt 245 000 Paar Schuhe aus deutschen Lederbeständen zurückzuziehen, soweit die Aufträge der amerikanischen Armee über dieser Auftrag noch nicht ausgeliefert wurde.

Die angespannte soziale Lage der Bevölkerung wird hierdurch außerordentlich verschärft und ist mit einer vermehrten Arbeitslosigkeit verbunden. Eine weitere Herabsetzung der Produktion an lebensnotwendigen Bedarfsgütern kann nicht mehr verantwortet werden. In Bayern sind beispielsweise 800 Molkereien nicht mehr in der Lage, die abgelieferte Milch restlos zu verarbeiten.

In der Begründung des Antrags, die Stromeinschränkung möglichst in vollem Umfange rückgängig zu machen, heißt es unter anderem: „Die neuerlichen Kürzungen an elektrischer Energie in den drei Ländern der amerikanischen Zone haben zur Folge, daß die ohnehin verkürzt arbeitende Industrie weiterhin eingeschränkt bezw. stillgelegt werden muß.

Einheitliche Ernährungszulagen

Vor einigen Monaten hat die Militärregierung wie das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe mitteilt, über den Länderrat die einheitliche Durchführung des gewerblichen Zulagewesens nach verbindlichen Richtlinien für die ganze US-Zone angeordnet. Das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe hat darnach die zwingende Pflicht, alle genehmigten Zulagen neu zu überprüfen. Diese Ueberprüfung muß bis zum 7. 12. 1946 abgeschlossen sein, weil die Ernährungsämter für die 96. Ernährungsperiode nur Ernährungszulagen ausgeben dürfen, wenn die neugruppierten Anträge vorliegen. Mit dieser Umstellung ergeben sich Kürzungen, weil bisher das Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe in Berücksichtigung der schwierigen Ernährungslage des Gebietes Nordbaden die Beschäftigten etwas besser eingruppiert hat.

Leider ist auch die vom Länderrat erbetene Anweisung zur Verlängerung der Schonfrist für die großen Städte Nordbaden bis jetzt noch nicht eingekommen. Es muß sichergestellt werden, daß in der 96. Ernährungsperiode alle die Beschäftigten wenigstens die Zulagen erhalten, welche nach den Richtlinien für die US-Zone gewährt werden dürfen. Die Einsprüche gegen die ergangenen Entscheidungen oder sonstige Vorsprachen in Ernährungsangelegenheiten können deshalb nicht vor Mitte Dezember eingehend bearbeitet werden. Betriebsprüfungen sind ab 1. 1. 1947 zur restlichen Klärung von Zweifelfällen in größerem Umfange vorgesehen. (Siehe Bekanntmachung.)

Nur Kriegsgefangenenpost nach Jugoslawien

Nach einer Mitteilung der Militärregierung hat Jugoslawien dem Weltpostverein mitgeteilt, daß es keinen Postverkehr mit Deutschland wünsche. Die Deutsche Post kann daher keine Sendungen nach Jugoslawien mehr annehmen mit Ausnahme der Kriegsgefangenensendungen, die nach wie vor zulässig sind. Die bei der Deutschen Post vorliegenden Sendungen nach Jugoslawien müssen aus den genannten Gründen an die Absender zurückgegeben werden.

An Kriegsgefangene in Italien, Jugoslawien und Polen können Postkarten und Briefe bis 20 Gramm gesandt werden.

Der Sport

Der Sport am Sonntag

Oberliga: Karlsr. FV — FC 06 Schweinfurt; 1. FC Bamberg — Phönix Karlsruhe; 1860 München — Stuttgarter Kickers; SV Waldhof — Eintracht Frankfurt; Viktoria Aschaffenburg — Schwaben Augsburg; 1. FC Nürnberg — VfL Neckarau; BC Augsburg — VfR Mannheim; VfB Stuttgart — Ulm 46; Kickers Offenbach — SpVgg Fürth; FSV Frankfurt — Bayern München.

Landesliga: Ettlingen — Oberhausen, Wiesental — Mühlburg, Frankonia — Söllingen, Durlach — Dillstein, 1. FC. Pforzheim — Mühlacker, Knielingen — Daxlanden, VfR. Pforzheim — Neureut, Weingarten — Brötzingen.

Bezirksklasse: Grötzingen — Eggenstein, Jöhlingen — Blankenloch, Berghausen — Rüppurr, Bulach — Südstern, Mörsch — Bretten, Aue — 21 Karlsruhe.

Kreisklasse, Staffel 1: O.-Hertha — Durlach, Grünwettersbach — FT Karlsruhe, Hohenwettersbach — Südstadt, Kleinsteinbach — West, Grünwinkel — Beiertheim. Staffel 2: Hochstetten — Rußheim, Friedrichstal — Spöck, Neureut 2 — Linkenheim, Leopoldshafen — Liedolsheim, Graben — Phönix 2. Staffel 3: Ettlingenweier — KFV 2, FrT. Forchheim — Spinnerei Ettlingen 1. u. 2., Reichenbach — Busenbach, 1. u. 2, Neuburgweier — Bruchhausen, Oberweier — Malsch. Staffel 4: Langensteinbach — Völkersbach, Pfaffenrot — Spessart, Schöllbronn — Etzenrot, Palmbach — Auerbach, Stupferich — Spielberg. Staffel 5: Wössingen — Knittlingen, Flehingen — Neibsheim, Kürnbach — Wöschbach, Bauerbach — Derdingen.

Handball

Bezirksklasse: Linkenheim — Odenheim; Malsch — Neureut; FrSp.u.Spvg. Karlsr. — Daxlanden; Rüppurr — Ettlingen; Pforzheim — Neuthard; Wiesental — Bruchsal.

Kreisklasse: Eggenstein — Berghausen.

Frauen: FrSp.u.Spvg Karlsr. — Daxlanden; Rußheim — Graben; Liedolsheim — Leopoldshafen.

Hockey. Am Sonntag, den 24. November 1946, 10 Uhr, findet auf der Sportanlage des KTV 46 zwischen SC. Bruchsal und KTV 46 das 1. Hockey-Wettspiel statt.

Kegeln. Am Sonntag, 24. Nov., kommt im Keglerheim ein Drei-Städte-Kampf zwischen Mannheim, Weinheim, Karlsruhe zum Austrag. Karlsruhe startet mit 2 Mannschaften.

Tischtennis-Klubkampf K.F.V. — Heidelberger T.V. 1846. Am Sonntag, den 24. 11., um 9 Uhr vormittags, in der Turnhalle der Lessingschule. Interessenten sind willkommen.

Resultate

Bezirksklasse: FC. 21 Khe. — Jöhlingen 0:1; Bretten — Forchheim 3:3; D.-Aue — Südstern 1:3; Eggenstein — Mörsch 1:1; Rüppurr — Bulach 7:3; Hagsfeld — Berghausen 2:5.

Kreisklasse: Staffel 1: Grünwinkel — FT. Karlsruhe 7:2; Beiertheim — Grünwettersbach 5:0; Südstadt — Kleinsteinbach ausgef.; Wolfartsweier — West 0:3. Staffel 2: Rußheim — Graben 1:1; Leopoldshafen — Phönix Res. 3:3; Linkenheim — Friedrichstal 2:3; Spöck — Hochstetten ausgef. Staffel 3: Neuburgweier — Malsch 3:3; Reichenbach — Bruchhausen 3:1; Busenbach — FT. Forchheim 2:5; Spinnerei — Ettlingenweier 5:2. Staffel 4: Langensteinbach — Stupferich 2:4; Spielberg — Palmbach 8:0; Etzenrot — Pfaffenrot 0:7; Spessart — Völkersbach 4:1. Staffel 5: Bauerbach — Wössingen 3:5; Derdingen — Kürnbach 8:2; Wöschbach — Flehingen 0:0; Neibsheim — Knittlingen ausgef.

★

Charles Rutz verlor durch k.o. Der 26 Jahre alte Halbschwergewichtsboxer Bertola (Italien) schlug auf einer Boxveranstaltung im Mailänder Sportpalast den 35fachen französischen Meister Charles Rutz in der 7. Runde k.o. Es war dies die erste k.o.-Niederlage, die der Franzose in seiner Laufbahn als Boxer hinnehmen mußte.

Im Fechtländerkampf Schweden — Frankreich siegte die schwedischen Mannschaft in der Stockholmer königlichen Tennishalle mit 10:5. Damit revanchierte sich Schweden für die im Sommer dieses Jahres in Paris erlittene Niederlage.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zum Stuttgarter Bombenanschlag

Stuttgart, 22. Nov. (ap) Eine Gruppe der Verhafteten hatte z. Zt. den Plan, das Entnazifizierungsgericht in Böblingen durch ein Bombenattentat zu zerstören und die beiden deutschen Anklagevertreter zu ermorden. Die meisten Verschwörer seien 19 bis 22 Jahre alt. Alle seien dem ehemaligen SS-Major Kabus blind ergeben.

Urteil im Henschel-Prozeß

Kassel, 22. Nov. (dana) Das hiesige Mittlere Militärgericht verurteilte am Mittwochnachmittag im Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel die vier leitenden Angestellten der Firma Henschel und Sohn, Kaufmann Schulz und den Prokuristen Dr. Paul Martin zu je 10 000 Mark, den Prokuristen Dr. Walter Schäfer sowie den Bankier Eberhard von Wangenheim zu je 5 000 Mark Geldstrafe. Alle Verurteilten wurden für schuldig befunden gegen das Gesetz 52 der Militärregierung verstoßen zu haben.

Selbstmord Thieracks

Nürnberg, 22. Nov. (ap) Der frühere Justizminister der Hitlerregierung, Otto Georg Thierack hat am 26. Oktober im Internierungslager Neumünster Selbstmord begangen.

Wuppertaler Kriegsverbrechenprozeß

Wuppertal, 22. Nov. (dana). Im Wuppertaler Kriegsverbrecherprozeß wurde am 14. Nov. der deutsche Staatsangehörige Karl Heinrich Schäfer von einem Militärgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. **Der Angeklagte war an der** Ermordung von drei unbekannten kanadischen Kriegsgefangenen beteiligt gewesen.

Schwere Angriffe gegen Max Schmeling

Berlin, 22. Nov. (dana) Ein schwerer Angriff gegen Schmeling wird in dem Berliner Abendblatt „Vorwärts" anläßlich seiner kürzlich erfolgten Zulassung als Veranstalter und Ringrichter in Hamburg veröffentlicht. Die Sensationsmeldung über die angebliche Zugehörigkeit von Max Schmeling zur SS und seine Freundschaft zu ehemaligen Größen der Hitler-Regierung stützt sich u. a. auf aufgefundene Fotos, die Schmeling mit dem ehemaligen Gouverneur der besetzten Ostgebiete, Dr. Fischer, dem SS-Führer Wigand und in Umarmung mit Generalmajor von Herwarth zeigen. Weiterhin soll aus den aufgefundenen Dokumenten hervorgehen, daß Schmeling sich jüdische Vermögenswerte mit Hilfe der NSDAP in Rummelsburg (Pommern) angeeignet hatte.

Weitere Angeklagte in Nürnberg

Nürnberg, 22. Nov. (dana) Die einflußreichsten Generale der ehemaligen deutschen Wehrmacht während des Hitler-Regimes und die Hauptheifer des ehemaligen Präsidenten des Volksgerichtshofes Roland Freisler, die beschuldigt werden, Hunderte von Menschenleben auf dem Gewissen zu haben, werden sich in zwei Prozessen in Nürnberg zu verantworten haben.

Folgende Generale fallen unter Anklage: Walter Brauchitsch, ehemaliger Oberbefehlshaber des Heeres, Heinz Guderian, ehemaliger Oberbefehlshaber an der Ostfront und Generalstabschef, Franz Halder, ehemaliger Generalstabschef, Erhard Milch, ehemaliger Generalinspekteur der Luftwaffen, Hermann Reinicke ehemaliger Chef des allgemeinen Wehrmachtsamtes des OKW, Lothar Rendųli, ehemaliger Oberbefehlshaber der Armeegruppe Nord und Oberbefehlshaber in Norwegen, und Walter Warlimont, ehemaliger Generalstabschef.

Im Prozeß gegen die Mitglieder des Justizministeriums, die für die Volksgerichtshöfe verantwortlich sind, werden folgende Angeklagte vor Gericht erscheinen: Der ehemalige Justizminister Dr. Otto Thierack, der ehemalige Staatsminister im Justizministerium, Dr. Franz Schlegelberger, der ehemalige Oberreichsanwalt Dr. Lautz, der ehemalige Ministerialdirektor Karl Engert, der ehemalige Chef der Sektion 15 im Justizministerium (war für den berüchtigten Nacht- und Nebelerlaß verantwortlich), Dr. von Ammon, und der ehemalige Vorsitzende des Volksgerichtshofes in Nürnberg, Oskar Rothaug.

Beginn der neuen Nürnberger Prozesse

Nürnberg, 22. Nov. (dana) Im großen Schwurgerichtssaal in Nürnberg begann am Donnerstagfrüh um 10 Uhr, unter Vorsitz des Richters Walter B. Beals, die erste Sitzung des ersten Militärtribunals mit den Verhandlungen gegen die 23 angeklagten Nazi-Aerzte und Nazi-Wissenschaftler.

Zu Schachts Festnahme

Stuttgart, 22. Nov. (dana) Ein Verfahren über die Frage der Zulässigkeit von Schachts Festnahme ist beim Stuttgarter Verwaltungsgericht vom Verteidiger Dr. Schachts, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Schwamberg, eingeleitet worden. Dr. Schacht soll nach einer Mitteilung von Dr. Schwamberg vom Gefängnisarzt für haftunfähig erklärt worden sein.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 22. Nov. (dana)

Uhle Heinrich 11. 2. 02,, Uhle Richard 21. 9. 07, Uhlemann Rudolf 26. 1. 06, Uhlenhaut Fritz 28. 4. 13, Veicht Sebastian 8. 4. 08, Veiel Georg 27. 9. 09, Veit Gottlob 3. 4. 02, Wade Fritz 29. 12. 14, Wade Heinz 23. 2. 21, Wade Horst 21. 6. 14, Weiß Wilhelm 17. 3. 03, Zajac Josef 31. 1. 15, ZaZajac Wladislaw 3. 11. 16, Zajonz Fritz 10. 9. 26.

Alsen Robert 26. 3. 02, Alsleben Wilhelm 28. 9. 13, Alt Erwin 18. 7. 98, Alt Friedrich 28. 1. 05, Bachmann Heinrich 5. 10. 23, Bachmann Hermann 15. 8. 06, Bachmann Jakob 9. 8. 04, Bachmann Karl 19. 10. 00, Chilszer Jan 12. 12. 20, Chirek Jan 12. 10. 27, Chitralla Otto 12 9. 04, Chmiel Viktor 4. 12. 03, Dahne Karl 18. 4. 14, Bahnke Fritz 17. 11. 26, Daiberl Andreas 5. 7. 04, Daiminger Josef 19. 7. 10, Eberlein Stefan 2. 2. 05, Ebermann Isidor 28. 9. 02, Eberspacher Leo 18. 3. 98, Ebers Gerd 8. 5. 28, Falk Heinz 9. 1. 23, Falk Herbert 22. 12. 28, Kappelrodeck, Falk Hugo 27. 11. 18, Falk Josef 14. 9. 19, Baden, Gaitzsch Ernst 10. 5. 03, Gaitsch Walter 9. 18. 04, Gaizler Albert 24. 8. 19, Gajda Paul 22. 7. 10, Hasse Walter 31. 5. 24, Haase Werner 6. 12. 24, Haase Wilhelm 5. 10. 12, Haase Hergo 22. 11. 22, Imhof Heinrich 17. 11. 03, Imhoff Heinrich 14. 2. 04, Imke Friedrich 27. 9. 05, Jagel Fritz 5. 3. 95, Jager Albert 8. 2. 08, Jager Bruno 29. 11. 12, Jager Emil 4. 10. 05, Kahl Arno 2. 7. 27, Kahlgott Erich 5. 2. 15, Kahl Gottfried 22. 7. 16, Kahl Helmut 4. 4. 06, Läs Heinrich 31. 7. 01, Laffert Walter 29. 9. 01, Lafin Albert 15. 5. 01, Lagebauer Hans 19. 2. 27, Mack Hermann 26. 6. 27, Mack Josef 29. 12. 02, Mack Karl 2.11.07 Mannheim, Mack Rupprecht 28.8.14, Nahrgang Franz 27. 6. 08, Nahrwald Karl 29. 5. 02, Naifer Jan 10. 2. 28, Naims Alois 30. 1. 19, Ochlast Paul 28. 6. 17, Ochmann Michael 29. 9. 07, Ochmann Fritz 26. 9. 15, Ochs Anton 18. 1. 10, Pahlke Fritz 5. 12. 23, Pahlke Jan 22. 4. 07, Pahlke Werner 26. 5. 10, Pahne Heinrich 29. 3. 11, Quast Alexander 8. 2. 26, Quast Paul 29. 9. 99, Rahm Jakob 8. 9. 15, Rahn Eduard 3. 10. 97, Rahn Fritz 30. 7. 23, Rahn Herbert 19. 9 10, Sagel Wilhelm 5 12. 98, Sagert Albert 14. 4. 16, Sagert Herbert 2. 3. 12, Sagert Kar 7. 12. 04, Schade Friedrich 31. 12. 12, Schade Gusta 26. 1. 12, Schade Hans 4. 3. 26, Schade Heinz 3. 9. 2 Stahl Bruno 11. 2. 07, Stahl Erich 11. 3. 13, Stahl Erich 18. 12. 13, Tatan Fritz 13. 10. 24, Tatzelt Walter 14. 8. 2 Uhlenwinkel Johann 3. 1. 15, Uhlherr Hans 26. 11. 0 Uhlig Emil 5. 1. 00, Uhlig Hans 11. 12. 13, Veit Friedrich 4. 12. 02, Veit Gottlob 3. 4. 02, Veith Hugo 19. 2. 0 Vellguth Edmund 4. 7. 11, Wäding Karl 6. 8. 24, Wälsc Max 28. 4. 98, Wagenbach Zaul 11. 6. 26, Darmstadt, Wagener Hindenb 21. 10. 27, Wagenknecht Gerhard 5. 4. 14, Zahn Willi 21. 5. 10, Zalusz Siegfried 26. 2. 0 Zakatz Stephan 22. 12. 99, Zakrzewski Leopold 30. 10. 9 Zalewski Werner 12. 6. 26.

Alt Willi 23. 6. 99, Alte Gerhard 9. 7. 24, Alten Robert 6. 2. 04, Altenberger Maximilian 7. 12. 07, Bachmeier Adolf 7. 7. 27, Bacholke Werner 25. 9. 23, Bachsch Günter 22. 6. 26, Bachtler Egon 9. 7. 23, Christ Andreas 26. 1. 20, Christ Anton 25. 3. 13, Christ Franz 9. 6. 12, Christ Josef 28. 12. 17, Dalheimer Alfred 23. 4. 08, Dallborn Helmut 2. 9. 13, Dallbeck Hans 5. 10. 21, Dallmann Otto 4. 12. 24, Ebert Arthur 16. 3. 22, Ebert Egon 1. 8. 2 Ebert Ernst 16. 4. 28, Evbert Ewald 11. 11. 99, Falke Karl 4. 5. 13, Falke Senon 24. 4. 26, Falkenberg Friedrich 1. 3. 03, Falkenberg Julius 20. 8. 98, Galeczewski Heinz 3. 7. 22, Galera Josef 23. 3. 11, Galicki Hans 2. 1. 12, Habel Paul 17. 11. 02, Heberecht Günter 19. 12. 1

(Fortsetzung in nächster Nummer)

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 10 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gottesdienste

Katholische Gottesdienste. Sonntag, den 24. Nov. 1946. St. Stephan: Agneshaus (Hirschstr. 35b) 6, 7, 9, 10.15 und 11.30 U. **Christuskirche:** 8 U. Adlerstr. 26: 8 und 10.15 U. **U. L. Frau:** 6, 6.45, 7.45, 9, 10 u. 11.30 Uhr in der „Walhalla" (Augartenstr. 27). **St. Bernhard:** 6, 7.30, 8.30, 9.30, 11.30 Uhr. **St. Bonifatiuskirche:** 7, 8, 9, 10, 11.15 Uhr. **Herz-Jesu-Kirche:** (Grenadierstr. 17) 9 Uhr. **St. Elisabeth:** 6.30, 7.30 Uhr in der Matthäuskirche (Vorholzstr. 47): 10 Uhr Beiertheim. **Mühlburg:** 7 Uhr Herz-Jesu-Stift (Peter- u. Paulsplatz); 8 u. 9.30 Uhr „Rheingold" (Rheinstr. 77). **Beiertheim:** 6.30, 7.30, 8.45, 10, 11.15 Uhr. **Weiherfeld-Dammerstock:** 6, 7.30, 9, 10.15 Uhr. **Bulach:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Rüppurr:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Daxlanden:** 7, 8, 9.30 Uhr. **Grünwinkel:** 7.30, 9.30 Uhr. **Knielingen:** 8.30 Uhr. **Eggenstein:** 10.30 Uhr. **St. Konrad** (jetzt Ludendorffstr. 18): 8, 10 Uhr. **Rintheim:** 7.30, 9.15 Uhr. **Durlach:** 7, 9, 10.30 Uhr. **Hohenwettersbach:** 9 Uhr. **Grötzingen:** 7, 9 Uhr.

Alt-kath. Gemeinde: 9.30 U., Amt m. Pred., Kriegsstr. 88.

Evang. Gottesdienste. Samstag, 23. Nov. 1946. Matthäuskirche: 20 Uhr Wochenschlußfeier. **Sonntag, 24. Nov., Totensonntag. Khe.-Daxl.:** 8.30 Uhr Wenzel. **Albsiedlung:** 9.45 Wenzel. **Geibelstr. 5:** 9 u. 10 Uhr Schmitt; 15 Uhr Feier auf dem Friedhof. **Markuskirche:** 9.30 Farr. **Christuskirche:** 10 Uhr Löffler; 18 Uhr Ratzel. **Matthäuskirche:** 10 Uhr Dreher; 18 Uhr Gefallenengedenkfeier, Stupp. **Weiherfeld:** 8 Uhr Dreher. **Wilhelmstr. 14:** 8 u. 9.30 Uhr Mondon. **Luisenstr. 53:** 8 u. 9.30 Uhr Häuß; 17 Uhr Schluß der Bibelwoche. **Haizingerstr.:** 8 und 9.30 Uhr Zimmermann; 19.30 Uhr Beginn der Bibelwoche. **Rintheim:** 14 Uhr Fehn. **Hagsfeld:** 9.30 Uhr Steinmann. **Rüppurr:** 9.30 Uhr Schulz. **Diakonissenhaus:** 10 Uhr Wenz. **Städt. Krankenhaus:** 9.45 Uhr Mühlhaupt.

Ev.-luth. Gemeinde: Totensonntag u. Bußtag, 10 Uhr, Gottesdienst, anschl. Abendmahl.

Erste Kirche Christi Wissenschafter, Karlsruhe, Richard-Wagn.-Str. 11. Gottesd.: Jed So. 10 Uhr, jed. Mi. 7 Uhr.

Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage. Sonntagsschule 10 Uhr, Predigt 11 Uhr, Mittwoch 19.30 G.F.V. Im gr. Sitzungssaal d. Reichspost.Dir. Ettlinger Str., 3. St.

Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, 24. Nov., 10.15, Munzsaal, Waldstr. 79, „Totengedenkfeierstunde dem großen französ. Dichter Romain Rolland gewidmet. Prd. Schramm.

Adventshaus-Saal, Kriegsstr. 84, Sonntag, 17 Uhr, Vortrag: „Der Majestätsbeweis Gottes". Freier Eintritt.

Familien-Nachrichten

Frieda Heberle geb. Wiedemann, m. herzensgute Frau, uns. gt. Mutter, ist am 13. 11. 46 nach kurz. schw. Krankh., wohl vorb. sanft entsch. In. tf. Tr.: Karl Heberle, Mont. a. D. n. Ang. F. erw. Anteiln. hzl. Dk.

Philipp Rausch, Zoll-Sekr. a. D., uns. lb., treus. Vater, Großv. u. Urgroßv., ist n. kz. Krankh. im Alt. v. 85 J. für immer von uns gegangen. Die trauernden Hinterbliebenen. Bruchsal, Moltkestraße 26. 15. 11. 1946.

Anna Schappacher geb. Zöller, m. lb. Mutter, Schwiegerm., Großm. u. Schwäg., i. n. kz. Krankh. i. Tochter Berta im Tode gefolgt. Für erw. Teiln. herzl. Dank. A. Schappacher u. Familie. Khe., Leopoldstraße 29.

Jak. Schmitt: Unerwartet wurde unser treus. Vater am 16. 11. von uns gerissen. Für die zahlreichen Beileidsbezeugungen m. hzl. Dk. In tf. Leid: Emilie Schmitt Wwe. u. Kind Hannelore. Durl., A.-Brucknerstr. 15.

Hermann Binz, Bildhauer, uns. lb. Bruder und Onkel, wurde am 15. 11. 46 v. seinem schw. Leiden erlöst. Auf Wunsch des Entschlafenen hat die Beerd. in aller Stille stattgefunden. Die trauernden Hinterbliebenen.

Karoline Stauch geb. Weiß, uns. lb. Mutter, ist a. 7. 11. heimg. F. erw. Anteiln. dankt Fam. Bächle u. Göppert.

Karl Heidt, geb. 9. 3. 1907, m. lb. Mann, d. treus. Vater s. Kinder, m. lb. Sohn u. Bruder, ist am 12. Juli in russ. Gefangensch. gest. In tf. Ld.: Frau Ella Heidt geb. Schucker, Fam. K. Heidt, Fam. A. Schucker, Rinth.

Marie Ludowici geb. Just, uns. lb., gt. Mutter, Großm. u. Urgroßmutter, ist am 14. 11. sanft eingeschlafen. Für die Sippe: Leonie Hummel geb. Ludowici, Rummelsberg ü. Feucht bei Nürnberg.

Lina Kamm, uns. lb. Schwester u. Tante, ist am 20. 11. im 88. Lebensjahr sanft entschlafen. Beerd.: 23. 11., 11 Uhr. Seelenamt St. Agnes, Montag 8 Uhr. Im Namen der Htbl.: Dr. med. Kamm, Khe., Hirschstr. 11.

Theodor Schmidt, Texil-Kfm., m. lb. Mann u. Vater, gt. Sohn, i. i. Juni 46 i. A. v. 34 J. i. poln. Gef.sch. gest. I. N. d. Htbl. Gerda Schmidt u. Manfred, Khe., Körnerstr. 44, Kriegsstr. 161. S.A.: 25. 11., 8 U. i. St. Bon.

Emil Martin, H.-Kontr., geb. 20. 11. 02, m. lb. Mann, Vater, Brud., Schwiegers. u. Onk., w. a. s. Geburtst., a. d. Leben ger. Beerd. 23. 11 46, 11.30, Hptfrdhf. In tf. Tr.: Meta Martin u. T. Edith, Khe., Sternbergstr. 9.

Ihre Verlobung geben bekannt:

Charlotte Zorn — Walter Burkhard. 24. Nov. 1946. Karlsruhe, Hardtstr. 15. Bretten, Friedrichstr 35.

Annette Hauck — Dennis C. Godden. Khe., Boettgestr. 8. St. Albans, London, England. 24. 11. 1946.

Hedwig Eberle — Paul Unger. Durlacherstr. 33. Zähringerstraße 17c. Karlsruhe, 23. November 1946.

Brunhilde Bürck — Werner Boeck. Khe., Humboldtstr. 25b.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Willi Hofmann — Elfriede Elisabeth Hofmann geb. Segewitz. Karlsruhe, 23. November 1946.

Erich Maier, Friseur, u. **Frau Krimhilde geb. Belchner**, Zeichnerin. Karlsruhe, Schützenstraße 48.

Kurt Geißer — Helene Geißer geb. Schneider. Karlsruhe, Postweg 11a. Trauung: 23. 11. 46, 12.30, St. Konrad.

Werner Stärk — Ingeborg Stärk geb. Schweikert. Khe., 26. 11. 46, Moningerstr. 2. Trauung: Christusk., 13 Uhr.

Geboren:

Ingrid: Die Geburt einer ges. Tochter zeigen an: Helmut Günther u. Frau. Khe., Bachstraße 60. 21. 11. 46.

Ingo—Bodo: Uns. Stammh. ist angek. Rudi Voigt u. Gertrud Voigt geb. Seitz. Khe., Schwarzwaldstraße 22.

Arno Walter: Uns. Stammh. ist angek. In dankb. Freude: Adolf und Julia Batschauer. Bretten, Marktplatz 10.

Veranstaltungen

Gloria-Palast (Rondellplatz). „Marie-Louise", ein Kinderschicksal, umrahmt von der Schweizer Bergwelt in Schweizer Deutsch. Beg.: 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr. Vorverk.: Von 10.00—12.00 Uhr. **Achtung: Heute Spätvorstellung, Beginn 22.15 Uhr.**

Roxy-Lichtspiele, Waldstr. 30. „Marie-Louise", ein Kinderschicksal, umrahmt von der Schweizer Bergwelt, im Schweizer Deutsch. Beg.: 14.00, 16.30 u. 19.00 Uhr. Vorverk.: Von 9.00—11.00 Uhr. **Achtung: Samstag u. Sonntag Spätvorstellung. Beginn 21.30 Uhr.**

Pali, Herrenstr. 11, Tel. 2502, zeigt bis 28. 11. 46 tägl. 15, 17.30, 20 Uhr: „Ohne Schuld, schuldig". Ein ergreifender russischer Film in deutscher Sprache. Vorverkauf 10—12 Uhr. **Achtung! Samstag, 22.15 Uhr, Spätvorstellung.**

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor). „Hundert Mann und ein Mädchen". Ein musikalischer Spitzenfilm mit Kompositionen von Mozart, Wagner, Tschaikowsky u. Verdi, dirigiert von Leopold Stokowski. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13.30 Uhr.

Metropol, K.-Weiherfeld, Neckarstr. 32, Tel. 951. Das große Filmwerk: „Adam hatte 4 Söhne", mit Ingrid Bergmann und Warner Baxter. Werkt. 16 u. 20 Uhr. Sonntags 15, 17.30, 20 Uhr. So. Vorverkauf 10—12 Uhr.

Kali in K.-Durlach, Ruf 675: Dor Mc Guire, Robert Young, Herbert Marshall in „Mit den Augen der Liebe". Das Schicksal zweier unglücklicher Menschen, die miteinander glücklich werden. Beginn: 3.45, 6, 8.30 Uhr. Sonntags auch 1.30 Uhr.

M.T. in K.-Durlach, Ruf 464: Marg. Lockwood in dem amüsant. Musik-Film: „Musikpiraten". Beginn 3.15, 5.30, 8 Uhr. Sonntags auch 1.15 Uhr.

Skala in K.-Durlach, Pfinztalstr. 92a, Ruf 180. Vorst.: Fr. u. Sa.: 14.45, 17.00 u. 20.15, So.: 13.30, 15.45, 18.00 u. 20.15, Mo. b. Do.: 17.00 u. 20.15 Die lustige Tonfilmoperette „Musikpiraten", mit Margaret Lockwood und Michael Bennie. Vorverkauf an der Tageskasse.

ULI Ettlingen. Bis einschl. Donnerstag: „Sechs Schicksale". Ein Frack, bei dessen Anfertigung ein Schneider eine Verwünschung ausgesprochen hat, bringt seinen wechselnden Besitzern Glück und Unglück. Achtung! Samstag und Sonntag außergew. Spielzeiten: Tägl: 7.30 Uhr, Sa. 4.45, 7.30 Uhr, So. 2.00, 4.45, 7.30 Uhr.

Konzert-Café „Grüner Baum", am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Tel. 7448. Jeden Nachmittag und Abend Konzert. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag ab 15.30 Uhr Tanz. Montags Betriebsruhe. Es spielt die Kapelle Kurt Groß mit seinen Solisten.

Cabarett Just, Kleinkunstbühne, Kaiserstr. 91. Telef. 4259. Vorstellungen tägl. 19.30 Uhr, Sonntags 16.00 u. 19.30 U. Montags: Betriebsruhe. Novemberprogr.: Buntes „Allotria" mit Adi Walz und neuen Künstlern. Vorverkauf 11—13 Uhr im Lokal. Gaststätte geöffnet, Mittag- und Abendessen gut bürgerlich.

Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- u. Hebelstr. Ab Samstag, 16. Nov., vollständig neues Programm. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, nachm. 16 Uhr: Kabarett u. Tanz bei klein. Preisen. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 19.30 Uhr: Kabarett u. Tanz. An den übrigen Tagen Vorstellungen 19.30 Uhr. Vorverkauf 11—13 Uhr.

Passage-Palast-Betriebe Varieté, Passage 20—26, Tel. 4742. Tägl. Varieté-Vorstellung 19.30 Uhr, Samstag und Sonntag 19 Uhr, jeden Mittwoch 15.30 Uhr Hausfrauen-Kaffee-Stunde mit halben Eintrittspreisen. Sonntags 15.00 Uhr Familien-Vorstellung, Kinder halbe Preise. Nachtkabarett mit Tanz jeden Freitag, Samstag und Sonntag ab 21.30 Uhr. Vorverkauf täglich 11—13 Uhr und eine Stunde vor Beginn jeder Vorstellung.

Boxkämpfe um die Bad. Vereins-Meisterschaft am Sonntag, 24. November 1946, 15.00 Uhr, im **Städt. Konzerthaus.** Die Theaterk. wird um 14.15 U. eröffn. Karten im Vorverk. sind b. heute abend 18 U. in den bek. Vorverkaufsst. erh.

Kammertanz und Musik. Die Münchener Kammertanz-Bühne bringt E. Warsitz mit ihrer Tanzgruppe in „Legende vom Säen u. Ernten", Musik v. R. Schumann. Hanne Münch, Altistin v. Radio München singt Lieder v. Fr. Schubert u. H. Wolf. Am Flügel: Eva Leusch. Ein Abend voll tiefen Erlebens. **Mittwoch, 27. Nov.**, 20.00 Uhr, **Bonifatiussaal**, Karten v. RM 4.— bis 2.— u. Notgem. im Kunsthaus Büchle, Zeitungskiosk Ettlingertor, Pianolager H. Maurer und an der Abendkasse.

Heinz Hoffmeister, Konzertdirektion

Kammersänger Walther Kirchhoff, Tenor, der durch seine Gastspiele in Berlin, London, Paris, New York, Bayreuth, weltberühmte Wagnersänger singt im 6. Meister-Konzert am **Sonntag, den 24. Nov.**, 19.30 Uhr, **Bonifatiussaal**, Lieder von Wolf, Brahms, Arien v. Leoncavallo, Meyerbeer und Richard Wagner. Am Flügel: Jula Kaufmann. Karten zu RM 2.— bis 6.—, im Kunsthaus Büchle, Germania-Kiosk, Pianolager H. Maurer u. a. d. Abendkasse.

Konzertdirektion Kurt Neufeldt

IV. Meister-Klavierabend: André Strawinsky spielt heute 23. Nov., 19.30 Uhr, im **Munzsaal**, Beethoven: Mondschein-Sonate, Werke v. Scarlatti, Ciurlionis, Liszt, Paderewski und Chopin: (Ballade g-moll, Scherzo h-moll, Polonaise Es-Dur, 2 Walzer, 2 Etüden). Karten v. 2.20—5.50 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81, A. Gräff u. Germania-Kiosk.

Klassische Tänze Armgart von Uslar. Morgen, 24. Nov., 19.30 Uhr, **Munzsaal.** Am Flügel: Elle Zahn-Knöner. Tänze u. Kostüme nach eigenen Entwürfen der Tänzerin und Musik von Schumann, Bach, Gluck, Reger, Mendelssohn, Brahms, Bartok u. Sibelius. Karten v. 2.20—5.50 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81, A. Gräff u. Germ.-Kiosk.

Rezitations-Abend Elisabeth Stieler. Montag, 25. Nov., 19.30 Uhr, im **Munzsaal.** Dichtungen v. Herder, Klopstock, Franz von Assisi (Sonnengesang), Hölderlin, Rilke und Paulus' 13. Korintherbrief aus der Bibel. Karten zu 2.20 3.30 u. 4.40 b. K. Neufeldt, A. Gräff u. Germ.-Kiosk.

Nachmittags-Konzert Anne Sigmund u. Lilo Müller. Mittwoch, 27. Nov., 17 Uhr, **Munzsaal.** Lieder v. Dvorak (Biblische), R. Strauß, Duette v. Dvorak, R. Strauß (Rosenkavalier), Wagner: Lohengrin, Verdi: Aida. Arien von Tschaikowsky (Zauberin), Verdi: Nil-Arie a. Aida. Karten zu 2.20, 3.30 u. 4.40 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 81, A. Gräff und Germania-Kiosk.

Balalaika-Konzert Mischa Ignàtjeff. Donnerstag, 28. Nov., 19.30 Uhr, **Bonifatiussaal.** Am Flügel: Martha Hübener. Original-Komp. v. Getschaninoff, Dawidoff, Andréjeff etc. Transkript. v. Mozart, Schubert, Brahms, Chopin etc. Die Presse schreibt: „Ein Paganini auf der Balalaika". Karten v. 3.30—6.60 b. K. Neufeldt, A. Gräff u. Germ.-Kiosk.

Hilde Scheppan, die gefeierte Sopranistin der Berliner Staatsoper und Bayreuther Festspiele, wird ihren Lieder- u. Arienabend Sonntag, den **1. Dezember**, 19.30 Uhr, im **Bonifatiussaal** nachholen. Karten v. 3.30—6.60 bei Kurt Neufeldt, Waldstr. 83, Armin Gräff, Kaiserstr. 201 (Haus der Hofapotheke) und beim Germania-Kiosk.

Theater

Badisches Staatstheater Karlsruhe (Konzerthaus)

Samstag, 23. 11., 19.00 Uhr: „**Fidelio**", Oper von Ludwig van Beethoven.

Sonntag, 24. 11., 10,30 Uhr: „**2. Symphonie-Konzert d. Bad. Staatskapelle**". Leitung: Otto Matzerath. Solistin: Christine Purrmann (Klavier). Max Bride: Strawberry Jam. Ravel: Klavierkonzert. Beethoven: Symphonie Nr. 1. 19.00 Uhr: „**Egmont**", Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe, Musik von Ludwig van Beethoven.

Montag, 25. 11., 19.00 Uhr: „**Egmont**", Schauspiel von Johann Wolfgang von Goethe, Musik von Ludwig van Beethoven (Geschl. Vorst. Kulturbund, Abt. Volksbühne, 3. Reihe).

Dienstag, 26. 11., 19.30: „**Schwarzwaldmädel**", Operette von Leon Jessel.

Mittwoch, 27. 11., 19.30 Uhr: „**Sturm im Wasserglas**", Komödie von Bruno Frank.

Donnerstag, 28. 11., 19.00 Uhr: „**Carmen**", Oper v. G. Bizet.

Freitag, 29. 11., 19.30 Uhr: „**Schwarzwaldmädel**", Operette von Leon Jessel (Geschl. Vorst. Kulturbund, Abteil. Volksbühne, 2. Reihe).

Samstag, 30. 11., 19.30 Uhr: „**Die Czardasfürstin**", Operette von Emmerich Kalman.

Sonntag, 1. 12., 14.30 Uhr: „**Angelika**", Lustspiel von Impekoven und Mathern. 19.00 Uhr: „**Zar und Zimmermann**", Komische Oper von Albert Lortzing.

Kartenverkauf: 1. Beginn des Vorverkaufs: Samstag-Nachmittag 15,00 Uhr für die Vorstellungen am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag. Mittwoch-Nachmittag 15.00 Uhr für die Vorstellungen am Samstag u. Sonntag. 2. Allgemeiner Kartenverkauf an den Schaltern des Städt. Konzerthauses täglich von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr, Sonntags von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr und jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung. 3. Vorkaufsrecht für Schwerkriegsbeschädigte mit Ausweis jeweils Mittwochs und Samstags von 12.00 Uhr bis 13 Uhr.

Neues Theater (Festhalle Durlach)

Dienstag, 26. Nov., 19.30 Uhr: „**Der Wildschütz**".

Mittwoch, 27. Nov., 19.30 Uhr: **Zum letzten Mal: „Madame Butterfly".**

Samstag, 30. Nov., 19.30 Uhr: „**Der Wildschütz**".

Kartenvorverkauf jeweils 5 Tage vor jeder Veranstaltung. Teleph. vorbest. Karten (Tel. 91 299) müssen spätestens am Vortage jeder Vorstellung bis 12 Uhr abgeholt sein. Nach jed. Vorstell. Straßenbahnverbindung n. all. Richt. Vorverkaufsstellen: Pianolager Maurer, Kaiserstr. 237; Musikhaus Schlaile, Kaiserstr. 96; Schreibwarenhandlung Ed. Flüge, Kaiserstr. 51; Schreibwarenhandlung Alb. Willmann, Schützenstr. 50; Zigarrenhaus Kesselring, Khe., Sofienstr. 99. Geschäftsstelle Durlach, Pfinztalstraße 51; Abendkassen: ½ Stunde vor Beginn.

Gewerkschaftliches / Vereins-Anzeiger

Allgem. Deutsch. Gew.-Bund Khe. u. Umgeb. Die Auszahlung der Weihnachts-Unterstützung an unsere Invaliden- u. Alters-Rentner findet ab Montag, den 25. 11. 1946 bis einschl. 14. 12. 1946 auf unserer Geschäftsstelle, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31/III., tägl. von Montag bis Freitag, vom. 8.30—12.30 und nachm. von 2.30—6.00 Uhr statt. (Samstag keine Auszahlung). Geldempfang ist persönlich. Mitgl.-Karte u. Rentenbescheid sind mitzubringen. Der Vorstand: I. A. W. Nies.

Achtung Masseure und Heilgymnastiker! Auf die am 25. 11. 46, 18 Uhr, im Roten Haus, Waldstr. 2, stattfindende Fachgruppenversammlung wird noch einmal besonders hingewiesen. Es liegt im Interesse jedes einzelnen, an der Versammlung teilzunehmen. Wir bitten um vollzähliges u. pünktl. Erscheinen. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe Gesundheitswesen.

Karlsr. Männerturnverein, So. 24. Nov., 19.30 Uhr, im Zieglersaal, Baumeisterstr. 18, **Farblichtbildervortrag**, Bergfahrten in den Ost- u. Westalpen von Herrn A. Stoll.

Amtliche Bekanntmachungen

Vorbestellung von Süßstoff für Kinder v. 6 bis 10 Jahren: F. d. beabs. Ausg. v. Süßstoff an Kinder v. 6—10 Jahren wird als Vorbestellabschnitt aufger.: Abschn. 36 des Beibl. z. Karlsruher Haushaltsausweis m. Kennz. „6—10 Jahre". Abrechn. des Vorbestellabschn. bis 30. 11. 46. Karlsruhe, 22. 11. 46. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Bucheckern: Annahmestelle Schmitt, Karlsruhe, Liebigstraße 4. Geschlossen bis 5. 1. 1947.

Zuteilung von Ofenröhren u. -Bogen. Die Antragsteller für Ofenröhren, die in den nächsten Tagen vom Wirtschaftsamt ihre Bezugsmarken erhalten, werden darauf hingewiesen, daß diese Marken beim Blechner abzugeben sind, der die Arbeit ausführt. Der Inhaber von Bezugsmarken wendet sich dieserhalb an die Blechnerinnung Karlsruhe, Werderstraße 4.

Fundsachen der Straßenbahn. Für Fundsachen aus der Zeit vom 1. 4. 46 bis 30. 6. 46 erlischt der Eigentumsanspruch. Wer Anspr. gelt. mach. will, wird aufgef., diese bis spät. 1. 1. 47 b. Fundbüro d. Straßenb., Tullastr. 71, anzumeld. Karlsruhe, 14. Nov. 46. Städt. Werke — Straßenbahn.

Bekanntm. d. Gewerbeaufsichtsamts Karlsruhe, Ettlingerstr. 59. Z. Durchf. d. zwing. angeordn. Umst. d. Ernährungszulagen f. d. gew. Arbeiter Nordbad. nach den f. d. US-Zone allg. verbindl. Richtlinien, bleib. d. Diensträume des Gewerbeaufsichtsamts Khe., Ettlingerstr. 59, i. d. Zeit v. 25. 11. bis einschl. 7. 12. 46 f. Besucher geschl. Es könn. desh. nur d. Pers. vorspr., d. besond. schriftl. od. durch d. Tel. einbest. sind. D. Fernspr. wolle nur z. Meld. v. schw. Unfällen od. in ähnl. dring. Fällen in Anspruch genommen werden. Karlsruhe, den 20. November 1946. gez. Dewald, komm. Amtsleiter.

Betr. Darlehensschuldner der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf. Sowohl in der amerikan. wie in der franz. Besatzungszone des Landes Baden sind zufolge gesetzl. Anordn. der zuständ. staatl. Organe sämtl. Rechte u. Pflichten der stillgelegten Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (RfA) in Berlin-Wilmersdorf auf die Abt. „Angestelltenversicherung der Landesversicherungsanstalt Baden" (LVA) in Karlsruhe, Kaiser-Allee 8, übergegangen. Demgemäß haben alle in dem genannten Gebiet befindl. öffentlich-rechtl. u. priv. Darlehensschuldner der RfA. ihre Zins- u. Tilgungsverpflichtungen aus Darlehen, welche ihnen von der RfA. gewährt worden sind, ausschl. an die LVA. Baden in Khe. zu zahlen. Darlehensschuldner, welche ihre Zins- und Tilgungsverpfl. bis jetzt noch nicht an die LVA. Baden entrichteten, werden hiermit letztmals aufgeford., sich unter Vorlage des Darlehensvertrags (notarieller Schuldurkunde) u. des neuesten Tilgungsplanes sof. zu melden, die rückständ. Fälligkeiten alsbald, die künft. dagegen jeweils pünktl. zu den Vertragsterminen an das nachgenannte Konto der LVA. Baden zu überweisen. Bemerkt sei, daß seit läng. Zeit der Treuhänder der RfA. anfragende Schuldner aufford., die Schuldigkeiten an die „Abt. Angestelltenversicherung" der zuständ. LVA. zu begleichen. Alle aus der Nichtbefolgung dieser Bekanntmachung sich ergeb. Vertragsverletz. oder Versäumnisse gehen zu Lasten des Schuldners. Mitglieder der Gagfah, Gemeinnützige A.-G. für Angestellten-Heimstätten, München, Beethovenstr. 5, zahlen ihre Wohnlasten nach wie vor an die Gagfah weiter, müssen sich also bei der LVA. nicht melden. — Die vorerwähnten Ueberweisungen wollen vorgenommen werden: an die Bad. Kommunale Landesbank und zwar in der amerik. Zone: an deren Zweigstelle Khe. mit dem Zusatz „zu Gunsten des Girokontos 722"; in der franz. Zone dagegen an die Zweiganstalt Freiburg i. Br. der genannten Bank mit dem Zusatz „zu Gunsten des Girokontos 261". Karlsruhe, den 5. November 1946. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden

Aerzte - Dentisten

Dr. med. Paul Wagner, Kriegsstr. 83. Facharzt f. Chirurg. Habe m. Prax. w. aufgen. Sprechst. tägl. 11—12 u. 15 b. 16 Uhr, auß. Mittw.- u. Samstagnachm. Tel. 7475.

Dr. A. Sinner, Augenarzt. Praxis verl. n. Sonntagspl. 3. H.-St. Mathystr. T. 1829.

Alfred Riebel, Dentist, jetzt: Khe., Lenzst. 6, Tel. 6975.

Dentist Hellenbroich, Khe. Kaiserstr. 191. Habe Praxis wieder aufgenommen.

Verloren / Gefunden

Schlüsselbund, 12. 11., verl. Gt. Bel. Drescher, Akademiestr. 31, od. Fundbüro.

Schlüsselbund, 18. 11., Weststadt verl. Gegen Belohn. Kaffenberger, Uhlandstr. 18

Geldbeutel (Schweinsl.), 19. 11. Linie 4 vl. geg. Bel. Auchter, Khe., Bunsenstr.10

Gld. D.-Armb.-U. 16.11. vl. Bel. Langenbach, Vorholzstr. 14.

Aktentasche mit Inhalt verl. Sterk, Khe., Englerst. 2, IV.

Schw. Aktent., m. Inh., 18. 11. Römerh. vl. G. Bel. Daxl., Langenackerst. 23, Tel. 840.

Autopapiere, Steuerkarte, Zulassungsschein verl. Fdg. K.-Daxland., Turnerstr. 40.

Orthop. Led.hdsch. vl., Albbr., Abzw. Rhein, gt. Bel. Mayer, Khe., Luisenst. 34, H.

Graue Wildl.-Handsch. verl. Bel. Hetzel, Adlerstr.56, 4, l.

D.-Schirm, rotkariert, 18. 11. Mühlbg. verl. Gute Belohn. Meißner, Gabelsbergerst. 1.

Dklbr. D.-Hut verl. Belohn. Luisenstr. 63 im Laden.

Schw. Mütze (Krim.-Bes.) Dürrbachstr., Endst. 18. 11. verl. Maier, Durl., Rittnerst. 69.

Bl.-kar. Wollschal, 11. 11., Badenerstr. - Schuhgeschäft Schaarmann vl. Bel. Schaarmann, Durl., Pfinztalstraße.

Gestr. Kindermütze, 20. 11. vl. Bel. Viktoriastr. 15, I.

Schwein, 18. 11., Durl.-Ettl. entl. H. Bel. ☒ 14380 BNN

Einz. H.-Halbsch., br., 18. 11., Maxaust. vl. Gt. Bel. Dr. Schretzmann, Schumannst. 3.

Füllhalter, 10. 10. Bernhardstr. (?) vl. 50.— Bel. Wießner, Khe., Durl. Allee 20.

Jg. Wolfsh. entl., hoh. Bel., vor Ank. w. gew. Laubersheimer, Khe., Yorckstr. 25.

Engl. Windhund „Greif" 9. 11. Hbf. Khe. entl. Gt. Bl. Wurster, Herrenalb, Bleichw. 37.

½j. Welshterrier (Hünd.) entlaufen. Dr. Schwartzkopf, Telefon Karlsruhe 1325.

Schw.-wß. Fox, „Dolly", 20. 11. entl. Telefon 4945.

Kl. Schnauzer entl., gt. Bel. Brogli, Gebhardstr. 14.

Geldbeutel m. Inh., Tullastr., gef. Abzuhol. b. Kieninger, Khe., Schückstr. 3.

D.-Uhr gef. Rüpp. Wald. Benecke, Gr.-Ebersteinstr. 30.

Grau. F.-Handsch. 13. 11. gef. Meerwein, Virchowstr. 20.

Altd. Schäferhund 5. 11. zugel. K.-Mühlburg, Rheinstr. 58.

Unterricht

Berlitz-Sprachschule Khe. The Berlitz School of Languag. Sekret. Karlstr. 1, II, Tel. 4269. Beg. neuer Tages- u. Abendkurs. f. Anf. u. Fortgeschrittene in Spanisch, Russisch, Französisch.

Violin -u. Klavierspiel: Unterricht erteilt J. Janiczek, staatl. gepr. Musikl., Bretten, Hirschstraße 41.

Gesangsunterricht (Oper und Konzert) erteilt (ital. Schule) Feldt, Karlsruhe, Kurfürstenstraße 6, II.

Engl., Franz., Russ. Unterricht ert. ehem. Lehrer d. Wien. Berlitzschule. Anmeld. Khe. Akademiestr. 18 b. Dietsche

Transporte

Umzüge — Kleintransporte: J. Mayer, Möbeltransp., K., Lachnerstr. 6, Wilhelmst.77.

Köln, Krefeld, Wuppertal: Beiladung nach dort nimmt sof. an Tel. Khe. 7053.

Verkauf

Antike Möbel, wertv. Oelgemälde u. a. Kunstgegenst. zu verk. Anzuseh. 10—11 u. 16—17 U., Mo., Di., Do. u. Fr. Dr. Bayer, B.-Baden, Lud.-Wilh.-St. 6, II, T. 41165

Wiederverkäufer! Taschenfaltkalender 1947, sof. lieferb. Schriftl. Anfr. an A. Ruß. Khe., Schützenstr. 43.

Briefmarken, franz. Z., einig. Ser. 1—100 postfr. z. verk. ☒ 11443 BNN **Durlach.**

El. Hörapparat zu verkaufen. ☒ 14302 BNN.

Luftkompressor zu verkaufen. Föry, Durlach, Kelterstraße Nr. 1. Tel. 873.

Ziehklingen-Verputzmasch. m. Zub., Gew. 60 Zt. (3 To.) Durchlaßbr. 1.120 mm z. vk. Holstein & Co., Baden-Bad., Schweigrother Straße 8.

Pritschenwagen zu verk. Hettel, Mörsch, Rheinstr. 35.

Kompl. Fahrzeug-Generator (Holz od. Braunkohle) für LKW z. verk. ☒ 14376 BNN

Immobilien

Lokal ges. an d. Bahnl. Ulm—Stuttg.—Karlsr., mindest. 200 qm, mögl. mit Gleisanschluß. ☒ AB 604 an Ann.-Exp. Ruetz, Stuttgart-Degerloch.

Zahnärztl. (Dent.) Praxis zu kf. od. pacht. ges. (auch Bet. angenehm) Interessent ist erstklass. Fachmann. ☒ 14381 BNN.

Bäckermeister u. Konditor, tücht., total ausgeb., sucht Bäckerei zu kauf. od. zu miet. BU 243 an Anz.-Büro Stutz, Bruchsal, Kaiserst. 6.

Bäckerei in am. Z. v. tücht., pol. unbel. Mstr. sof. zu k. od. pacht. ges. Geschäftsbeteiligung nicht ausgeschlossen. ☒ 14315 BNN.

Metzgereibetrieb v. tüchtig. Fachmann zu pacht. ges. ☒ 14339 BNN.

Malergeschäft z. übern. ges., evtl. z. kauf. ☒ 14416 BNN

Werkstätte v. Blechner-Inst.-Meister, Ww., 55 J., ohne Anh., z. Uebern. od. in Miete, evtl. Beteil., gesucht. ☒ 14231 BNN Pfh.

Kleinere Gärtnerei (auch br.-lieg.), kl. Wirtschaftl. od. sonst Passendes f. Gärtnerei m. Wohn. v. tüchtig. Gärtner (Baumschulfachm.) zu s. gt. Preis zu kaufen od. pacht. ges. ☒ 10912 Ann.-Exp. Carl Gabler, G.m.b.H., Nürnberg, Königst. 51

Garten od. Acker zu pacht. od. kauf. ges. in Beiertheim. ☒ 14238 BNN.

Garten zu pachten gesucht. ☒ 14324 BNN.

Biete: Einfamilienhaus, 25 km v. Leipzig, Bahnstat., gr. Obstgart., 4 Z. u. Mans., m. Bad u. Innenclosett. Suche: Ein- od. Zweifam.-H. in ähnl. Beschaff., Lage gleich. ☒ B 1660 an Ann.-Exp. Jak. Vowinckel, Bielefeld.

Haus, auch teilbesch., f. Geschäftsbetr. geeign. z. kauf. ges. ☒ 14388 BNN.

Haustausch! Mehr. Häuser u. Grundstücke versch. Art u. Lage z. Tausch vorgem. Tausch-Interss. geb. ihre Wünsche bek. an Hans Schmitt, vormals August Schmitt, Immob., Khe., Vorholzstr. 7. Tel. 2117.

Haustausch: Haus i. Vorort Khe. (Omnib.-Verb.), 8 Z. u. Nebenräume, ca. 1800 qm Gart., 50 Obstbäum., gg. kl. Haus, in Khe. od. Vorort m. Straßenb.-Verbind. Hans Schmitt, vorm. Aug. Schmitt, Immob., Khe., Vorholzstr. 7. Tel. 2117.

Größ. Ind.-Platz, 6000—10 000 qm, zu tausch. geg. gutes Rentehaus. Wurm & Co., Immob., Khe., Erbprinzenstraße 33. Tel. 1439.

Kapitalmarkt

RM 8000.— f. Nordbaden gesucht z. Auswert. d. Lizenz f. fugenlosen Fußbodenbel. aus heimisch. Baustoffen oh. Zement, ohne Magnesit. ☒ BA/A 1409, Ann.-Exp. RDS, Heidelberg, Hauptstraße 122.

4% Pfandbriefe, Rhein. Hyp.-Bank, z. Hyp.-Ablös. ges. gg. bar o. beständ. Werte. ☒ 14233 BNN.

Darlehen, 15—20 Mille, gegen gute Sicherheit gesucht. ☒ 14287 BNN.

RM 20 000 a. Hyp. sof. auszuleih. dch. Julius Zimmer, Khe., Lenzstr. 11.

Werbung

Kaufhaus Hölscher, Khe., bittet die verehrl. Kundsch. währ. d. Aufr.-Arb. an der Kaiserstraße den Eing. Zähringerstr. und Lammstr. in Anspruch zu nehmen.

Geschenkartikel: Kaufhalle Khe., Lammstraße 3-5.

Bruchleidende trag. m. Spez.-Band ohne Feder, f. jeden Bruch Extraanfertig. Dienstag, 26. 11., Khe., Hotel Bay. Hof, 9-16 U. C. Reyher, Stuttg., Sennefelderstr. 45a.

H. Stoll, Metzgermeister. Habe mein Geschäft i. der Markthalle wieder eröffnet.

Messer-Kratz ab 1. Dez. bis auf weit. b. Kundt, Khe., Kaiserstr. 124a. Rasierklingen u. andere Stahlwaren.

Geschäftseröffnung! Elektro-Fachgesch. Erich Mögle Khe., Scheffelstr. 30, Tel. 6625, Ausf. elektr. Licht-, Kraft-, Lichtruf- u. Signalanlagen. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Neueröffnung! Metzgerei Hugo Heck, Khe., Waldstr. 87.

Friseursalon Oskar Decker Khe., Kaiserstr. 32, wieder eröffnet! Spez.: Haarfärben, Blondieren, Dauerwellen.

Nähmaschinenreparatur, führt prompt aus Singer Nähmaschinen-A.-G., Karlsruhe, Karlstraße 31.

Eisfink-Kühlanlag., Wirtsch.-Büf., Kant.-Einr., Konditoreianl. etc., jederz. fachm. Berat. Dittmar & Co., Khe., Karlstraße 60.

Buchdruckerei neu eröffnet: Aufträge zur baldig. Lief. nimmt entgegen. Johann Raabe, Bruchsal, Huttenstraße 26.

Auto-Blechnerei H. Obländer, Khe.-Mühlburg, Marktstr. 12. Sämtl. Reparat. sowie Autogen-Schweißarb. werd. kurzfr., fachm. ausgef.

Ausführung all. Photo-Arbeiten, Reflex-Kopien v. Urkunden usw im Photo-Lab. Heinrich Holzmann (Photo-Glock), Durlach, Lußstr. 26.

Masch.-Reibahlen, 8 m/m ss, Stückpr. M 3.80, sof. lieferb. Ditt, Khe., Eisenlohrstr. 10a.

Schneeketten, 6,00×20 und 9,00×20, Drehst. m. Hartmetallschneidepl., Leichtmetallhämmer oh. St., Einbau-Kistenschlöss. L. Eberhardt, Khe., Mathystr. 17. Kfz.-Zub.-Großh. Tel. 7242.

Universal-Rygol-Küchenmasch. vk. Dipl.-Ing. Rygol, München 13, Schleißheimer Str. Nr. 218. Tel. 361 821.

Tchn. Uebersetzungen (engl.), insbes. a. d. Geb. Elektro-Radio u. Opt.-Foto, fert. an: H. D. Kügler, Khe., Karl-Hoffmann-Str. 3, b. Keller.

Schnittmuster, Neuausg. 1947, f. d. Hausschneid. Neue Modelle f. Frauen, Mädchen, Herr., Knab. u. Kleink. in all. Gr. Bitte Preisl. verl. Alberts-Schnittmust.-Vers., (20) Großilsede/Peine, Postf. 115.

Fulgurit: Fulgurit-(Asbest)-Untersätze sow. prkt. Neuheiten in größ. Mengen zu vk. Nord-West-Handelsges. m.b.H., (20) Celle, Zöllnerst. 29.

Schlagsahneersatz, wohlschm., nahrh., ausgieb., trotz wenig Zut. Glänz. Gutachten. Beq. Dankschr. 20 fachm. erpr., zeitgem. Rez. geg. 6 M. Voreins. Jenning, Kond., St. Georgen (Schw.). Schrambergerstraße 12.

Haus- u. Straßenschuhe, dir. vom Erzeuger, geg. Spinnstoffgestellung und Faden. Korbwarenfabr. H. Klein, Zaisenhausen u. Khe.-Knielingen, Saarlandstr. 33.

Festgeschenke für alle Gelegenheiten. 6.45 u. 5.45 RM. Stürmer, (17a) Mannheim, Werderstraße 9.

Die Quelle des Erfolges: Interess. Warenangeb. dch. die Lieferantenquelle im Adressenverl. Stief, München 22, Thierschstr. 26. Verl. Sie Beding. Rühr. Herren als Vertreter ges.

Die Münchner TT-Spindel, Vorricht. an d. Nähmaschine z. Selbstspinnen, ist in all. einschläg. Geschäften zu haben. Herst. Theodor Triebenbacher, München, Bayerstr. 77 a, Telephon 70 385

Sämtl. „Koska-Erzeugnisse", wie Lippenstifte mit u. oh. Hülsen, Fettcreme, Wimperntusche, Lippenpomade, Augenbrauenstifte, Brillantine, Puder usw., liefern wir zu Originalpreis. Gen.-Vertr. u. Auslief.-Lager f. Deutschl. Franz Pennardt & Co., München 2, Rosenst. 12

Innenarch.-Büro G. Jaeck (fr. Berlin, Budapester Str.), führt Entwürfe u. Details aus für den Innenausbau von Wohn., Hotels, Rest., Ladenausbau etc. ☒ Coburg, Rummenthal 11, Telephon 2838.

Kaninch.: Trommelsucht usw. tritt nicht auf u. wird wirkungsvoll bekämpft durch Ergona-Aufzuchtpulver. Zu haben in Drogerien, Futtermittelhandlung, usw. Otto Koch, chem. parm. Fabrik, Mörlenbach/Odw.

Kupferstich-Sammler: ca. 200 Blätter, dar. Altdorfer, Aldegrever, Beham, de Bryn, Dürer, Delaune, Trechsel u. viele a. Meist., verk. auch einz. H. Hoffmeister, Mannheim, O. 7. 17.

Holzbrunnen jed. Art, werd. b. Gestell. v. Stammholz fachm. u. rasch erneuert u. aufgest. Wilh. Reck, Khe., Bahnhofstr. 16, Tel. 2271.

„Plum-Plum", d. unterhalts. Blättchen-Spiel f. Alt und Jung, wied. erh., u. wo in einschl. Gesch. noch n. z. hab., dir. z. bez. gg. Voreins. v. RM 1.- je St. einschließl. Porto v. „Wadi"-Spielwar.-Verlag (14a), Dischingen/Württ.

Ein Foto zu Weihnachten — evtl. vergrößert — ist ein zeitgem. Geschenk v. bleibendem Wert! Melden Sie sich rechtzeitig zur Aufnahme an. Leistungsnachweis: ca. 40 000 Aufn. zur Kennk.-Aktion, trotz zeitbed. Schwierigkeit. Aufn.-Zeiten tägl. 8—12, 2—6 U., Mittw. nachmittags geschl. Foto-Müseler — Ihr Fotograf, Khe., Adlerstr. 6, Telefon 1880.

Haarausfall kann verh. werd. durch neuart. Behandl.-Method. auf zeitgem. Grundlage! Ford. Sie Anträge a. fachwissenschaftlich. Untersuch. Ihrer Haarprobe an. Prosp. Nr. 36 kostenl. geg. Beifüg. ein. Freiumschlages. N. Sönnichsen K.G., Hamburg 20, Eppendorfer Land-Straße 9.

Zentraleinkauf, Betriebsberat. G. W. Gärtner, (16) Heppenheim a. d. B. Eine Quelle für Informationen. Musterlag. in all. 4 Zonen.

Priv.-Auskunftei Hilde Thomson, Stuttgart, Militärst.97, Ermittl. jed. Art, Prozeßmat., Beobacht., Spezial-, Privat- u. Heiratsauskünfte in allen 4 Zonen.

Das prakt. Weihn.-Geschenk f. Hausfrauen u. Töchter! Sie schneid. selbst m. dem prakt. Zuschneide-System „Weinert". Ihre Garderob., Mäntel, Kleider, Wäsche, für Herren, Damen o. Kinder. Das System kann auf alle Modehefte u. Schnitte angew. werden, jed. Schnitt ein Maßschnitt. Einm. Anschaff. Pr. RM 7.50 zuzügl. Porto 90 Pf. gg. Voreins. o. Nachn. dch. Frau Johanna Ebert (18), Worms/Rhein, Postfach 9, Nr. 94.

Lieferanten-Adressen für alle Branchen u. Zonen liefert Adressenverlag George (16) Kassel (31), Postfach 68.

Kneipp-Kuranstalt Dr. med. Maria Knippen, Königstein (Taunus), Privatkrankenh. f. biolog. Behandlung.

Generator-Tankholz i. trocken, hat man dch. Vortrockn. i. selbst zu erstell. einfach. Trocknungsanl. Prosp. dch. Max Munz, Büro f. Trocknungsanl. (14a) Göppingen, Hauptstr. 22.

Augenoptiker, Fotohändler, Industr.- u. Handw.-Betr. Aplanat, Lupen, Uhrmach.-Lupen, Lesegläser, liefert in prima Ausf. f. Wiederverk. Bernh. Alex, Opt. Werkst., Berlin-Neukölln, Sonnenallee 132.

Brauereien - Mineralwasserfabriken! Fordert Prosp. üb. Schleichers Amarin-Sprudelessenz „Enzianika". Enzian-Fabrikate O. Schleicher, Pharmaz. Fabriken, Freiburg i. Br., Tailfingen/Wttbg., Kr. Balingen.

Betonkaminputztüren mit Gummidicht. u. Stahlblechtüren liefern wir Ihnen sofort. Bitte ford. Sie Ang. Louis Marburg & Söhne, G.m.b.H., Eisenwarengroßhdl., Frankfurt a. Main, Gr. Friedberger Str. 18/20.

Gr. Kommentar z. Säuber.-Gesetz v. Dr. Priese u. Dr. Pokorny m. all. Nebenges., Ausführ.-Best. Organisat.-Tafeln u. Schlagw.-Reg., DIN A4, ca. 1000 S., 4 Bde., Bd. I—II sof., III—IV in Kürze lfb. Bestellg. an: Südbayr. Buchvers. E. Groll z. Zt. Seeshaupt 122, Starnbergersee-Obb.

Erfolgr. Zaubern kann jedermann. 20 v[illegible] tricks mit A[illegible] Weihnachtsg[illegible] alt. Lief. d[illegible] dir. a. Priv[illegible] v. 8.— RM, [illegible] Ueberw. a. [illegible] 37 636. Rab. [illegible] käufer. Ges. [illegible] Rückstände, [illegible] Fabrikate z. [illegible] führ. v. Zau[illegible] Zauberliterat[illegible] lier H. Emri[illegible] Allg. — Bo[illegible]

Hochw. feuerf. Mörtel und Stampfmassen [illegible] ferb. Rhein. [illegible] Dinas-Werke [illegible] lem/Rhein.

Steuer-Rechts. u. Wirtschaftsarchiv v. Dr. Joh. Priese. Text u. Komm. d. wichtigsten Gesetze u. Verordn., Abhandl. üb. akt. Themen, grundleg. Gerichtsentscheid usw. Jahresabonn. 12 Loseblatt-Lfg. RM 30.— zuzgl. Porto. Bestell. an Südbayr. Buchversand E. Groll, Seeshaupt122, Starnbergers.-Obb.

Broschen: Erstkl. Ausführ. Gr. Ausw. Mustersend. (23 Muster) RM 48.— zuzügl. Porto u. Verpackg. DEHAG (20) Bündheim-Harzburg.

Angebotsverzeichnisse f. Industrie, Hand., Gewerbe u. Privatbed. fordern Sie bei Kauf- u. Tauschnachweis Nordwest, (23) Norden (Ostfriesland).

Raucher! Tabak markenfrei, durch Herstell. von künstl. Rauchware, von echt. Tabak kaum zu unterscheid. Probe geg. Rückporto. ☒ F 2 k ANA, Kassel, Merkurhaus.

Verschiedenes

Denazifizierung! Schriftsätze f. Spruchkamm., Ann. a. ausw. Beklagter: Dr. jur. Volz, Khe., Hindenburgstr.5 (Lin. 5 ü. Moltkestr.), Tel. 4556. 16-18 U. u. n. Vereinb.

Zeugen gesucht! Unfall m. am. Auto 14. XI., 13 U., Leop.-Eck. Kaiserstr. ☒ 14399 BNN

Gemeinsch.-Verpfl.: Welche Fa. bet. sich? ☒ 14515 BNN

Siedlungswerk Eigenheim hat seine Gesch.-Räume nach Khe.-Weiherfeld, Feldbergstraße 9, verlegt. Dipl.-Ing. R. Teichmann.

Wo fehlt Dentist? Erstkl. jg. Fachm. sucht Praxis-Uebernahme, -Kauf, -Pacht oder -Beteilig. ☒ 14382 BNN.

Schreibmaschine zu leihen gesucht. Photo-Müseler, G.m.b.H., Khe., Adlerstraße 6.

Industrie-Vertretung., bes. f. Ind.-Bedarf d. holzverarb. u. Kartonnagen-Industr. für d. engl., amerik. u. franz. Zone gesucht. Ing.-Büro Helm, Andre, Karlsruhe, Nebeniusstraße 10.

Gold- und Silberringe: Wer übernimmt Anfertigung bei Gestellung von Metall und Steinen? ☒ 14173 BNN.

Schlossereibetr., spez. a. Eis.-Konstr., alte Firma m. gut. Bez. (Nordbad.), übern. z. Ausnütz. schön., trock. Lagerräume artverw. Vertret., auch Ausl.-Lager. Büro u. Pers. vorh. ☒ 2719 an Anz.-Trunk, Khe., Karlst.99

Wer fert. Rähmchen an? Leisten werden geliefert. ☒ 14355 BNN.

Generalvertretung, Auslief.-Lager od. Alleinverk. in techn. Art. f. d. Reg.-Bez. Köln od. das Rheinland zu übern. ges. Büro u. trockenes Lager in zentr. Stadtl. Kölns sowie Fachpersonal stehen z. Verfügung. ☒ K.U. 1626 Westd. Anz.-Ges. Köln, Gereonsmühleng. 7/9.

Dreh-, Bohr- u. Fräs-Arbeiten, sow. Hobel-, Schleif- und Schraubst.-Arb. könn. kurzfrist. b. Gest. d. Werkst. ausg. werd. Auch könn. kl. Maschin. u. Aggregate geb. werden. ☒ 14415 BNN.

Büro-Schreibmaschine gegen hoh. Verg. zu mieten ges. Telefon Khe., 4778.

Für Photovergröß. i. schw./weiß, Sepia u. farb., in best. Ausf. Herstellerfirmen f. lfd. Auftr. ges. Karl Durlach, Bergwaldstr. 6.

Buchhalt.. u. sonst. kf. Arb. werd. angen. ☒ 14419 BNN

[illegible]

Welcher Arzt od. Heilpr. [illegible] ☒ 14502 an BNN.

Versicherungen

Wie und wann komme man zu einem eigenen Heim? Diese Frage bewegt [illegible] unserer Hilfe [illegible] bei 20 Proz. Eigenkapital möglich. [illegible] Weg zum Eigenheim [illegible] Ihnen schöne [illegible] werden Sie [illegible] verbindlich [illegible] schrift! Bausparkasse Mainz A.-G., Mainz.

Gerling-Konzern-Versicherungen [illegible] ich meine Angehörigen zu Weihnachten? Durch den Abschl. einer Lebens-, Töchter- od. Söhneausbildungsvers. Schriftl. [illegible] daten durch: [illegible], Bezirksvertr. Khe./Ba.-, Renckstr. 1, Tel. 7408, Sprechst. tägl. v. 12—15 Uhr. (Mitarbeiter gesucht.)

Solange Sie gesund sind, denken Sie natürlich nicht an Krankheiten u. deren Kosten. Aber wissen Sie, ob Sie gesund bleiben? Sichern Sie sich rechtzeitig! Wir bieten Ihnen bei geringen Beiträgen beste Versicherungsleistungen [illegible] Kalenderjahres Rückzahlung eines Teiles der Beiträge. Wenden Sie sich [illegible] an die Vereinigte Krankenversicherungs-A.G., Landesdirektion Baden, [illegible], Obere Zähringer Allee 64, Bezirksdirektion Karlsruhe, Kaiserstraße 101—3.

Der letzte Appell der Parteien zur Wahl

CDU: Demokratie und Verfassung

Von H. Th. Kaufmann (Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung)

Nach den furchtbaren Jahren der Gewaltherrschaft und der Zerschlagung aller verfassungsmäßigen Rechte und Garantien eine neue Verfassung? Eine von Deutschen selbständig entworfene und eine wirklich demokratische Verfassung?

Und das inmitten der Fremdherrschaft, die in jedem Augenblick und mit voller Berechtigung jedes Grundrecht, ja, jeden Artikel der Verfassung außer Kraft setzen kann?

Und eine demokratische Verfassung für ein Volk, das noch vor so kurzer Zeit in hellen Haufen im Banne politischer Urteilslosigkeit einem Charlatan nachgelaufen ist und das sich von diesem und von seinen Spießgesellen jedes, auch das primitivste Bürgerrecht, stillschweigend hat rauben lassen? — nein, — „rauben lassen" — das ist nicht einmal ganz richtig gesagt! Hat nicht eine Riesenmenge des deutschen Volkes diesem schändlichen Tun, das jeder demokratischen Freiheit ins Gesicht schlug, zugejubelt, den frechen Raub aller demokratischer Freiheiten für eine messianische Großtat eines Gottgesandten gehalten?

Trotz all dem eine neue Verfassung, — obwohl womöglich einer Masse von politischen Toren und mindestens politisch kopflos gemachten und wirrgewordenen Menschen in die Hand gegeben, die sich nun, nach der schmählichen Enttäuschung in der Vergangenheit, politisch überhaupt nicht mehr zurechtfinden und die schließlich mit einem guten Werkzeug schlechte oder verderbliche Arbeit tun?

Eine Verfassung, ohne Vorhandensein einer zukunftsreichen und zukunftsreifen Jugend, weil der reifere Teil solcher Jugend fast ausschließlich auf den Schlachtfeldern verblutete oder noch fern der Heimat sich in Gefangenschaft härmt, — während der Rest der Jugend, von ödem Zeitgeist und abstumpfenden Zwang ein Jahrzehnt lang flachgewalzt, wohl das Fordern kennt, aber dazu das Leisten zu lernen, noch keine Gelegenheit hatte?

Und schließlich, solches ernste Werk beginnen mit einer Handvoll alter oder doch alternder Männer, denen die jammervolle Zeit des Hitlerreichs die besten Kräfte zerbrach, die wohl Ehre und Ruhe verdient hätten, anstatt zu schwerster Neuland-Bearbeitung berufen zu werden?

So viele Fragen! Unzählige Bedenken! Unzureichende Zeit für die vorgenommene Arbeit, primitivste äußere Arbeitsverhältnisse usw.! — Und dennoch haben die Männer und Frauen, die dazu berufen waren, zu der Aufgabe, eine neue demokratische Verfassung für das badisch-württembergische Volk zu schaffen, einmütig ja gesagt!

So haben wir — im wesentlichen im kleinsten Kreise — in mühevoller Gedankenarbeit um die Formung dieser neuen Verfassung ernsthaft gerungen. Das soll, ohne jede Einschränkung für die Beteiligten aus allen politischen Richtungen hier ausdrücklich anerkannt werden. — An der törichten Auseinandersetzung, wer in bezug auf die Bedeutung seiner Mitarbeit die Krone verdient, werde ich mich nicht beteiligen.

Männer und Frauen des Volkes haben in mühevoller Arbeit dieses Dokument entworfen. Alle Männer und Frauen des Volkes sollen nun nach ernstem Nachdenken über dieses Dokument entscheiden, das über der Zukunft unseres Volkes als Leitstern stehen soll.

Das ganze Verfassungswerk spricht für sich selbst! Es braucht in seiner Schlichtheit im allgemeinen nicht einmal eines Kommentars.

Wenn ich dennoch zu seinem Grundsätzlichen etwas sagen soll, so das Folgende:

Es ist nicht etwa Anmaßung eines Parteimannes, sondern nach meiner Ueberzeugung historische Wahrheit, wenn ich sage:

Das entscheidende Ringen ging um den christlichen Charakter dieser Verfassung,

also um die Frage, ob ein Volk, ob unser Volk sein Grundgesetz in praktische Beziehung (religio!) bringen soll zu Gott und zu seinem den Menschen kundgetanen Willen.

Diese Problemstellung ist heute keineswegs mehr nur ein Programmpunkt der CD-Union! Die Erkenntnis, daß das Volk nach den Irrwegen der deutschen Politik, die in Heidentum und Schande führten, nur zu retten ist, wenn es wieder zu den Urquellen seiner eigenen Kultur und Sitte, d. h. also zu den Grundsätzen der Lehre Jesu zurückkehrt, hat bereits weit über die Grenzen der Union hinaus Boden bezw. Widerhall gefunden.

Um diesen uralten und heute dich im Versuch seiner politischen praktischen Entwicklung völlig neuen Angelpunkt drehte sich denn auch tatsächlich der wesentlichste Teil der Verfassungsdebatte.

Es ist bei weitem keine Anmaßung, für diese geforderte Geistesrichtung Universalität zu beanspruchen, insofern, als in ihrem Lichte alle Probleme der persönlichen, der sozialen, der wirtschaftlichen und der politischen Freiheit ein neues Gesichtsgewinnen, und als für diese alle unter diesem Lichte neue, und klarere Lösungen aufzuzeigen möglich ist.

Im übrigen hat die in der ganzen Welt Aufsehen erregende

Aufhebung der Konfessionsgrenzen im politischen Raum

den Beweis erbracht, daß es sich bei dem Ganzen nicht, wie oft mißverstanden oder mißdeutet, um kirchlich-politischen Machtanspruch, sondern vielmehr um ein rein geistiges Ziel grundsätzlich christlicher Gesinnung in der Politik handelt, mit dem, in großem Gegensatz zu dem Neu-Heidentum der letzten Jahrzehnte — oder soll ich sagen: Jahrhunderte? — dem Volk aus alten Quellen wieder reines Wasser geboten werden soll.

Es sind wohl auf fast allen parteipolitischen Seiten, vielleicht am stärksten bei der CD-Union, am Ende unerfüllte Restforderungen geblieben. — Bei der Union die stärkste nach meiner Ansicht die nach dem fehlenden Senat, der einen Ausgleich gegenüber einem übertrieben parlamentarisch-demokratischen System geben sollte. Daneben noch die Tatsache, daß der Begriff der Selbstverwaltung noch nicht ausreichend mit klarem und praktischen Inhalt erfüllt ist, gleichgültig, ob er sich auf Gemeinden, Kreise oder die selbständigen Landesprovinzen bezieht. Hier wird es Aufgabe der praktischen Politik sein, in gesetzgeberischer Arbeit diesen großen Gedanken mit wirklichem Gehalt zu erfüllen, der nach meinem Dafürhalten eine der wesentlichsten Grundlagen einer dauerhaften, volksverbundenen Demokratie bringt.

Trotz dieser und aller übrigen noch offenstehenden Forderungen und Wünsche ist der gesamte Verfassungsentwurf durch das Verdienst aller Beteiligten eine gute und hoch zu achtende Arbeit und, wie ich zuversichtlich glaube, eine dauerhafte Grundlage für einen ehrlichen demokratischen Staat, der sich der Achtung seiner eigenen Bürger würdig erweisen wird und sich die Achtung der Weltöffentlichkeit verdienen kann.

Es ist nicht von ungefähr, daß die Abschlußarbeiten an diesem Verfassungsentwurf zeitlich zusammenfallen mit der Großtat der angelsächsischen Nationen, eine Form zu bieten, durch die zunächst wenigstens die Hälfte der Menschen im deutschen Raum wieder zu einer Einheit zusammengebracht werden. Ich weiß gar wohl, daß auch daran mit Recht vieles, insbesondere vom Gesichtspunkt des demokratischen Verfassungsrechtlers aus, bemängelt werden kann.

So, wie diese Uebergangsmängel die Größe der Tat der beiden Alliierten Mächte nicht verkleinern, hoffe ich auch, daß die zahlreichen äußeren und inneren Mängel, die diesem Verfassungsentwurf aus den verschiedensten Gründen noch anhaften, die Größe seines Wollens und seiner richtunggebenden Absicht in den Augen des Volkes nicht verkleinern, und daß er, durch Wille und Mitarbeit aller aufrichtigen deutschen Menschen, zum Werkzeug werden möge, um das Volk unserer engeren Heimat und, als Vorbild, die Menschen im gesamten deutschen Raum, aus der Nacht der Not zu einem Morgen neuen Aufstiegs zu führen.

DemVp: Für Klarheit und Wahrheit

In allen Wahlzeiten wird viel geredet und viel geschrieben. Es ist ein Teil der politischen Erziehung, den Wähler dahin zu bringen, die Ergüsse mit Verstand und Kritik zu betrachten. Auch die letzten Veröffentlichungen der verschiedenen Parteien lassen erkennen, daß die Unsitte überhand nimmt, an Stelle von ververständlichen Ausführungen, die Tatsachen klarstellen, oft langstielige, verschwommene Erörterungen zu bringen, die häufig nicht nur dem einfachen Leser unverständlich sind. Wer kann sich unter einer „werdenden Tat" oder der „Expropriation der Expropriateure", „Sozialisierung des Elendes", „Brot ist wichtiger als Politik", „praller Inhaltlichkeit" und dergleichen sprachlichen Unmöglichkeiten etwas vorstellen? Der geschulte Leser muß sich hier fragen, ob nur eine schwulstige Ausdrucksweise vorliegt, die Gedankenlosigkeit verbirgt, oder ob man durch sie Ziele, die der Leser nicht kennen soll, tarnen will. In der Tat, man gewinnt vielfach den Eindruck, Talleyrand wäre bei der Abfassung solcher Artikel Pate gestanden, der die Ansicht vertrat, Gott habe dem Menschen die Sprache verliehen, um seine wahren Gedanken zu verbergen.

Die Verfassung, über die am nächsten Sonntag abgestimmt wird, wurde vom Landtag einstimmig angenommen. Damit ist erwiesen, daß sie ein brauchbares Gebilde ist, das sich bei vernünftiger Anwendung zum Wohle des Volkes auswirken wird. Alle Einseitigkeiten sind in ihr vermieden, und dies verdanken wir der Tätigkeit der DVP, denn sie war in der Lage, durch das gegebene Stimmenverhältnis in den entscheidenden Abstimmungen den Ausschlag zu geben.

Der Verfassungsausschuß bestand aus 20 Mitgliedern, von denen 8 der CDU und 8 den sozialistischen Parteien angehörten. Nur in Vereinigung mit den 4 Stimmen der DVP konnten strittige Artikel festgelegt werden mit einem immer wiederkehrenden Stimmenverhältnis von 12:8. Keine der großen Parteien konnte von sich allein hier den Ausschlag geben ohne die Mithilfe unserer Partei. Diese Tatsache wird in den Wahlbetrachtungen bedauerlicherweise meistens von den anderen verschwiegen. Unser Einfluß auf die Gestaltung der Verfassung war demnach bedeutend größer, als er der rein zahlenmäßigen Stärke unserer Fraktion entsprach. Selbstverständlich zeigte sich dies, wie schon bemerkt, bei den umkämpften Artikeln auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Damit dürfte aber auch erneut der Beweis erbracht sein, daß die DVP ihre unbedingte Existenzberechtigung hat und gegründet werden müßte, wenn sie nicht vorhanden wäre. Diese Feststellung ist notwendig, denn immer und immer wieder wird — insbesondere von der CDU — die Meinung vertreten, solch kleine Parteien müßten verschwinden. Wir begreifen solche Wünsche, die von der Hoffnung diktiert sind, lachende Erben einer immerhin beachtlichen Stimmenzahl werden zu können.

Die unberechtigten Forderungen der CDU auf kirchlichem Gebiet wurden mit unserer Hilfe zurückgewiesen. Merkwürdigerweise hatten diese Forderungen mit Religion und Christentum herzlich wenig zu tun. Sie waren vielmehr rein weltlicher und geldlicher Natur. Unsere Stellung zu diesen Fragen hat uns die heftigsten Angriffe der CDU zugezogen Die DVP hat bekanntlich zu dem Artikel 29 der Verfassung einen Zusatzantrag eingebracht, der verhütet, daß „die Einrichtungen und Veranstaltungen der in diesem Artikel der Verfassung anerkannten Kirchen und Gemeinschaften" mißbraucht werden. Der Antrag, der übrigens gegen die Stimmen der CDU angenommen wurde, löste einen Sturm der Entrüstung im Lager jener aus, die sich anmaßen, allein christlich zu sein. Man sprach von einem Maulkorb, der den Dienern der Kirche angelegt werden sollte, und holte ein altes, abgebrauchtes Schlagwort — Maulkorbparagraph — aus der politischen Mottenkiste hervor. Erfreulich ist, daß zahlreiche gläubige Angehörige der Kirchen beider Konfessionen die lauteren Absichten unserer Partei erkennen und mit ihr der Meinung sind, die Kanzel sei zu gut, als daß von ihr aus profane oder gar hetzerische Wahlreden gehalten werden.

Einen weiteren strittigen Punkt bildete der Artikel 34 der Verfassung. In diesem wird die dauernde Verpflichtung des Staates zu wiederkehrenden Leistungen an die Kirchen gewährleistet. SPD und KPD vertraten die Meinung, daß eine solche Verpflichtung des Staates nicht in der Verfassung verankert werden sollte, während die CDU verlangte, diese Leistungen müßten nach dem alten Stand, d. h. vor 1933, erfolgen, und die Höhe der Summe, die übrigens geradezu enorm ist, müßte in der Verfassung festgelegt werden. Die DVP ging auch hier den goldenen Mittelweg. Sie war einerseits der Ansicht, im Staatsgrundgesetz müßte die finanzielle Zukunft der Kirche sichergestellt werden; andererseits aber glaubte sie, in Anbetracht der unsicheren Geldverhältnisse es ablehnen zu müssen, den Kirchen eine gewisse Summe zu garantieren. Dies könnte erst geschehen, wenn einmal die Voranschläge der Landeskirchen und Kirchengemeinden vorliegen und ein Vergleich mit den entsprechenden Voranschlägen der weltlichen Organisationen möglich ist.

Im übrigen sind die mehr oder weniger versteckten Vorwürfe der CDU, die DVP wäre kirchenfeindlich, unberechtigt und werden nirgends ernst genommen. Unsere positive Einstellung zum Christentum und den Kirchen ist so häufig unter Beweis gestellt worden, daß ein Zweifel nicht mehr aufkommen kann. Es ist vielleicht der Gram der CDU, wie unser Abgeordneter Dr. Heuß einmal humorvoll meinte, daß von den übrigen Parteien keine massiveren Angriffe gegen die Kirchen gekommen sind. Wie schön wäre es doch gewesen, wenn man die gleichen Stellungen hätte beziehen können, wie sie einst in den längst vergangenen Zeiten des Kulturkampfes üblich waren! So aber konnte Dr. Heuß feststellen: „In dieser ganzen Auseinandersetzung über den Abschnitt IV, Religion und Religionsgemeinschaften, ist den Kirchen nicht nur Recht geschehen, sondern ihr Auftrag und Würde geblieben."

In der Schule konnten die offenen und versteckten Angriffe der CDU auf unsere altbewährte badische christliche Gemeinschaftsschule nur mit unserer Unterstützung zurückgewiesen und so auch dem württembergischen Teil erhalten werden. Unzeitgemäße Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet konnten wir in Verbindung mit der CDU zu einer Lösung bringen, die allen Ansprüchen gerecht wird. Bei der Vertretung der Arbeitnehmer ist ein Unterschied zu machen zwischen den kleineren, mittleren und großen Unternehmungen.

Schlagworte wie „Beseitigung des adeligen Großgrundbesitzes" gehören in die politische Rumpelkammer. In Süddeutschland hat es nie einen Adel von politischem Einfluß gegeben, und in Norddeutschland ist er vernichtet. Auch die monopolartigen Unternehmungen sind restlos erledigt.

Es hat heute keinen Zweck, sich auf wirtschaftlichem Gebiet in Einzelheiten zu verlieren. Hier kann uns nur ein einheitlich geführtes Deutschland retten. Allerdings aus Südbaden kommen neuestens Stimmen bedenklicher Art. Hier sind offensichtlich Separatisten am Werk! Wir wissen auch, welche politische Partei hinter diesen Leuten steht: Es ist die CSU!

Die DVP kennt nur ein Ziel: Ueberwindung der separatistischen Bestrebungen um der Einheit willen. Wer damit einverstanden ist, wähle die Liste 2!

Demokratische Partei, Karlsruhe.

KPD: Wen wählen die Frauen?

Der Wahltag am 24. November verlangt unsere Entscheidung über den neuen Verfassungsentwurf und die Zusammensetzung des kommenden Landtags. Mit der neuen Verfassung für Nordwürttemberg-Nordbaden werden die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung für die Zukunft gelegt; der Landtag aber wird die Maßnahmen zu beschließen haben, die zur Ueberwindung der großen Schwierigkeiten und Notstände auf dem Gebiete der Ernährung, Kleidung, Wohnung, Brennstoffversorgung usw. notwendig sind. Von diesen Wahlen wird also besonders für uns Frauen viel abhängen.

Der neue Verfassungsentwurf enthält einige Bestimmungen, die zweifellos für die Frauen einen Fortschritt bedeuten. So z. B. im Artikel 16, der besagt:

> „Die der Familie gewidmete häusliche Arbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleich geachtet."

Auf Grund dieser Bestimmung werden sich in Zukunft viele Fragen für die Frauen gerechter lösen lassen, als das bisher der Fall war. Artikel 20 enthält den Absatz:

> „Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich. Bei gleicher Leistung ist gleicher Lohn zu gewähren."

Damit ist eine Forderung erfüllt, die die Kommunistische und Sozialistische Arbeiterbewegung schon seit Jahrzehnten erhoben hat, um die Frauen frei zu machen von wirtschaftlicher Benachteiligung. An den Frauen selbst wird es liegen, die Bestimmung Wirklichkeit werden zu lassen, denn vorerst stehen diese Rechte nur auf dem Papier. Ob sie die Erwartungen der Frauen erfüllen werden, hängt davon ab, in welchem Geiste und von wem sie ausgelegt und gehandhabt werden.

Es kann uns Frauen nicht gleichgültig sein, ob die Vertreter der alten, kapitalistischen Ordnung, deren Politik unsere jetzige Lage verschuldet hat, wieder allein bestimmen in Regierung, Verwaltung, Justiz und in der Wirtschaft, oder ob durch eine klare Festlegung des Mitbestimmungsrechtes der Schaffenden die Voraussetzungen für eine Vorwärtsentwicklung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens gegeben werden.

Ob wir Frauen die so dringend benötigten Gegenstände des täglichen Bedarfs, Kleidung und Schuhe für uns und unsere Kinder haben werden, das hängt mit davon ab, ob unsere Wirtschaft wieder nur von Besitzinteressen geleitet wird, oder ob die Arbeiter selbst mit zu entscheiden haben, was hergestellt und wie es verteilt wird.

Wir können uns auch nicht vor der Gefahr verschließen, die unseren Kindern durch die Forderung der CDU auf Einführung von Konfessionsschulen droht. Die Mütter dürften nicht zulassen, daß schon die Schulkinder nach Konfessionen aufgespalten werden. Der Neuaufbau unserer zerstörten Heimat verlangt gemeinsame Anstrengungen — gemeinsamer Schulunterricht soll den Grund dazu legen und die kommende Generation zur Achtung vor der Meinung des Andern erziehen.

Wenn Ministerpräsident Reinhold Maier in seiner Rede vor dem Länderrat davon spricht, daß wir noch immer tiefer ins Elend geraten werden, so ist das ein Eingeständnis des Versagens der bisherigen Politik. Mit den alten bürokratischen Methoden des Regierens und Verwaltens durch die Beauftragten der Großkapitalisten und der Großgrundbesitzer, mit den halben Maßnahmen gegen die wirklichen Urheber unseres Unglücks werden wir noch immer tiefer ins Elend kommen.

Dem kommenden Landtag stehen Aufgaben bevor, die uns Frauen besonders angehen. Noch gibt es reaktionäre Gruppen, die auch im neuen Landtag z. B. für die Beibehaltung des § 218 eintreten werden. Wieviel Elend hat dieser Gesetzes-Text schon über jene Frauen gebracht, deren soziale Lage den Kinderzuwachs einfach nicht zuläßt. Aber auch die Nazigesetze, die selbst die Vorbeugung von Kinderzuwachs unmöglich machen, müssen fallen, um die Frauen in ihrer Not nicht einem gewissenlosen Kurpfuschertum auszuliefern.

Wir und mit uns alle fortschrittlich Denkende treten für eine Lockerung des § 218 ein, um den besonders schweren sozialen Mißständen Rechnung zu tragen.

Wir wissen, daß es in gewissen Kreisen verpönt ist, über diese Dinge zu sprechen; wir wissen aber auch, daß ungezählte Frauen uneingestanden auf Hilfe durch eine fortschrittliche Gesetzgebung warten. Es ist übelste Heuchelei aus diesem sozialen Problem eine „Weltanschauungsfrage" zu machen und dadurch die seelischen Nöte der bedrängten Frauen noch zu vermehren. Heute gilt es die lebenden Kinder zu kleiden und zu ernähren; denn wahres Mutterglück kann nur dort sein, wo den Eltern die Erziehung ihrer Kinder durch eine gesicherte Existenz ermöglicht wird. Was sollen denn die Mütter, die um die Gesundheit ihrer unterernährten Kinder bangen mit dem Text eines Wahlplakats der CDU anfangen, der von ihnen fordert: „Fragt Euer Herz und nicht Eure Nöte"?

Ihr Frauen, gleich welcher sozialen Schicht Ihr angehört, sendet in den neuen Landtag Kommunisten. Diese fragen nach Euren Sorgen und Nöten und die Gesetze, die sie machen werden, sollen Euren Willen ausdrücken. Die Liste 4, der Kommunistischen Partei, das ist die Liste der vorwärts strebenden Frau.

Frauenausschuß der KPD.

SPD: Erst wägen, dann wählen!

Zum erstenmal seit 13 Jahren hat die Bevölkerung in der amerikanischen Zone Gelegenheit, bei der Abstimmung über die Verfassung auch einen Landtag zu wählen, dem das Recht eingeräumt ist, den Ministerpräsidenten zu bestimmen und die von ihm ernannte Regierung zu bestätigen. Damit ist jedem Wahlberechtigten wieder eine Einflußnahme auf das Schicksal unseres Landes gegeben, von dem auch sein eigenes Schicksal abhängt. Wie oft ist dieser Zeitpunkt im Dritten Reich herbeigesehnt worden — auch von denen, die erst als Hitler an der Macht war, erkannten, was sie mit ihrer alle Mahnungen der SPD („Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!") negierenden Einstellung angerichtet hatten. Wie oft hat man sich gelobt, nie mehr politisch uninteressiert zu sein, nie mehr zu vergessen, daß allein die SPD am 23. März 1933 im Reichstag den Mut aufgebracht hat, der nationalsozialistischen Regierung das Ermächtigungsgesetz zu verweigern, das dann doch durch die Zustimmung aller Abgeordneten der bürgerlichen Parteien (auch des Herrn Simpfendörfer, des CDU-Präsidenten der Verfassunggebenden Landesversammlung, und des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Maier von der jetzigen demokratischen Volkspartei) angenommen wurde und das dem Nationalsozialismus den Weg zu einer blutigen Gewaltherrschaft und diesem Ende frei gemacht hat. Niemand, der morgen zur Wahlurne geht, darf diese Tatsache vergessen. Wir müssen daran erinnern, weil nur der, der die Ursache unseres heutigen Elends erkennt, verhindern kann, daß noch einmal um ein Linsengericht die Demokratie verraten und verkauft wird. Die Parteien — ganz gleich, welches Firmenschild sie jetzt zeigen — und die Männer, die am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz ihre Zustimmung gaben, haben das Recht verwirkt, Deutschland politisch zu führen. Sie haben versagt, und mit Versagern können wir das Werk des Neuaufbaues nicht beginnen.

Die deutsche Sozialdemokratie kämpft unter ihrem alten Namen, den sie nicht schamvoll ablegen mußte, für ihre alten Ziele. Wäre ihr die Mehrheit des Volkes in der Weimarer Republik gefolgt, so würden wir in Frieden und Wohlstand leben und dem deutschen Volk wäre ein achtbarer Platz in der Völkerfamilie gesichert. Heute leben wir in einem Deutschland, das nicht einmal ein fester geographischer Begriff ist, und in dem uns täglich neue Sorgen und Nöte befallen. Der Ausweg ist nicht zu finden durch Hoffnungslosigkeit oder durch neue politische Rattenfängerkunststückchen, sondern nur durch harte Arbeit und durch die Entscheidung für das Aufbauprogramm der SPD, die so stark werden muß, daß sie ohne Kompromisse zum Wohle des ganzen Volkes wirken kann oder, um mit einem der geistigen Väter der deutschen Sozialdemokratie, dem vor 125 Jahren geborenen Friedrich Engels zu sprechen, „zum Wohle der ungeheuren Mehrheit durch die ungeheure Mehrheit". Um diese Mehrheit wollen wir geistig ringen, damit die Verfassung zu einer offenen Tür für eine neue und bessere Gesellschaftsordnung wird. In unserer zerschlagenen Wirtschaft darf es nur noch einen Gesichtspunkt geben: das ist das Lebensinteresse der ganzen Nation! Deshalb müssen wir die kapitalistischen Auswüchse und ihre Ausgangsbasis endgültig beseitigen und den in den kommenden Jahren zu erstrebenden ausreichenden Arbeitsertrag ehrlich und gerecht verteilen.

Die SPD weiß, daß sie in diesem politischen Kampf nicht die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, der Verfechter der Privilegien, finden wird. Die Arbeitnehmer brauchen sich nur an die Abstimmung in der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 24. November 1946 über den 1. Mai erinnern. Der zweite Absatz des Artikels 21 hat folgenden Wortlaut: „Der 1. Mai ist gesetzlicher Feiertag als Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit, zu Fortschritt, Frieden, Freiheit und Völkerverständigung." Er ist nur mit einer knappen Zufallsmehrheit angenommen worden, und der Fraktionsvorsitzende der CDU, Bürgermeister Heurich, erklärte lt. Protokoll über die 9. Sitzung, Seite 214, zur Abstimmung: „Ihn noch einmal in der Verfassung zu verankern, ist höchst überflüssig."

Uns genügte die Feststellung, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist, nicht, Mit der obigen Zusatzfassung des Artikels 21 steht er unter Verfassungsschutz. Die Bestimmungen des Artikels 85 werden den bürgerlichen Parteien auch in späteren Jahren eine etwa beabsichtigte Abschaffung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag erheblich erschweren. Den Schutz durch die Verfassung werden die Arbeitnehmer, wenn sie die Erfahrungen der Weimarer Republik und die Wandlungsfähigkeit bürgerlicher Abgeordneter berücksichtigen, nicht für „höchst überflüssig" halten.

Dieses Beispiel zeigt, wie sich diese Partei in entscheidenden Fragen der Wirtschafts-Finanz- und Sozialpolitik verhalten wird. Wenn nach der durchzuführenden Währungs- und Finanzreform der Geldschleier zerreißen wird, dann muß Farbe bekannt werden, dann braucht das Volk zuverlässige Helfer in einem Kampf, der nicht um fromme Wünsche, sondern um die nackte Existenz geht.

Es gibt niemanden, der die gerade Linie der Politik der SPD im Kampf gegen Not und Elend ernsthaft anzweifelt. Deshalb macht leider die CDU immer wieder verzweifelte Anstrengungen, uns Religionsfeindlichkeit zu unterstellen. Die Mitarbeit der SPD an der Verfassung beweist ihre positive Einstellung zu den hohen sittlichen und sozialen Ideen des Christentums. Wir verabscheuen aber mit jedem Christen, dem seine religiöse Ueberzeugung Herzenssache ist, daß mit christlichen Parolen Parteien gegründet und Wahlkämpfe geführt werden.

Der 1. Vorsitzende unserer Partei, Dr. Schumacher, hat auf dem Parteitag in Hannover erklärt: „Ich halte zwar fest am Marxismus, weil ich ihm viele Erkenntnisse verdanke, aber ich kann mir vorstellen, daß man genau so gut durch die Bergpredigt wie durch den Marxismus zum Sozialismus kommen kann."

Wenn diese Erklärung nicht genügt, nehme man das Organ des Vatikans „Osservatore Romano" zur Hand, der kürzlich anläßlich des italienischen Sozialistenkongresses schrieb: „Heute besteht keine Feindschaft mehr zwischen der Kirche und den Sozialdemokratien, da diese sich nicht an einen Atheismus gebunden fühlen. Wenn sie die öffentliche Staatsgewalt unabhängig von kirchlichen Einflüssen wünschen, so stehen sie doch nicht der Wirksamkeit der Kirche entgegen."

Die SPD ist für die in der Verfassung verankerte Simultanschule eingetreten, während die CDU als „Partei der Zusammenfassung" die Anhänger der Religionsgemeinschaften in der Schule trennen will.

Wenn die SPD an die Vernunft und Einsicht der Wähler und Wählerinnen appelliert, dann tut sie das in der Ueberzeugung und Gewißheit, daß ihr Sieg ein Sieg für Deutschland und das deutsche Volk sein wird. Berlin, das sich mit 49 % der abgegebenen gültigen Stimmen für die SPD enschieden hat, sei für die amerikanische Zone ein Beispiel. Hier müssen wir dem Ministerpräsdenten Dr. Maier recht geben, der nach einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung" vom 30. Oktober 1946 in einer Wahlkundgebung in Stuttgart erklärt hat: „Nehmt Euch ein Vorbild an den Berlinern. Sie haben den Dunstnebel verjagt. Sie haben Deutschland einen großen Dienst erwiesen."

Die 9 % Stimmen für die Demokratische Volkspartei kann Dr. Maier nicht gemeint haben. Er wird wissen, daß ein Bekenntnis zur SPD in der Welt als ein Bekenntnis Deutschlands zu Demokratie, Völkerverständigung und Frieden gewertet wird. Das wäre der richtige Auftakt für die Reise der Delegierten unseres Parteivorstandes nach London und für den Beginn der Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland. Nehmt Euch also ein Vorbild an den Berlinern, und wählt am Sonntag: die Liste 3, Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sozialdemokratische Partei, Karlsruhe.

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Aufruf

des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vor einigen Monaten wurde die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt. Diese hat nun nach gründlichen Beratungen eine Verfassung für Nord-Württemberg und Nord-Baden geschaffen. In der Verfassung sind auch die Grundrechte aller Schaffenden, der Betriebsvertretungen und der Gewerkschaften festgelegt worden. Die Verfassung bildet eine gute Grundlage für den Neuaufbau des Staates in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung.

Deshalb stimmen alle männlichen und weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften mit Ja!

Der ADGB ist parteipolitisch und religiös streng neutral. Das soll aber nicht heißen, daß die Mitglieder politisch indifferent sein sollen. Ganz im Gegenteil! Es darf nicht vorkommen, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte u. Beamte der Wahl fernbleiben. Sonst haben sie nachher kein Recht, sich darüber zu beklagen, wenn die Gesetze nicht nach ihrem Wunsche ausfallen.

Die Gewerkschaftler beteiligen sich daher geschlossen an der Wahl und wählen die Kandidaten der Parteien, zu denen sie das größte Vertrauen haben.

Für uns Gewerkschaftler bedeutet Wahlrecht auch Wahlpflicht!

Der geschäftsführende Vorstand:
Flößer, Kiefer, Deck.

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Des höchsten Einsatzes wert

Gedanken zur Wahl / Von Wilhelm Baur

Vor eineinhalb Jahren standen wir noch mitten in der absoluten Rechtlosigkeit der Person, des Eigentums, des Lebens. In der Zwischenzeit sind durch die vergangenen Wahlen Akte der Einschaltung des Rechts und der Persönlichkeit in die öffentlichen Dinge erfolgt, die den Aufbau eines geordneten Staates einleiten sollten. Unter Volk hat bei den ersten Wahlen den politischen Sinn und die Aufgaben in vollem Umfang erkannt. Man denke an die hohe Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen.

Aber schon bei der folgenden Wahl zur verfassunggebenden Versammlung ist die starke Wahlbeteiligung abgesunken, sind viele Menschen in die politische Uninteressiertheit zurückgeflüchtet, die 13 Jahre vorher zu dem Unheil der Gegenwart wesentlich geführt hat. Die Gründe mögen mannigfaltige sein. Aber immer beruhen sie auf einer total falschen Einschätzung dessen, was als Politik bezeichnet wird. Dem einen mag es mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht schnell genug gegangen sein. Er hat geglaubt, daß eine einzige Abstimmung die Möglichkeit böte, all das Unglück der Vergangenheit mit einem Schlage zu wenden. Der andere ist in Enttäuschung und Verzweiflung versunken, weil die persönlichen und die öffentlichen Probleme eine solche Fülle von bergehohen Schwierigkeiten darbieten, daß Mutlosigkeit und Resignation unausbleibliche Folgen sind. Wieder andere können über die Ungerechtigkeiten des täglichen Lebens seelisch nicht hinwegkommen und verzweifeln an dem, was sie als Gerechtigkeit ansehen. Andere sehen den Wirkungsbereich der Parteien als zu bescheiden an, als daß die Möglichkeit geboten wäre, durch sie eine Wendung unseres Schicksals zum Besseren herbeizuführen. Vielfach zeigen sich auch Unzulänglichkeiten in der persönlichen Führung der öffentlichen Angelegenheiten, die nachteilig und schädigend auf die öffentliche Moral wirken.

Alles das zusammen mag in dieser oder jener Beziehung eine gewisse Berechtigung haben, und trotzdem ist die Flucht in die Verantwortungslosigkeit eine Folge einer falsch verstandenen Schau in die Vergangenheit und eines irregeleiteten Gefühls, das weniger als je heute in der Betrachtung der politischen Dinge seine Berechtigung hat. Politik ist weder ein garstiges Lied noch verdirbt sie den Charakter, wenn sie richtig betrieben wird. Sie fordert den höchsten sittlichen Einsatz an Kräften und an persönlicher Selbstentsagung, weil sie, auf den Staat und seine Gestaltung bezogen, ein Zurückstellen des persönlichen Interesses zugunsten der Allgemeinheit verlangt.

Heute gilt es angesichts der ungeheuren Aufgaben trotz aller persönlichen Schicksale, das Ganze, mit der sich die Politik zu beschäftigen hat, ins Auge zu fassen, denn das Schicksal des Ganzen, das haben wir in der Vergangenheit erlebt, bedingt auch Glück oder Unglück des Einzelnen. Wer in einem so entscheidungsvollen Moment, wo das Volk nach so langer Macht- und Gesetzlosigkeit wieder die Möglichkeit in die Hand bekommt, sein eigenes Schicksal von Grund aus zu bestimmen, aus reiner persönlicher Verärgerung und Unzulänglichkeit der Einsicht in den wahren Ursprung und in den Fortgang der Dinge, auf sein ursprüngliches Recht der Mitwirkung verzichtet, begibt sich nicht nur jeden Rechts der Kritik in die Zukunft, sondern macht sich auch durch seine Desinteressiertheit verantwortlich für einen von ihm selbst nicht gewünschten Ablauf der Dinge.

Die Leistung eines Volkes im geschichtlichen Leben ist an die persönliche und sittliche Entscheidung des Einzelnen gebunden. Das entsetzlichste Ereignis unserer an politischen Fehlleistungen so reichen deutschen Geschichte war die freiwillige Abdankung des deutschen Volkes, sein Weg und sein Schicksal zu bestimmen und die Uebertragung der gesamten Verantwortung für den Lauf unserer deutschen Geschichte an einen gewissenlosen und nichtsnutzigen Abenteurer.

Von allen Wahlentscheidungen ist die, die kommenden Sonntag stattfindet, die allerbedeutsamste. Was in der Vergangenheit an Aufbauarbeit, an Hilfe und Fürsorge geschaffen, in kleinen und großen Dingen zum Besseren gewendet wurde — und kein Ehrlicher wird bestreiten können, daß seit den Tagen des Umbruchs und des Aufhörens von Ordnung und Verkehr nicht vieles besser geworden wäre —, soll nun durch die Abstimmung des 24. November seine letzte und entscheidende Bestätigung durch das Volk erhalten. Aus dieser Abstimmung über die Verfassung wird ein neuer demokratischer Staat geboren mitten in einer Zeit der Wirrnisse, des seelischen Durcheinanders und der ungeheuersten wirtschaftlichen Not, ein Eiland, in dem Recht und Gesetz herrschen und die staatischen Fundamente des wirtschaftlichen Lebens aufs Neue fest begründet sein sollen; wird ein Parlament und eine Regierung erwachsen, die das Volk selbst bestimmt hat, kontrolliert und einmal auf legalem Wege wieder abberufen kann, die berufen sein wird, da wir noch keine Reichsorganisation haben, mehr zu entscheiden als einer früheren Landesregierung anheimgegeben war. Die Wahl des nächsten Sonntag ist das auch für den Einzelnen wichtigste Ereignis der deutschen Innenpolitik; sie wird insofern zu dem uns heute allein möglichen bescheidenen Stück Außenpolitik, als eine starke Wahlbeteiligung das für allen Fortschritt zum Besseren nötige Maß an Vertrauen und Ansehen bei den anderen, auf deren guten Willen wir angewiesen sind, fördert und vermehrt.

„Es gibt eine heilige Wahlpflicht"

Aus einem Gespräch mit Frau Frank

Ich begab mich gestern zu Frau Annemarie Frank, der beklagenswerten Witwe unseres Karlsruher Rechtsanwaltes Reinhold Frank, der durch die aktive Beteiligung am 20. Juli 1944 das allgemeine Leid abkürzen wollte und dabei sein Leben für das Volk opferte. Frau Frank führte mich in das Arbeitszimmer ihres Gatten, in dem alles noch so ist, wie er es in der denkwürdigen Nacht vom 20./21. Juli 1944 zum letzten Male betrat, als er verhaftet und sie selbst mißhandelt wurde, weil sie ihren ältesten Sohn wecken wollte, damit dieser den Vater zum Abschied noch einmal küssen könne. Denn Frau Frank wußte, wohin der Weg geht. Als der hingerichtete frühere württembergische Staatspräsident Eugen Bolz, der während des Krieges längere Zeit unter anderem Namen bei Frau Frank verborgen war, seiner eigenen Gattin und ihr den Vorschlag machte, daß sich die Ehegatten vorübergehend trennen, um der Sippenrache der Nationalsozialisten zu entgehen, haben Frau Frank und Frau Bolz das weit von sich gewiesen und erklärt, daß nur der Tod sie von ihren Gatten trennen werde.

Heute kandidiert Frau Frank für den Neuen Landtag, und da diese Kandidatur im allgemeinen Interesse steht und unsere Karlsruher Frauen Sorgen auf dem Herzen haben, haben wir der Kandidatin 10 allgemeine Fragen vorgelegt, die sie uns bereitwillig folgendermaßen beantwortete:

1. Frage: Wie ist nach Ihrer Ansicht die Lage der politisch, rassisch und religiös Verfolgten?

Antwort: „Wir politisch, rassisch und religiös Verfolgten haben leider immer noch das Gefühl, daß wir zuviel sind. Was man uns zugesteht, gibt man zögernd und oft mißtrauisch. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß sich besonders in der Anfangszeit Unwürdige das Prädikat der Verfolgung zugelegt haben. Bei der Prüfung, ob eine politische, rassische oder religiöse Verfolgung vorliegt, kann der Maßstab, der zugrundegelegt wird, meines Erachtens deshalb nicht streng genug sein. Auch beim Präsidenten des Landesbezirks Baden müßte ein besonderes Amt für Wiedergutmachung eingerichtet werden, das von einem Verfolgten zu besetzen wäre."

2. Frage: Haben Sie selbst eine Entschädigung dafür, daß der Familie der Ernährer genommen wurde, erhalten?

Antwort: „Ich erhalte durch den tatkräftigen Einsatz der KZ-Stelle 221 Mark monatlich."

3. Frage: Erhalten Sie darüber hinaus nichts?

Antwort: „Die weitere Fürsorge für mich und meine Kinder hat meine Mutter übernommen."

4. Frage: Was halten Sie von der Denazifikation der Frauen?

Antwort: „In gleicher Weise wie die Jugend-Amnestie müßte auch beschleunigt ein Frauen-Amnestiegesetz erlassen werden, weil unsere Tausenden von Frauen und Mütter diese Amnestie verdient hätten. Es verträgt sich m. E. nicht mit der Würde und dem Ernst des Befreiungsgesetzes, daß unsere Mütter und Frauen allgemein vor die Schranken dieses Gerichtes gerufen werden."

5. Frage: Hat es nicht auch sehr fanatische Frauen gegeben?

Antwort: „Gewiß, diese Fälle sind meist in jedem Dorf und in jedem Stadtteil bekannt. Wenn man aber den Motiven auf den Grund geht, verdienen viele dieser Fälle mehr die Beachtung des Arztes als die des Richters."

6. Frage: Welche besonderen Nöte und Sorgen erwachsen Ihrer Auffassung nach unseren Frauen?

Antwort: „Es sind soziale Sorgen. Die bisherigen Frauenberufe genügen nicht mehr. Wir brauchen viel mehr gelernte Frauenberufe. Auch manches Handwerk darf sich dem weiblichen Lehrling oder Gesellen nicht mehr verschließen, und mancher Handwerksmeister, z. B. ein Uhrmacher oder ein Polsterer usw. wird sich daran gewöhnen müssen, auch einen weiblichen Gesellen zu halten."

7. Frage: Entsteht Ihrer Ansicht nach daraus nicht eine Konkurrenz für die Männer?

Antwort: „Das braucht nicht unbedingt einzutreten. Durch eine Verlagerung der Berufe kann das verhindert werden."

8. Frage: Wie steht es Ihrer Ansicht nach mit unserer Jugend?

Antwort: „Wenn ich meine vier Kinder beobachte, kann ich diese Frage gut beantworten. Wir brauchen gute Schulen mit pädagogisch und jugendpsychologisch bestausgebildeten Erziehern, wahrhafte Demokraten, die Liebe zu unserer Jugend empfinden und ihr vorleben. Die Frage des Lehrermangels darf nicht auf Kosten der Jugend gelöst werden."

9. Frage: Sind Sie der Ueberzeugung, daß wir unser Elend, in dem wir leben, meistern werden?

Antwort: „Bestimmt, wenn an die Spitze aller Gemeinwesen, vom Dorf bis zum Staat, Persönlichkeiten treten, die frei von jeder Selbstsucht mit Idealismus und Tatkraft dem Volk mit gutem Beispiel vorangehen."

10. Frage: Sind Sie der Auffassung, daß alle Frauen am 24. November wählen sollen?

Antwort: „Ich bin der Ueberzeugung, daß es für die Frauen am 24 .November eine heilige Wahlpflicht gibt, schon weil uns die Vergangenheit gelehrt hat, daß es gerade die Frauen und Mütter sind, die die Folgen einer schlechten Politik am stärksten zu spüren bekommen. Ich habe Ehrfurcht vor jeder Ueberzeugung, es wähle daher jede Frau nach ihrem Gewissen, aber sie wähle." W. B.

Gegen das Verhältniswahlrecht

Heidelberg, 22. Nov. (dana) 47 bekannt Heidelberger Persönlichkeiten haben einen Aufruf gegen das Verhältniswahlrecht unterzeichnet, in dem sie sich dagegen wenden, daß diese Form des Wahlverfahrens in die Verfassungen von Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen aufgenommen wird. Die Regierungen von Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen werden in dem Aufruf aufgefordert, die Paragraphen, in denen das Verhältniswahlrecht in den Verfassungsentwürfen vorgesehen ist, bei der Volksabstimmung gesondert zur Abstimmung zu stellen und zwar als Frage, ob nicht die Bestimmungen über dieses Verfahren aus den Verfassungsentwürfen zu streichen sind und gesonderte Gesetze dem Volke später zur Abstimmung vorgelegt werden sollen.

SED entwirft Verfassung

Berlin, 22. Nov. (dana) „In der Gewißheit, daß nur durch eine demokratische Volkrepublik die Einheit der Nation, der soziale Fortschritt, die Sicherung des Friedens und die Freundschaft mit den anderen Völkern gewährleistet ist, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben", heißt es in der Präambel des am Samstag in der SED-Zeitung „Neues Deutschland" veröffentlichten Verfassungsentwurfs der SED.

Der Verfassungsentwurf basiert im wesentlichen auf den Prinzipien der Weimarer Reichsverfassung und sieht im Parlament das höchste gesetzgebende Organ.

„Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder." So beginnt der erste Abschnitt. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit der deutschen Republik. Die Staatsangehörigen der deutschen Republik haben in jedem Land die gleichen Rechte und Pflichten."

„Das Parlament ist das höchste Staatsorgan der Republik", heißt es in dem Verfassungsentwurf der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands weiter. Der Ministerpräsident ist dem Parlament für seine gesamte Regierungspolitik verantwortlich.

Stellungnahme Grotewohls

„Es gibt in unserem Verfassungsentwurf keine Gewaltentrennung mehr", sagte Otto Grotewohl am Samstag in einer Pressekonferenz. „Es darf in unserer Verfassung kein selbständiger Willensträger neben dem Parlament aufkommen. Wir haben deshalb die Institution des Reichspräsidenten, des Reichrates und des Staatsgerichtshofes beseitigt. Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, gegliedert in Länder, Kreise und Gemeinden. Soweit die Republik von ihrem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht, behalten die Länder das Recht der Gesetzgebung. Soweit die Republik aber von ihrem Gesetzgebungsrecht Gebrauch macht, treten widersprechende Bestimmungen des Rechtes der Länder außer Kraft. So entsteht der Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung."

„In der westlichen Besatzungszone seien", so erklärte Grotewohl weiter, „Länderbildungen und Verfassungen entstanden, die wegen ihres föderalistischen Inhalts und ihrer Buntscheckigkeit mit Besorgnis betrachtet werden müßten."

Verfassung Gemeinschaftsarbeit aller Parteien

Stuttgart, 22. Nov. (dana). „Die Verfassung ist eine echte Gemeinschaftsarbeit aller Parteien", sagte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier am 21. Nov. in Stuttgart. „Nach der Volksabstimmung und Wahl müssen Volk und Volksvertretung einander sagen können, wir haben beide das Beste geleistet, wir sind quitt. Der schwerste Gang für die neuen Abgeordneten wird die Mitwirkung beim Friedensvertrag sein." Reichsminister a. D. Dietrich betonte, daß Deutschland nur ein föderalistischer, demokratischer und friedfertiger Staat sein könnte. Für die zukünftige politische Entwicklung Deutschlands machte der Landesvorsitzende der DVP, Dr. Hausmann, den Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands nach dem Vorbild der Schweizer Neutralität.

Wahlergebnisse aus Rumänien

Bukarest, 22. Nov. (dana) Nach letzten amtl. Teilergebnissen erhielt der Block der demokr. Parteien Rumäniens (Regierungspartei) bei den allgemeinen Wahlen am Dienstag in 22 Wahlbezirken 1 535 512 Stimmen. Die in Opposition stehende Bauernpartei erhielt 255 183 Stimmen, die National Liberale Oppositionspartei 81 005 Stimmen, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 28 901 Stimmen, die Demokratische Nationale Bauernpartei 544 719 Stimmen, die ungarische Bauernunion 228 139 Stimmen.

Chrysotropismus / Von Upton Sinclair

Diese Veröffentlichung ist ein Auszug aus der materialistischen Studie über amerikanische Literatur „Das Geld schreibt" des großen sozialistischen Dichters, die er im Jahre 1927 geschrieben hat.

„Höflich ist dieses Buch nicht, aber dafür ehrlich, und das tut uns not", schreibt Sinclair im Vorwort zu dem Buch.

Vor siebzehn Jahren besuchte ich das Laboratorium für Meeres-Biologie von Kalifornien, wo mir einer der bedeutendsten Naturwissenschaftler der Welt, Jacques Loeb, seine Experimente auf dem Gebiete der künstlichen Befruchtung vorführte. Loeb geht von der Annahme aus, daß alles Leben auf chemische Reaktionen zurückzuführen sei. Um mir das begreiflich zu machen, führte er mich vor ein kleines Aquarium, in dem eine Anzahl Seeigellarven, kleine schwarze Tierchen, umherschwammen. Er schüttete aus einem Fläschchen ein paar Tropfen einer Lösung ins Wasser; auf einmal machten alle Tierchen zugleich kehrt und schwammen gegen das Licht. „Das nennen wir einen Tropismus", erklärte Loeb, „das ist der Trieb, sich in eine bestimmte Richtung zu bewegen. In diesem Fall sprechen wir von Heliotropismus, weil es sich um eine Bewegung gegen das Licht handelt. Wenn wir uns in diese Geschöpfe hineinversetzen könnten, würden wir in jedem von ihnen bestimmte Empfindungen wahrnehmen. Jedes glaubt, ein Grund von besonderer, persönlicher Bedeutung zwinge es, genau so und nicht anders zu handeln. Die Wissenschaft weiß es besser. In Wirklichkeit hat nur eine chemische Reaktion in den Zellen stattgefunden. Eines Tages, in nicht allzuferner Zeit, werden wir uns in menschlichen Tropismen ebensogut auskennen und durch chemische Reagentien das zu ändern vermögen, was wir jetzt die Natur des Menschen nennen."

Nun sitze ich hier, am 15. Januar 1927, und schreibe am Ufer desselben Ozeans, wo der große Forscher seine kühne Prophezeihung aussprach. Die Wasser draußen sind Zeugen eines seltsamen Ereignisses. Der Tag war kühl und feucht; durchs Fenster meines Arbeitszimmers blicke ich hinaus aufs Meer. Von der Sonne spürt man nichts, ein kalter Nebel zieht ins Land. Das Wasser hat 14° C. Ich war ein paar Minuten drin und hatte bald genug davon. Diesen Tag und die kommende Nacht haben sich 103 Menschen, Frauen und Männer, zu einem Rekordschwimmen von der Catalina-Insel nach dem Festlande ausgesucht. Die kürzeste Entfernung beträgt hier 35 km. Unter 14 Stunden ist sie auf keinen Fall zu bewältigen. Durch das Radio erfahre ich, daß die Mehrzahl der Teilnehmer das Rennen aufgibt; viele sind von heftigen Krämpfen befallen worden, manche haben hohes Fieber. Einige werden einen Denkzettel für immer davontragen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein oder zwei sich den Tod geholt haben. Was für ein sonderbarer Tropismus hat diesen Schwarm menschlicher Seeigel gepackt?

Die Antwort weiß jeder Leser unserer Zeitungen. Der führende Millionär Kaliforniens — versorgt die ganze Menschheit mit Kaugummi — kam vor ein paar Jahren auf die Idee, die Catalina-Insel zu kaufen und einen Badeort daraus zu machen. Dieser Mann versteht sich auf Reklame, er hat durch sie seinen Reichtum erworben. Die einzige Industrie, für die man in unserer spiellustigen Nation gratis Reklame macht, ist der Sport. Ein Wettschwimmen über den Kanal hat einen Reklamewert von Millionen; also stiftete er einen Preis von 25 000 Dollars. Er hätte das Ganze im Hochsommer veranstalten können, wo es ein wahres Vergnügen gewesen wäre. Aber damit hätte er seinen Zweck nicht erreicht: die Welt soll erfahren, daß man von seiner Insel auch im Januar losschwimmen kann. Darum schüttete er an diesem kalten Tage ein paar Tropfen Goldlösung in das soziale Aquarium. Prompt werden 103 menschliche Seeigel, Männchen wie Weibchen, von einem Trieb ergriffen, den Jacques Loeb Chrysotropismus nennen würde.

Die Kunst, soziale Tropismen hervorzurufen, ist in unserer modernen Kultur ganz ungeheuer vervollkommnet worden. Nur sind die neuesten Leistungen auf diesem Gebiete so jung, daß wir sie noch gar nicht bemerken. Wir sind es zwar gewohnt, von Massengefühlen zu sprechen; in Wirklichkeit liegt die Epoche, da wir sie empfanden, endgültig hinter uns. Man gestattet der Oeffentlichkeit nicht mehr, selbstgewählten Tropismen folgend in Erregung zu geraten. Das Sozialgefühl hat seine Meister gefunden. Tüchtige Herren auf Drehsesseln geben bezüglich der Tropismen, die sie wünschen, Anordnungen an ihre Untergebenen; und die haben sie hervorzurufen. Gelingt es ihnen nicht, so suchen ihre herrischen Auftraggeber tüchtigere Leute.

All die Dinge, die in unserm heutigen Leben eine Rolle spielen, sind künstlich erzeugte Tropismen: „Romane der Welt", Preisfechten, Bibelfreunde, Filme, Kaugummi, Rasierapparate, — nichts als Tropismen; Harding-, Coolidge-, antideutsche, antirussische, antimexikanische Tropismen, — ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß alle Massenempfindungen auf Bestellung zu haben sind. Man braucht dazu soundso viel Liter Goldlösung. Ein Blick auf alte nationale Antipathien ist da sehr lehrreich. Früher hatten solche Abneigungen die Kraft, sich Geltung zu verschaffen. Und jetzt? Noch vor zehn Jahren waren die französischen Seeigel völlig besessen von ihrem antideutschen Tropismus. Heute sind an ihre Stelle antiamerikanische, antienglische und antiitalienische Tropismen getreten. Jeder Sozialchemiker, der die Formeln diplomatischer Lösungen beherrscht, wird das damit erklären, daß die französischen Eisenherren mit den deutschen Kohlenbaronen ein Abkommen getroffen, die Aufträge für antideutsche Tropismen zurückgezogen und sich dafür Tropismen gegen amerikanische Bankiers, englische Petroleumkonzessionäre und italienische Händler in Tunis bestellt haben.

Auch in der Literatur kann so eine einzigartige Erscheinung beobachtet werden: an ungefähr demselben Tage verkriechen sich einige tausend Literaten beiderlei Geschlechts, jeder für sich, in einen stillen Winkel und versuchen etwas auszutüfteln, das man mit „Charme" bezeichnet. Jeder oder Jede zerbricht sich den Kopf nach einer Nuance, die womöglich als originell gilt. Jeder vergräbt sich in den Staub der Bibliotheken, wo er sich mit Kostümen und Zubehör, Rüstungen, Getränken und uralten, längst verschollenen Flüchen bekanntmacht. Jeder hackt täglich stundenlang auf eine Schreibmaschine los, das eine Auge auf die Uhr, das andere auf den Kalender gerichtet. Zum Schluß tauchen an einem bestimmten Tage einige tausend Männer und Frauen aus ihrer Abgeschiedenheit auf, jeder mit einem Manuskript von ungefähr gleicher Dicke unterm Arm; der Inhalt verrät überall denselben Stil und denselben Geist.

Das ist doch ein unverkennbarer Tropismus. Und was hat ihn verursacht? Irgendeine Zeitschrift oder ein Verlag hat ein paar Tropfen Goldlösung ins Literaten-Aquarium gegossen. Sofort bekommen Tausende von Buch-Igeln zugleich die Anwandlung von romantischem Gefühl und machen sich daran, dieses Gefühl bis zum 1. März 1927 in einen Roman von 80 000 bis 150 000 Worten zu legen. Ich frage: worin unterscheiden sich diese Buch-Igel von den See-Igeln, die sich da vor meinem Hause mit den Wellen herumschlagen? Im Abendblatt, das ich eben zur Hand nehme, finde ich vorn eine Karikatur. „Was denkt sich ein Catalina-Kanal-Schwimmer dabei?" Sechs kleine Zeichnungen zeigen einen Schwimmer in sechs verschiedenen Stellungen, der sich verzweifelt anstrengt. Ueber jedem steht in immer größeren Buchstaben: „25 000 Linden! 25 000 Eier! 25 000 Kröten! 25 000 Murmeln! 25 000 Taler! 25 000 Dollars!"

Und was denkt sich der romantische Romanschreiber eines 25 000 Dollar-Preisausschreibens dabei?

Wohltätigkeit / Von Kurt Tucholsky

Sieh! Da steht das Erholungsheim
einer Aktiengesellschafts-Gruppe;
morgens gibt es Haferschleim
und abends Gerstensuppe.
Und die Arbeiter dürfen auch in den Park . . .
Gut. Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark — ?
Sie reichen euch manche Almosen hin
sie pflegen die leidende Wöchnerin,
denn sie brauchen ja die Proleten.
Sie liefern auch einen Armensarg . . .
Das ist der Pfennig. Und wo ist die Mark — ?

Die Mark ist tausend- und tausendfach
in fremde Taschen geflossen:
die Dividende hat mit viel Krach
der Aufichtsrat beschlossen
Für euch die Brühe, für sie das Mark.
Für euch der Pfennig. Für sie die Mark

Proleten!
Fallt nicht auf den Schwindel rein!
Sie schulden euch mehr als sie geben.
Sie schulden euch alles! Die Ländereien,
die Bergwerke und die Wollfärbereien . . .
sie schulden euch Glück und Leben.

Nimm, was du kriegst. Aber pfeif auf den Quark.
Denk an deine Klasse! Und die mach stark!
Für dich der Pfennig! Für dich die Mark!
Kämpfe — !

Alte chinesische Weisheiten

Einen weiten Weg zu machen, um an einer bestimmten Stelle Weihrauchstäbchen abzubrennen, hat lange nicht soviel Zweck, als zu Hause zu bleiben und eine gute Tat zu verrichten. Sprichwort.

Der Edle richtet sich nach den Gesetzen der Natur und wird zufrieden. Der Niedrigstehende lehnt sich gegen die Naturgesetze auf und wird unzufrieden. Zitat.

Der Edle geht seinen geraden Weg weiter, ohne sich um die Kritik des Niedrigstehenden zu kümmern. Hsün Dse.

Was einem Menschen an dem Benehmen seines Vorgesetzten mißfällt, soll er auch gegenüber seinen Untergebenen unterlassen. Was er an dem Benehmen seiner Untergebenen ausstellt, soll er auch gegenüber seinen Vorgesetzten unterlassen. Da. Hsiau.

Der Edle ist korrent, aber nicht steif. Er verneigt sich, beugt sich aber nicht. Djiän HanSchu.

Des Edlen Handlungen werden von Rechtlichkeit gelenkt. Des Niedrigen Handlungen von Gier und Profit. Sprichwort.

Wer zwei Herren gleichzeitig dient, mit dem werden beide nicht zufrieden sein. Li Gi.

Eröffnung der Kunstausstellung der Unesco in Paris

New York Herald Tribune, 22. Nov. 1946

Die Internationale Moderne Kunstausstellung, die von der United Nations Educational Scientific and Cultural Organisation organisiert wurde, wurde von Dr. Julian Huxley im Palais de Tokio in Paris eröffnet. Die Ausstellung umfaßt mehr als 900 Werke von Malern, die dreißig Länder vertreten. Die Ausstellung ist einer der Höhepunkte des Unescomonats und stellt eine der vollständigsten Einführungen in die amerikanische Kunst dar, die das französische Publikum seit vielen Jahren gehabt hat. Amerika nimmt mit 83 Bildern an der Ausstellung teil.

Frankreich als Gastgeber stellt mehr als 70 Bilder der besten zeitgenössischen französischen Maler aus. Pierre Bonnard, Henri Matisse, Marie Laurencin, Jean Lurcat und viele andere sind vertreten. Frankreich hat auch die Patenschaft für 2 kleinere Ausstellungen übernommen. Die eine gilt Spanien, wo Pablo Picasso die übliche Aufmerksamkeit erregen wird, und die andere betrifft ein Dutzend ungarischer Maler, die sich in Paris niedergelassen haben.

England hat auch einen großen Anteil an der Ausstellung und zeigt über 50 Werke von Graham Sutherland, Henry Moore und Paul Nash. China, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Türkei, Belgien, Holland, Indien, Norwegen, Dänemark und Uruguay sind auch vertreten. Sowjetrußland, das nicht Mitglied der Unesco ist, lehnte die Teilnahme ab

Uebersetzt von Dr. H. Blume.

Die beleidigte Schauspielerin

Die Schauspielerin Käthe Dorsch ohrfeigte am 13. XI. den Kunstkritiker Wolfgang Harich im Vorraum des Berliner Künstlerklubs „Die Möve". Der 24jährige Harich hatte am Mittwoch in der „Täglichen Rundschau", dem amtlichen Blatt der sowjetischen Militärregierung Berlins, folgende Kritik über das Auftreten der Dorsch veröffentlicht, die zurzeit im Deutschen Theater die Hauptrolle in „Eine Familie" spielt: „Frau Dorsch spielt mit Lust die Maria, ist hold auf Sex-Appeal geschminkt, schwenkt entweder jugendlich daher oder stellt von blauen Tüchern umwallt, Madonnenbilder, wie es sie sonst nur auf Buntdruckpostkarten zu sehen gibt". Frau Dorsch ließ den Kritiker durch einen Kellner von einem Tisch weg in den Vorraum des Klubs rufen, wo sie ihm mehrere Ohrfeigen verabreichte. (dana)

Gespräch zwischen Dichter und Kritiker / Von Hermann Hesse

Dichter: Ich bleibe dabei: die Kritik stand in Deutschland zu gewissen Zeiten höher als heute.

Kritiker: Bitte, nennen sie Beispiele!

Dichter: Gut. Ich nenne Solgers Aufsatz über die „Wahlverwandtschaften" und Wilh. Grimms Rezension über Arnims „Berthold". Das sind schöne Beispiele schöpferischer Kritik. Der Geist, aus dem sie stammen, ist heute selten zu finden.

Kritiker: Welcher Geist denn?

Dichter: Der Geist der Ehrfurcht. Sagen sie ehrlich: halten Sie Kritiken vom Niveau jener beiden bei uns heute für möglich?

Kritiker: Ich weiß nicht. Die Zeiten sind andre geworden. Eine Gegenfrage: Halten Sie Dichtungen vom Rang der „Wahlverwandtschaften" oder vom Rang der Arnimschen bei uns heute für möglich?

Dichter: Ah, Sie glauben also: wie die Dichtung, so die Kritik! Sie meinen, hätten wir heute eine echte Dichtung, so hätten wir wohl auch eine echte Kritik. Das läßt sich hören.

Kritiker: Ja, so meine ich es.

Dichter: Darf ich fragen, ob Sie jene Aufsätze von Solger und von Grimm kennen?

Kritiker: Offen gestanden, nein.

Dichter: Aber die „Wahlverwandtschaften" ja, natürlich. Den „Berthold" kennen Sie?

Kritiker: Die „Wahlverwandtschaften" ja, natürlich. Den „Berthold" nicht.

Dichter: Dennoch glauben Sie, daß der „Berthold" höher steht als unsere heutige Dichtung?

Kritiker: Ja, ich glaube das, aus Respekt vor Arnim, und noch mehr aus Respekt vor der dichterischen Kraft, die der deutsche Geist damals hatte.

Dichter: Aber warum lesen Sie dann den Arnim und alle die anderen echten Dichter aus jener Zeit nicht? Warum beschäftigen Sie sich Ihr Leben lang mit einer Literatur, die Sie selbst für minderwertig halten? Warum sagen Sie nicht Ihren Lesern: „Sehet, das ist echte Dichtung, laßt den heutigen Schund liegen und leset Goethe, Arnim, Novalis!"

Kritiker: Es ist nicht meine Aufgabe. Mag sein, ich unterlasse es aus demselben Grunde, aus dem Sie es unterlassen, Dichtungen wie die „Wahlverwandtschaften" zu schreiben.

Dichter: Das gefällt mir. Aber wie erklären Sie es sich, daß damals Deutschland solche Dichter hervorbrachte? Ihre Dichtungen waren Angebot ohne Nachfrage, kein Mensch hat sie gewollt. Es sind weder die „Wahlverwandtschaften" noch der „Berthold" von ihren Zeitgenossen gelesen worden, noch werden sie heute viel gelesen.

Kritiker: Das Volk damals hat sich um Dichtung nicht viel gekümmert und tut dies auch heute nicht. Unser Volk ist nun einmal so. Vielleicht sind alle Völker so. Es gab zur Zeit Goethes angenehme Unterhaltungsbücher in Menge, die wurden gelesen. Und heute ist es ebenso. Die Unterhaltungsbücher werden gelesen, sie werden rezensiert, sie werden weder vom Leser noch vom Kritiker besonders ernst genommen, aber sie entsprechen den Bedürfnissen. Man liest und bezahlt die Unterhaltungsschriftsteller und ebenso ihre Kritiker, man liest sie und vergißt sie sehr bald wieder.

Dichter: Und die echten Dichtungen?

Kritiker: Man nimmt an, diese seien für die Ewigkeit geschrieben. Die Zeit fühlt sich also nicht verpflichtet, von ihnen Notiz zu nehmen.

Literaturpreis des Kulturbundes Karlsruhe

Der Kulturbund Karlsruhe stiftet zur Förderung der deutschen Schauspielbühnen und der deutschen Dramatiker einen einmal zu vergebenden Literaturpreis in Höhe von 6000 RM (sechstausend), der für zeitnahe, neue, die Demokratie bejahende Bühnenwerke ausgesetzt wird, die sich in erster Linie an die deutsche Jugend wenden. — Alle näheren Einzelheiten sind durch die Geschäftsstelle des Kulturbundes Karlsruhe, Karlsruhe, Stephanienstraße 25, zu erfahren. K. B.

Eine Ausstellung der französischen Graphik der Gegenwart wurde soeben im Kurhaus von Baden-Baden eröffnet. Sie umfaßt Werke von Picasso, Henry Matisse, Bonnard und anderen namhaften zeitgenössischen Künstlern. (dana)

„Die Bernauerin", Carl Orffs neue Oper, ist die nächste Uraufführung des Württembergischen Staatstheaters. (dana-Meldungen)